Nr. 139. 19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 18. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Zur Beurteilung der politischen Attentate in Rußland.

Ein namhafter russischer Jurist schreibt uns:

Die Polemik in der deutschen Presse über die neueste terroristische Bewegung in Rußland macht auf uns, freiheitlich gesinnte Russen, einen peinlichen Eindruck. Die in der bürgerlichen Presse ausgesprochene Verurteilung von Balmaschеff und Leckert als „Meuchelmörder" würde in Rußland in den weitesten liberalen und sogar politisch indifferenten Kreisen Befremden und Entrüstung hervorrufen. Die moralische Reinheit solcher Leute ist für alle urteilsfähigen und feinfühligen Menschen in Rußland über allen Zweifel erhaben. Und nicht daran ist die moralische Größe der Menschen solchen Schlages wie Karpowitsch, Balmaschеff und überhaupt aller namhaften russischen Terroristen zu messen, daß sie ihr Leben einsetzten, wie dies früher und in der jüngsten Zeit von verschiedenen Seiten hervorgehoben worden ist. Nicht Selbstaufopferung im physischen Sinne ist hier bewundernswürdig. Nein, das moralisch Großartige an solchen Thaten besteht — und ich spreche dies auf Grund meiner eignen Wissenschaft der seelischen Verfassung der russischen Revolutionäre und nach reiflicher Ueberlegung aus — in der als sittliche Pflicht empfundenen und heroisch ausgeführten Unterdrückung des eignen sittlichen Abscheus gegen jede Art von Angriff auf die Person des Mitmenschen. „Du sollst nicht töten" — und — „Du sollst töten", diese zwei einander widersprechenden Imperative führen einen fürchterlichen Kampf in der Seele solcher Menschen, und wenn sie sich schließlich für Tötung entscheiden, so trägt ein solcher Entschluß an sich den Stempel der höchsten Sittlichkeit im kantischen Sinne, er ist immer ein Entschluß aus reiner sittlicher Pflicht, gefaßt und ausgeführt im Kampf wider eine Neigung, die aber nicht nur eine solche ist, sondern ebenfalls als sittliche Macht empfunden wird. Der Kampf also, der in der Seele eines solchen Mannes entbrennt, ist ein Kampf nicht nur von Neigung und Pflicht, sondern von zwei einander gegenüberstehenden sittlichen Werten, die nach gegenseitiger Abwägung und klarem Entschlusse drängen.

Zur moralischen Beurteilung der in Rede stehenden Handlungen ist noch andres zu bemerken. Ich glaube, man wird sie immer irrig auffassen und falsch beurteilen, so lange man nicht davon ausgeht, sie unter den Gesichtspunkt eines vom Strafrechte ausgebildeten, aber weit über seine Grenzen hinaus gültigen und fruchtbaren Begriffes der Notwehr zu stellen. Was man vom Standpunkte der „allgemeinen Sitte und Sittlichkeit" gegen alle politischen Attentate vorzubringen weiß, erstreckt und kann sich nicht auf diejenigen Handlungen erstrecken, die moralisch und psychologisch als Notwehr qualifiziert werden können und müssen. Notwehr findet bekanntlich statt nicht nur in Bezug auf Angriffe gegen eigne Person und deren Güter, sondern auch, wenn die Person und die Güter dritter gefährdet erscheinen. Wenn man sich bei der Beurteilung der politischen Attentate auf die grundsätzliche Verwerfung der Todesstrafe und auf die Unmöglichkeit beruft, einem Einzelnen das Recht zuzuerkennen, welches von den Gegnern der Todesstrafe selbst der Gesellschaft abgesprochen wird, so versagt dieses Argument vollständig für die Fälle der Notwehr. Die Notwehr ist ein individueller Gewaltakt, sie ist aber sittlich erlaubt, weil sie einen Zustand unterstellt, welcher die Unmöglichkeit einer social organisierten Abwehr des Unrechtes bedeutet. Es können auch politische Zustände herrschen, welche eine individuelle Abwehr des Unrechts zur psychologischen Notwendigkeit machen und solche Abwehr sittlich rechtfertigen. Diese Handlungsweise ist dann nach Analogie der Notwehr zu beurteilen, obgleich sie formell-rechtlich mit der von den Kriminalgesetzbüchern vorgesehenen straflosen Notwehr sich selbstverständlich nicht deckt. Wie nahe aber diese Begriffe sich für das gesunde Rechtsbewußtsein berühren, beweist zur Genüge jener denkwürdige Rechtsspruch der St. Petersburger Geschwornen, wodurch nach einer Gerichtsverhandlung, in welcher die besten praktischen Kriminalisten des Landes, der eine als Verteidiger (P. J. Alexandroff) der andre als Gerichtspräsident (der jetzige Senator A. F. Koni, ein allgemein gefeierter russischer Jurist) fungierten, Wera Zassulitsch glänzend freigesprochen wurde.

Und nun zur Rechtsfrage, aber von einer ganz andren Seite, die jedoch im engsten Zusammenhange steht mit unsrem Thema. Der Schreiber dieses hält es für höchst angebracht, endlich zur Aufklärung der westeuropäischen öffentlichen Meinung in der deutschen Presse mit dem größten Nachdruck zu konstatieren, daß — entgegen der landläufigen Auffassung — auch nach den russischen Gesetzen den Verwaltungsbeamten absolut kein Recht — an irgend jemand körperliche Züchtigungen vorzunehmen zusteht und somit die niederträchtige Art, in welcher der angeschossene Gouverneur von Wilna, von Wahl, die verhafteten Demonstranten behandelt hat, auch nach geltendem russischem Recht eine unrechtmäßige und strafbare Handlung darstellt. Sie ist unschwer als „Ueberschreitung der Amtsgewalt", welche zu ihrem Inhalte „Quälereien und Grausamkeiten" gehabt hat, zu qualifizieren. Dieses Verbrechen ist im § 345 des russischen Strafgesetzbuches vorgesehen und kann „in wichtigen Fällen" mit sehr harter Strafe bis zur Verschickung nach Sibirien und Verlust vieler Rechte belegt werden. Unter Alexander II. sind auch thatsächlich Fälle vorgekommen, daß Gouverneure, die sich solche rechtswidrige Handlungen erlaubt hatten, zur disciplinarisch und sogar zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden sind. Einem Russen kommen sofort die berüchtigten Namen von Skarjatin und Tokareff in Erinnerung. Der oben bezeichnete Thatbestand, nämlich daß die russischen Gewalthaber, ohne sich mit den ihnen von Rechts wegen zustehenden Vollmachten zu begnügen, sich auch über das bestehende Recht in brutaler Weise völlig hinwegsetzen und dabei nicht nur straflos, sondern ordengeschmückt ausgehen, fällt schwer ins Gewicht bei der Beurteilung der terroristischen Bewegung und würde allein ausreichen, um die merkwürdige Popularität der politischen Attentate in den weitesten Kreisen der russischen Gesellschaft zu erklären. Diese Popularität ist eine socialpsychologische Thatsache von eminenter Wichtigkeit. Sie ist ein Zeichen der völligen inneren Auflösung der absolutistischen Staatsordnung, aber sie hat nicht nur diese negative Bedeutung. Sie ist nur eine krankhafte Erscheinungsform, in der sich das gesunde gesellschaftliche Bedürfnis geltend macht — die Staatsbeamten wegen ihrer Handlungen vor den Richterstuhl der öffentlichen Meinung zur Verantwortung zu ziehen. Die öffentliche Meinung, welche die politischen Attentate gegen die Minister und Gouverneure billigt, thut dies aus dem dunklen aber vollständig richtigen Gefühle heraus, daß in solchen Thatsachen das Princip der Verantwortlichkeit der Staatsbeamten mit elementarer Kraft zum Durchbruch gelangt. Diese psychologische Erklärung der Popularität der politischen Attentate enthält in sich auch eine politische Lehre. Man schaffe die Herrschaft der Willkür ab, man gebe der Gesellschaft Freiheit der Meinungsäußerung und die politischen Attentate solcher Art, wie sie jetzt in Rußland ausgeübt werden, werden zweifellos verschwinden. Und meine oben gegebene Charakteristik der politischen Attentate in Rußland ergänzend zusammenfassend: diese Attentate sind Akte politischer Notwehr und Sühne, die zwar individuell ausgeführt, aber social empfunden und gebilligt werden.

Zum Schluß möchte ich vom Standpunkte der Wissenschaft und der Politik gegen die Vermengung der russischen revolutionären Bewegung mit der anarchistischen Propaganda der That entschieden protestieren. Der Anarchismus negiert den Staat und die Politik, die russische Bewegung ist durch und durch politisch, auf ganz bestimmte staatliche Zwecke und zwar auf die Aufrichtung des Rechtsstaates gerichtet. Mit vollem Recht konnte seiner Zeit der führende Mann des russischen Terrorismus, Scheljaboff, in der Gerichtsverhandlung feierlich erklären: „Wir sind Vertreter des Staatsprincips, nicht Anarchisten." Die ältere terroristisch-revolutionäre Bewegung Rußlands war sogar vom Jakobinischen Glauben an die Allmacht des Staates nicht frei. Noch wichtiger ist aber ein anderes. Die Anarchisten negieren in ihren Thaten vollständig das Princip der individuellen Verantwortung und Zurechnung und morden Leute, bei welchen überhaupt von politischer und socialer Verantwortung für irgend welche Uebel keine Rede sein kann, die russischen Terroristen sind in ihrer Thätigkeit immer vom Princip der individuellen Verantwortung und Zurechnung ausgegangen. Man mag ihre Anwendung dieses Princips für unsittlich und unzweckmäßig halten, — daß die Attentate auf Bogolepoff, Sipjagin usw. mit der höchst eignen Handlungsweise dieser Personen im Zusammenhange stehen, daß hier das Princip der Zurechnung klar und scharf zur Anwendung gelangt, kann füglich nicht bestritten werden: Das gerade Gegenteil hiervon ist die anarchistische „Propaganda der That" in ihrer klassischen Gestalt; für dieselbe existiert das Problem der Zurechnung gar nicht; sie ist die verkörperte Negation dieses Problems. Die Schäden, mit welchen die kapitalistische Gesellschaftsordnung behaftet ist, könnten mit ebenso viel Recht der Kaiserin Elisabeth, dem Präsidenten Carnot und so wie ihren Mördern zugerechnet werden, und überhaupt stehen diese Schäden mit keiner persönlichen Handlungsweise in demjenigen Zusammenhange, welchen die Idee der Zurechnung erfordert. Hieraus folgere ich, daß die sittliche Beurteilung der anarchistischen Thaten eigentlich unstatthaft ist, aus dem einfachen Grunde, weil diese Thaten die Grundvoraussetzung jener Beurteilung, die persönliche Zurechnung, über den Haufen werfen; sie stehen psychologisch jenseits vom Gegegensatze Sittlich und Unsittlich. Im Gegenteil, die terroristischen Akte der russischen Revolutionäre fordern geradezu die sittliche Beurteilung heraus. Sie sind ein Problem für den Ethiker. Es sei in diesem Zusammenhang noch die Thatsache des feierlichen Protestes der russischen Terroristen gegen die Ermordung des Präsidenten Garfield in Erinnerung gebracht.

Ich komme nochmals auf die Charakteristik der politischen Attentate der russischen Revolutionäre als Akte der Notwehr und Sühne zurück. Als solche entziehen sie sich m. E. vollständig der Beurteilung nach dem Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit oder der Utilität. Man geht auch in der historischen Beurteilung der Angriffe der Terroristen auf die Person Alexanders II. fehl, wenn man sie ausschließlich oder vornehmlich aus Zweckmäßigkeitsgründen herleitet und nach ihrem politischen Erfolge beurteilt. Diese Angriffe waren eine leider nur logische Zuspitzung der revolutionären Notwehrhandlungen, und der politische Erfolg resp. Mißerfolg dieser Angriffe war und ist für ihre psychologische Natur und ethische Beurteilung ganz nebensächlich.

Aber nichts wäre irriger als die Umkehrung des oben ausgesprochenen Satzes. Soweit man von einem politischen Erfolge bei den in Rede stehenden Handlungen überhaupt sprechen kann, ist er nur in der psychologischen Wirkung derselben zu suchen. Und diese Wirkung, welche darin besteht, daß durch die Tragik der Ereignisse die Gesellschaft aufgerüttelt und die Regierung zur Umkehr gezwungen wird,*) versagt, sobald und soweit die terroristischen Akte Notwehrhandlungen zu sein aufhören und zur „zweckmäßigen" Methode werden. Sie werden dadurch — von der sittlichen Beurteilung abgesehen — psychologisch direkt verfehlt: der nach „Zweckmäßigkeitsrücksichten" ausgedachte Terror ist die unzweckmäßigste politische Methode, die man je erfinden konnte. Die „terroristische" Stimmung, welche von der breiten gesellschaftlichen Meinung getragen und gespeist wird, ist für die Polizei völlig unfaßbar und unbezwingbar und kann nur durch organische Heilmittel, d. h. gründliche politische und sociale Reformen mit Erfolg bekämpft werden. Die terroristische „Verschwörung" nach „Methode" wird früher oder später jeder gut organisierten Polizei in die Hände fallen.

Wir haben im Vorstehenden nur einige Seiten des komplizierten und für Rußland brennenden Problems berührt und wären vollauf zufrieden, wenn unsre Ausführungen den sittlichen und politischen Ernst der Frage, welcher mit moralisch fein sollenden Schlagworten und superklugen Gemeinplätzen nicht beizukommen ist, einigermaßen beleuchtet haben.

*) Es wird sehr oft vergessen, daß die Umkehr der Regierung Alexander II. von der reaktionären Politik, die in den Jahren 1863 bis 1865 ansetzte und bis 1880 (Entlassung des Unterrichtsministers Tolstoi) dauerte, eine direkte Folge der terroristischen Bewegung war. Leider war die Umkehr nur eine halbe — und Alexander II. hat dafür mit seinem Leben bezahlt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juni.

Preußischer Landtag.

Das **Abgeordnetenhaus** hielt am Dienstag seine letzte Sitzung in der laufenden Session ab. Es wurden nur Petitionen erledigt, deren Beratung kein allgemeines Interesse bot. Präsident v. Kröcher machte mit einem gewissen Stolze darauf aufmerksam, daß diesmal alle eingegangenen Petitionen vom Plenum behandelt worden sind.

Am Schluß dankte Abg. Herold (C.) dem Präsidenten in der üblichen Weise für seine Geschäftsführung. Herr v. Kröcher erwiderte ebenfalls nach der Schablone.

Am Mittwoch wird das **Herrenhaus** dem Fleischbeschau-Ausführungsgesetz voraussichtlich mit den Aenderungen des Abgeordnetenhauses zustimmen. Nachmittags dürfte dann die gemeinsame Schlußsitzung des Landtags erfolgen. —

Auf der Steuersuche.

Auch die Wissenschaft hat ihre Moden. Als Kathedersocialistisch Trumpf war, waren sich die Gelehrten ziemlich einig darüber, daß den indirekten Steuern auf den Massenverbrauch, abgesehen von den Bequemlichkeiten, die sie den Finanzministern bieten, ein weiterer Vorzug nicht zuzugestehen sei, daß diese Steuern vielmehr dem Grundsatze, Steuer nach Steuerfähigkeit, auf das entschiedenste widersprächen und statt progressiv nach oben, progressiv nach unten wirkten. Seitdem sich aber die milden Prediger einer ausgleichenden socialen Gerechtigkeit zu schneidigen Vertretern einer skrupellosen Welt- und Weltpolitik umgehäutet haben, finden sich allmählich auch die Ueber-Oekonomen ein, deren Herz sich durch das Geschrei des Herdenviehs über wachsende indirekte Steuerlasten nicht mehr erweichen lassen will.

Allerdings haben diese Leute gewissen praktischen Politikern gegenüber den Vorzug der Ehrlichkeit voraus. Als der Münchener Professor und kaiserliche Unterstaatssekretär z. D. Georg v. Mayr vor zwei Jahren den Flottendeckungsschwindel entschieden bekämpfte, und brutal die Notwendigkeit neuer indirekter Steuern proklamierte, war er es, der trotz v. Thielmann und Centrum das Kind beim rechten Namen zu nennen wagte. Nun ist er neuerdings in einem im Druck veröffentlichten Vortrag für die Vermehrung der indirekten Steuern eingetreten.

Herr v. Mayr will, daß für alle Zeit das Reich auf Einnahmen aus indirekten Steuern beschränkt bleiben soll, während das ganze Gebiet der direkten Besteuerung ein für allemal der Ordnung durch die Einzelstaaten zu überlassen wäre. Gleichzeitig sollen die Reichseinnahmen aus den Verbrauchssteuern so gesteigert werden, daß das Reich größere Ueberschüsse herauswirtschaften könnte, die er dann nach Art der Provinzialdotationen den Einzelstaaten überlassen sollte. Damit hätte man es dann glücklich so weit gebracht, daß die Einzelstaaten dauernd berechtigte Mitgenießer der Einnahmen aus den indirekten Reichssteuern würden. Zum mindesten aber sollte die Heranziehung der Einzelstaaten zu den Reichsausgaben ein für allemal beseitigt werden. Die natürliche Folge dieser Reform wäre, daß der weltpolitische Kurs ohne bundesrätliche Sorgen um die Finanzlage des Heimatsstaates mit Volldampf voraussteuern könnte.

Allerdings fehlt auch diesem recht bösartigen Vorschlage das sociale Lämmerschwänzchen nicht. Durch seine Verwirklichung würden nämlich nach Herrn v. Mayrs Meinung die Einzelstaaten in die Lage versetzt werden, sich seinem steuerpolitischen Ideal, dem steuerfreie Existenzminimum von 2000—3000 M., allmählich zu nähern. Mit diesem professoralen Utopismus, der die politische Zusammensetzung der meisten größeren Landesvertretungen außer acht läßt, ist nicht zu rechten. In Wirklichkeit würden die Landtage natürlich die vom Reiche gewährten Vorteile dankend quittieren, um sie im Interesse der herrschenden Klassen und Cliquen bestens zu verwenden.

Auch dieser „ideale" Zweck, der in den blauesten Fernen der Gelehrtenphantasie verschwimmt, vermag das Mittel nicht zu heiligen, dessen Anwendung zur vorläufigen Linderung der Reichsfinanznot Herr v. Mayr liebevoll befürwortet — die Erhöhung der Tabaksteuer. Herr v. Thielmann hat sie am 8. Januar dieses Jahres angekündigt und Herr v. Mayr beeilt sich sie zu begründen. Zwar weiß er noch nicht ganz genau wie, dafür aber erläßt er einen Sammlungsaufruf an die deutschen Professoren: „Mit den übertriebenen Vorstellungen von der Volksfeindlichkeit der wichtigsten Verbrauchssteuern, z. B. einer ausgiebigen Tabaksbesteuerung aufzuräumen", sei eine der Hauptaufgaben in dem jetzigen Vorbereitungsstadium der Reichs-Finanzreform. Nach seiner Ueberzeugung wäre die Angst vor den Verbrauchssteuern noch ein Rest „von dem doch im übrigen überwundenen theoretisierenden, doktrinären deutschen Philister", und ihre Abstreifung daher dringend vonnöten.

Der Münchener Professor spottet seiner selbst und weiß nicht wie. Das ist ja gerade die Art des „im übrigen" noch lange nicht überwundenen deutschen Philisters, daß er Theorien und Doktrinen

e nach den Wünschen der jeweilig herrschenden Gewalt annimmt oder ablegt. Die Arbeiter, die keine „doktrinären deutschen Philister", sondern eminent praktische Politiker sind, werden sich darum doch nicht einreden lassen, daß neue Verbrauchssteuern Volkswohlthaten sind. —

Agrarischer Gesundheits- und Städtehaß.

Im preußischen Landtag, wo die Agrarier in der unumschränkten Macht sind, geben sich die Herren nicht mehr die Mühe, ihre Sperrpolitik auf gesundheitliche Rücksichten zurückzuführen. Ihr nationales Glaubensbekenntnis wird hier ohne jede heuchlerische Verhüllung laut ausgesprochen: Alle ausländischen Produkte sind schlecht, giftig, ruinös, sie müssen darum mindestens zehnmal strengstens untersucht und dann dürfen sie auch noch nicht über die Grenze gelassen werden. Alle inländischen Erzeugnisse sind wohlbekömmlich, nahrhaft, gesundheitsfördernd und dürfen auf keinen Fall durch sanitäre Untersuchungen belästigt werden. Die amerikanische Schildlaus, Trichine, Borsäure, die östreichische Maul- und Klauenseuche, die russische Geflügelcholera, das internationale Saccharin — alles rottet sich zusammen, um ausländische Agrarprodukte zu teuflischen Giften zu machen. Hingegen ist die deutsch-nationale Trichine ein äußerst liebenswürdiges Geschöpf, die preußische Milch wird außerordentlich verbessert, wenn sie durch Röhrenbrüche vermehrt wird, und es ist geradezu eine schwer kränkende Ehrenbeleidigung des vaterländischen Rindviehs, wenn man seine Gesundheit durch Untersuchungen zu prüfen wagt.

Das Agrarierthum, das bei den Fleischbeschau-Beratungen im Reichstag in Gesundheitsschutz schwelgte, hat jetzt bei den Erörterungen über die Ausführungsbestimmungen im preußischen Landtag systematisch auf eine Verschlechterung der gesundheitlichen Kontrolle des Fleisches hingearbeitet.

Zunächst haben sie für die Hausschlachtungen die Trichinenschau beseitigt. Erst neuerdings ist in Prozessen festgestellt worden, welches „Leute-Essen" die vornehmen Herrschaften ihrem „Gesinde" anzubieten wagen. Die Beseitigung der Trichinenschau für Hausschlachtungen ist ein Attentat auf die Gesundheit der ländlichen Arbeiter.

Sodann aber hat man es auch unternommen, die Stadtbevölkerung sowohl gesundheitlich wie finanziell zu schädigen. Das Abgeordnetenhaus hat den Antrag angenommen, daß das in den städtischen Schlachthöfen eingeführte, bereits am Ursprungsort untersuchte Fleisch nicht noch ein zweites Mal geprüft werden soll, außer, um festzustellen, ob es inzwischen verdorben ist. Der Zweck dieses Beschlusses ist der, die agrarische Fleischproduktion der städtischen Nachkontrolle zu entziehen. Das ist eine außerordentlich beklagenswerte hygienische Verschlechterung. Wir sind der Meinung, daß das Fleisch gerade dann untersucht werden muß, wenn es in den freien Verkehr eingeführt wird. In welchem Umfang z. B. Berlin von dieser Aufhebung einer notwendigen gesundheitlichen Prüfung betroffen wird, erhellt, wenn man bedenkt, daß etwa ein Drittel des am Berliner Schlachthof zur Untersuchung gelangenden Fleisches sich auf Fleisch bezieht, das von auswärts eingeführt ist. Dieses eine Drittel soll hinfort nicht im Schlachthof untersucht werden, es sei denn, um festzustellen, ob es nicht inzwischen in Verwesung übergegangen ist.

Die Agrarier motivierten diesen Ausschluß der nochmaligen Untersuchung damit, daß sie den Städten das Fleisch nicht verteuern wollten. Eine ganz unsinnige Ausrede, die im vollen Widerspruch zu ihrem zweiten Beschluß steht, daß im Falle einer nochmaligen Untersuchung keine Gebühren erhoben werden sollen. Eine kostenfreie Untersuchung verteuert sicherlich nicht das Fleisch.

Zudem sind die Kosten der Untersuchung im Verhältnis zum Wert des Viehes so gering, daß diese Gebühr nicht fleischverteuernd wirken kann. So kostet in Berlin die Untersuchung eines Rindes 0,50, eines Schweines 0,85, eines Kalbes 0,20 M., eines Hammels 0,10 M.

Dennoch sind wir im Gegensatz zu den Freisinnigen allerdings der Meinung, daß die Agrarier mit ihrer, wenn auch nur aus Städtehaß gestellten Forderung auf Gebührenfreiheit der Fleischuntersuchungen sachlich Recht haben. Auch diese Gebühren stellen eine Art indirekte Steuer dar, und wir hätten gar nichts dawider, wenn die aus der Aufhebung dieser Gebühren etwa folgenden Einnahmeausfälle durch Erhöhung der direkten Steuern auf höhere Einkommen gedeckt würden. Indem aber auch principiell Gebührenfreiheit verlangt werden muß, so wird auch der letzte Schein beseitigt, als ob die Agrarier aus Rücksicht auf die Verbilligung des städtischen Fleischkonsums die nochmalige Untersuchung beseitigen wollten, die bei Gebührenfreiheit doch nicht preissteigernd wirken kann.

Uebrigens wäre die Einbuße an Einnahmen, die aus der Aufhebung der Fleischbeschau-Gebühren erfolgen würde, vielleicht für kleinere Städte nicht unwesentlich, während sie im Haushalt Berlins keine Rolle spielt. Die Fleischbeschau-Gebühr für Fleisch von auswärts bringt in Berlin nur etwa 800 000 M. jährlich ein, bei einem Etat von rund 100 Millionen und einem Einkommensteuer-Ertrag von rund 30 Millionen. Gegen die Gebührenfreiheit ist also auch vom fiskalischen Standpunkt nicht viel einzuwenden, um so mehr freilich gegen die Beseitigung der wiederholten Untersuchung.

Das Herrenhaus wird am Mittwoch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zweifellos bestätigen. Auch die Bürgermeister sollen in ihrer Mehrheit vor den Agrariern kapitulieren. Wird die Vorlage in dieser Form aber Gesetz, so ist damit ein Denkmal errichtet, das zeigt, daß die Agrarier Todfeinde eines wirklichen sanitären Schutzes sind, von dem sie immer nur reden, wenn es gilt, die ausländische Konkurrenz zu erdrosseln.

* * *

Deutsches Reich.

Burggrafenrede.

Bei dem Festmahl im Nürnberger Rathaus hat Wilhelm II. eine Rede gehalten, in der er ausführte:

„Es war ein kerndeutsches Fest, das wir gefeiert haben, denn in dem Museum verkörpert sich alles, was wir Germanen mit Stolz als germanische Kultur bezeichnen. . . . Auf blutiger Walstatt, nach siegreichem Kampfe schlugen die deutschen Fürsten die Hände in einander und umjubelt von ihren Regimentern, ihren Völkern in Waffen, stellten sie das Deutsche Reich wieder her; vorüber, so Gott will für immer, die kaiserlose, die schreckliche Zeit; wieder aufgerichtet ist des Reiches ragendes Panier, der schwarze Adler auf goldenem Felde, umringt von den Fähnlein der fürstlichen Häuser und schützend umlagert von den in Waffen blitzenden, schimmernden Horsten der kriegsgewohnten germanischen Völker. Was die Feinde gefürchtet, was die Zweifler vereint, was die Neider zu verhindern gesucht, es ist doch endlich vollbracht worden. Mit tiefem Dank gegen Gott, dessen Führung mein Haus von der Burggrafenzeit an bis hierher so wunderbar geleitet, stehe ich tiefbewegt auf Nürnbergs Boden, stolz auf meine Würde als Burggraf vor dem erlauchten Regenten und Vater dieses Landes. Mit derselben Treue, mit der einst die Burggrafen den früheren deutschen Kaisern die Pfalz bewahrt und behütet, werde auch ich das Kleinod des Reiches bewahren."

Die Rede entbehrt politischer Bedeutung. Sie ist nur charakteristisch für die Persönlichkeit des Kaisers und seine spezifisch hohenzollerische Geschichtsauffassung, in der die Thatsache keinen Raum zu haben scheint, daß die im Ursprung revolutionäre und als umstürzlerisch verfolgte deutsche Einheitsbewegung keine grimmigeren Feinde hatte, als die deutschen Fürsten. Bis zum Tage von Versailles, bis zum Vorabend der Kaiserkrönung widerstrebte Wilhelm I. der neuen Würde und ebenso hatte Bismarck nur Spott für den romantischen Gedanken; deutsche Einheit bedeutete ihm immer nur ein vergrößertes Preußen. Auch das ist bekannt, daß nach dem siegreichen Krieg die deutschen Fürsten so wenig einig in der Reichsfrage waren, daß man vielmehr den damals schon geisteskranken Ludwig II. durch Einschüchterungen aller Art gewaltsam zwingen mußte, das „hochherzige" Angebot der Kaiserkrone an Wilhelm I. zu richten.

Zu beachten ist, daß die freisinnige „Vossische Zeitung" in einer überschwänglich byzantinischen Würdigung der Rede wieder den regierungsfähigen Liberalismus in empfehlende Erinnerung bringt: „Das Germanische Museum ist ein Kind des deutschen Liberalismus, aus dessen Geist ist es geschaffen worden, und in derselben Zeit, als die Rechte lehrte, die deutsche Einheit sei gleichbedeutend mit der deutschen Republik."

Die brave Vossin, die es als eine konservative Verleumdung bezeichnet, daß der Liberalismus jemals so ruchlos gewesen sei, die deutsche Einheit nur als Republik zu denken. Die „Vossin" verleugnet drei Menschenalter der Geschichte, bloß um die monarchische Ueberzeugungstreue der liberalen Bourgeoisie und damit ihre heutige Regierungsfähigkeit zu erweisen. —

Die Autorität des Sodahundes. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" verteidigt das Verbot der Borsäure und spricht die Erwartung aus, daß sich „die Juristen nicht durch die Agitation der Interessenten beeinflussen lassen, nach dem Inkrafttreten dieses Verbotes gegen etwaige Uebertreter desselben von den unvermeidlichen, empfindlichen Strafen" abzusehen. „Gerade weil es nicht schwer ist, heißt es dann weiter, für jede strittige Ansicht Sachverständige zur Vertretung Angeklagter zu finden, haben sich die allgemeinen Strafvorschriften im § 12 des Nahrungsmittel-Gesetzes als unzulänglich erwiesen, und ist man dazu übergegangen, die Einheitlichkeit der Rechtsprechung durch Verbote zu sichern. Weder Gerichtsverhandlungen noch Artikel in der Tagespresse sind geeignet, wissenschaftliche Fragen zu entscheiden, dazu sind unbeeinflußte Kollegien von hervorragenden Fachmännern mit wissenschaftlichen Erfahrungen auf den einschlägigen Sondergebieten berufen. Indem die verbündeten Regierungen sich durch wohlbegründete Gutachten ihrer unbefangenen und durch äußere Interessen nicht beeinflußten Fachmänner haben leiten lassen, haben sie dem Gemeinwohl sicherlich einen Dienst erwiesen und werden sich hierin, soweit wir unterrichtet sind, durch keinerlei Agitation beirren lassen."

Die „Nordd. Allg. Ztg." sucht vergessen zu machen, daß gerade die bedeutendsten wissenschaftlichen Fachmänner auf dem Gebiete der Giftlehre, so in Berlin die Professoren DDr. Liebreich und Lewin die Giftigkeit der Borsäure bestreiten und sich dabei nicht nur auf den Sodahund des Reichs-Gesundheitsamts stützen.

Zudem mehren sich die Stimmen derer, die die Unschädlichkeit der Borsäure am eignen Leibe erprobt haben. So berichtet der Chemiker Paul Ruben in der „Chemiker-Zeitung" vom 4. c., daß er volle zwei Jahre lang täglich viermal einen halben Gramm Borsäure in Milch gelöst — also jeden Tag im ganzen 2 Gramm — genossen habe, ohne irgend welche Nachteile jemals zu bemerken. Sämtliche Fleischwaren in einem Haushalte von fünf Personen im Alter von 54, 50, 28, 25 und 20 Jahren wurden über ein Jahr mit einem Konservensalz behandelt, das einen Gehalt von 50 Proz. Borsäure besitzt. In der heißesten Sommerzeit blieb das Fleisch 3 bis 8 Tage lang mit dem Salz bestreut im Keller liegen, wurde als Sauerbraten in Essig gelegt, auch roh als Schabefleisch gegessen. Mit größtem Appetit und ohne nachteilige Folgen wurden in ähnlicher Weise konservierte Hühner, Tauben und Fische verzehrt. Fische, die 6 Wochen mit dem Salz behandelt waren, zeigten vorzügliche Beschaffenheit und ein Gerichtschemiker konstatierte ihre absolute Geruchlosigkeit."

Aber alle diese Thatsachen veranlassen die „unbeeinflußten und hervorragenden" Fachmänner der Regierung nicht, ihr auf dem offenbar instinktiv agrarisch gesinnten Sodahund begründetes „unbefangenes" Urteil über die Schädlichkeit der Borsäure zu ändern! —

Gegen den Zollwucher haben in Düsseldorf die deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten auf ihrer dort am Sonntag abgehaltenen diesjährigen Hauptversammlung die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten legt Protest ein gegen die von der Zolltarif-Kommission beschlossenen Zollsätze auf Gerberstoffe, deren Einführung geradezu als Einfuhrverbot wirken müsse. Diese extremen Beschlüsse kennzeichnen die Mehrheit jener Kommission als einseitige Interessenvertreter, welche leichten Herzens sich bereit finden lassen zu Gunsten einer kleinen Gruppe von Schälwaldbesitzern die Exportfähigkeit eines der größten Industriezweige Deutschlands, der Lederindustrie, zu vernichten und zugleich die Schuhindustrie auf das schwerste zu schädigen. —

Die hessische Wahlrechtsreform. Aus Darmstadt meldet uns ein Privattelegramm:

Das Princip der direkten Wahl ist in erster Lesung mit 40 gegen 5 Stimmen angenommen worden. Ob dasselbe Ergebnis auch in der zweiten Lesung erzielt werden wird, ist bei der Gegnerschaft der ländlichen Abgeordneten gegen die Vermehrung der städtischen Mandate zweifelhaft. —

An der russischen Grenze. Genosse Bebel brachte im Februar ds. Js. im Reichstag den bekannten Fall zur Sprache, daß eine 60jährige alte Frau aus Nimmersatt von den russischen Behörden in Polangen in Haft genommen war, um von ihr Zeugenaussagen gegen lettische Revolutionäre auszupressen. Noch bis heutigen Tages schmachtet die alte Frau, trotz aller Versicherungen der Regierung im Reichstag, daß die Untersuchung bald abgeschlossen sei, in dem Gefängnis von Libau. Bei jener Gelegenheit führte Bebel auch aus, ihm sei zu Ohren gekommen, daß die russische Gendarmerie sich nicht scheue, auf deutschem Boden ihre Treibereien fortzusetzen. Der Herr Staatssekretär verneinte dies damals auf das entschiedenste. Es dürfte jedoch angebracht sein, daß er ein genaueres Augenmerk der Sache zuwendet. Der Arbeiterbund in Litauen und Polen giebt bekannt, daß vor kurzem **russische Gendarmen in russischer Uniform** in der Begleitung eines deutschen Gendarmen in einer Reihe von Restaurationen und Einfahrten in Bajoren bei Memel **Haussuchungen vorgenommen** hätten. Man soll nach unerlaubten russischen Schriften gefahndet haben. Es ist Sache der deutschen Behörde, in dieser Affaire Untersuchungen anzustellen und Aufklärung zu schaffen. —

Vom „Ministerium der Gradheit und Gerechtigkeit". Aus Baden wird uns geschrieben: Die politische Situation beginnt sich im Musterländle allmählich zu klären, und es wird nachgerade verständlich, warum der ehedem so kampfesmutige Centrumsführer Pfarrer Wacker, der „Löwe von Zähringen", den neuen Herren v. Brauer und Schenkel seit ihrem Regierungsantritt so sänftiglich um den Bart gegangen ist. Noch vor wenigen Tagen versicherte die Regierung anläßlich der Beratung der Lehrerbesoldungs-Vorlage in der Zweiten Kammer aufs bestimmteste, daß es ihr im Hinblick auf die mißliche Finanzlage des Landes unmöglich sei, die von der Kammer gewünschte Erhöhung der Zulage an die Elementarlehrer von 50 auf 200 M. zu acceptieren, und es steht jetzt schon fest, daß auch die Petition der Eisenbahnarbeiter um eine bescheidene Gehaltserhöhung aus demselben Grunde in den Papierkorb wandern wird. Das hält jedoch das von Wacker getaufte „Ministerium der Gradheit und Gerechtigkeit" nicht ab, soeben mit einem Nachtrag herauszurücken, in dem für die Zwecke der katholischen Kirche Beiträge zu den Baukosten eines erzbischöflichen Kanzleigebäudes, Priesterseminarien und Konvikte, Tilgung von Kirchenschulden ꝛc., Ausgaben in Höhe von über 250 000 M. vorgesehen sind. Das schönste dabei ist, daß die Regierung in der dem Etat beigegebenen Begründung selbst ausdrücklich feststellt, daß eine Verpflichtung zu diesen Aufwendungen für den Staat nicht vorliege. —

Die Gemeindewahlen in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg i. E. wird uns in Ergänzung unsrer gestrigen Depesche geschrieben: Der Ausfall der hiesigen Neuwahlen zum Gemeinderat bedeuten einen glänzenden Triumph der von Herrn v. Köller kürzlich im Reichstag mit so außerordentlich großer Bestimmtheit im Reichsland totgesagten Socialdemokratie. Obwohl alle bürgerlichen Parteien gegen uns zusammen gingen, gelang es uns doch, das eine der beiden bisher in unsrem Besitze befindlichen Mandate, dasjenige Böhles, im 1. Wahlgang zu behaupten, und außerdem in einer Reihe von Bezirken in aussichtsvolle Nachwahlen zu kommen. Die Gesamtheit der von gegnerischer Seite abgegebenen Stimmen (vereinigte Ordnungsparteien, vereinigte Erwerbs- und Mittelstandsparteien) beläuft sich auf rund 12 000, die der Socialdemokratie allein auf nahezu 7000. Unsre Stimmenzahl ist in allen Bezirken, teilweise um mehr als die Hälfte, gewachsen. Die Gegner sind ob unsres glänzenden Erfolges völlig konsterniert. Der Köder der Diktaturaufhebung hat seine Wirkung versagt. Wahlbeteiligung enorm!

In Mülhausen errang die demokratisch-socialistische Kompromißliste mit 2000 Stimmen Mehrheit den Sieg über die liberal-klerikale Mairepartei.

In Gebweiler stimmten von 2464 eingeschriebenen Wählern nicht weniger als 2190 ab. Gewählt ist mit großer Mehrheit unser Genosse Milchhändler Bucher sowie der auf der socialistischen Liste stehende, auch von bürgerlicher Seite unterstützte Demokrat Jäckert.

Der Industrieort Schiltigheim bei Straßburg wählte zum erstenmal einen Socialisten, ebenso Dettweiler bei Zabern.

Die Erfolge unsrer Partei sind allenthalben glänzende. Bisher hatten nur Straßburg und Mülhausen socialistische Vertretungen auf den Rathäusern. —

Die ostasiatische Besatzungsbrigade. „Hinsichtlich der Verwendung der in Ostasien verbleibenen Brigade muß es — so bemerkt zutreffend die „Freis. Ztg." — Verwunderung erregen, daß vom 1. Juli ab ein Bataillon des ersten ostasiatischen Infanterie-Regiments nach Tsingtau verlegt wird, also in das deutsche Gebiet von Kiautschou. In Kiautschou bestand bisher die Garnison nur aus Marinetruppen in einer Stärke von ca. 1800 Mann. Wozu erfolgt jetzt eine Verstärkung aus dem Landheer? Hält man etwa Kiautschou oder die Interessensphäre an der Schantung-Eisenbahn für so gefährdet, daß man eine solche stärkere Besatzung in Kiautschou erforderlich erachtet, oder worin liegt sonst der Grund?"

Es ist durchaus erforderlich, die noch immer erhebliche Truppenzahl, die in Ostasien verbleiben soll — ca. **3300 Mann** —, weiter erheblich zu verringern. Truppen in solcher Zahl noch weiter in China zu belassen, ist in keiner Weise nötig und das in Finanzsorgen steckende Reich könnte durch weitere Verminderung derselben erhebliche Ersparnisse machen; erwachsen doch pro Mann Kosten von 6000 M. jährlich. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Budapest, 17. Juni. Abgeordnetenhaus. Franz Kossuth richtet an den Ministerpräsidenten v. Szell die Interpellation, ob er beabsichtige, von der **einjährigen Kündigungsfrist** der 1903 ablaufenden **Handelsverträge** Gebrauch zu machen und ob er von seiner Absicht Oestreich verständigt habe. Darauf erklärte Ministerpräsident v. Szell, er könne in dieser Beziehung zur Zeit keine näheren Mitteilungen machen. Ein großer Teil der Handelsverträge sei von dem Ausgleich mit Oesterreich abhängig, dessen Abschluß in der nächsten Zeit kaum gelingen dürfte. Ungarn behalte sich das Recht seiner Entschließung vor. —

Schweiz.

Wahlrechtskampf.

Luzern, 14. Juni. (Eig. Ber.) Seit Jahren streben unsre Genossen im Kanton Luzern in Form des Proportional-Wahlsystems ein gerechtes Wahlverfahren an, um zu dem ihnen gebührenden Einflusse auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse zu kommen, der ihnen heute unter der Herrschaft des die Minderheit vergewaltigenden Majorzes vorenthalten wird. Schon vor 9 Jahren unternahmen sie durch ein Initiativbegehren den Versuch, zu ihrem Rechte zu kommen, allein die kompakte bürgerliche Majorität bekämpfte und verwarf die Initiative. Dieselben Ultramontanen, die in den liberalen Kantonen nicht genug über Unterdrückung und Vergewaltigung der Minderheiten schreien können und daher den Proporz fordern, verteidigen mit aller Rücksichtslosigkeit überall da den Majorz, wo sie in der Mehrheit sind. Die bekannte ultramontane Doppelzüngigkeit und politische Unehrlichkeit! Aber auch die Liberalen im Kanton Luzern, trotzdem sie Minderheitspartei sind, treten nur zum Teil für den Proporz ein; sie haben ja einen gewissen Anteil an der Herrschaft, sie regieren in der Stadt Luzern und in mancher andern Gemeinde des Kantons, sie haben eine ziemliche Vertretung im Kantonsrat, in den Gerichts- und Verwaltungsbehörden und sie haben auch eine Vertretung in der Regierung. So teilen sie sich mit den Ultramontanen in die Herrschaft, so fühlen sie sich mit den kapitalistischen Ultramontanen solidarisch gegenüber der Socialdemokratie und so haben sie sich, wenn auch nicht alle, mit dem Majorz ausgesöhnt. Wo sie von den Schwarzen unterdrückt sind, schreien sie aber ebenfalls über Vergewaltigung und fordern den Proporz, oder sie machen gar Revolution, wie 1890 im Kanton Tessin.

Unsre Genossen haben nun folgendes Initiativbegehren aufgestellt: „Die unterzeichneten stimmfähigen Bürger verlangen, gestützt auf § 35 der Staatsverfassung die Abänderung derselben in dem Sinne, daß die gegenwärtig bestehenden Bestimmungen über die Wahl des Großrates und des Verfassungsrates in §§ 43 und 95 der Verfassung durch die Vorschrift ersetzt werden, daß der Große Rat und der Verfassungsrat nach proportionalem Wahlverfahren — Verhältniswahl — vom Volke gewählt werden und zwar in Wahlkreisen von mindestens drei Vertretern, deren Umschreibung im übrigen der Gesetzgebung vorbehalten bleibt."

Um dieses Initiativbegehren zur Volksabstimmung zu bringen, sind 2000 Unterschriften erforderlich. Diese Zahl wird aber ganz zweifellos aufgebracht werden. Die Unterschriftensammlung hat bereits begonnen. —

Frankreich.

Paris, 17. Juni. Im Ministerrat unterbreitete der Kriegsminister dem Präsidenten Loubet ein Dekret zur Unterschrift, durch welches **General Bonnal** unter Enthebung von seiner Stellung als Kommandant der höheren Kriegsschule zur Disposition gestellt wird. General Bonnal ist in einer Erbschleicherei-Angelegenheit schwer kompromittiert. —

Paris, 17. Juni. Die **Kammer** erledigte eine weitere Serie von Wahlprüfungen, sodann regelte das Haus die Tagesordnung der Interpellationen; diejenigen über die ökonomische Politik, über die auswärtige Politik und die Affaire Humbert werden auf den 27. Juni und die folgenden drei Tage angesetzt. —

Rußland.

Moralische Torturen.

Uns wird geschrieben: „Noch vor einigen Wochen schien es, als ob die zarischen Henker in Wilna das Höchstmaß der Bestialität geleistet hätten, mehr, dachten wir, kann auch im Zarenreiche der

Mensch nicht vergewaltigt werden. Aber wir haben uns getäuscht. Soeben wird uns aus Liebau folgendes mitgeteilt: „Hier wurde eine Versammlung von ca. 60 jüdischen Arbeitern und Arbeiterinnen verhaftet. Im Polizeihause wurden **die Arbeiterinnen der Sittenpolizei übergeben,** sie wurden **gewaltsam einer ärztlichen Untersuchung unterworfen** und man gab ihnen **„gelbe Billets** (Legitimation für Prostituierte)". Jeder civilisierte Mensch — welcher politischen Richtung er auch angehören mag — wird gegenüber einem Regierungssystem, das solche Mittel in der Verfolgung ehrlicher Arbeiterinnen, die sich an der Organisation ihrer Klasse beteiligen, anwendet, die tiefste Verachtung empfinden.

Wir bitten unsre Parteiblätter wie auch alle Zeitungen, die Gefühl für Menschenwürde haben, obige Mitteilung nachzudrucken." —

Hirsch Leckerts Hinrichtung.

Aus Wilna wird uns geschrieben: „Das Militär-Bezirksgericht, vor welches Hirsch Leckert-Lekuch gestellt wurde, tagte hier in Wilna, nicht in Petersburg, wie man nach den offiziellen Regierungsdepeschen schließen konnte. Die Verhandlungen wurden selbstverständlich bei geschlossenen Thüren abgehalten. Die Hinrichtung fand um 3 Uhr früh am 10. d. M. statt. Der Galgen wurde auf dem Exerzierfelde, „wojenojo pole", außerhalb der Stadt, aufgestellt. Von Soldaten, die der Hinrichtung beigewohnt haben, erfuhren wir, daß der „Verbrecher" **bis zum letzten Moment von einer unerschütterlichen Heldenmütigkeit beseelt war. Festen Schrittes und erhobenen Hauptes näherte er sich und bestieg das Schafott . . .**

Seit der Gründung des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes" in Rußland (Ende 1897) sind wohl — wie weit sich bei den russischen Zuständen Verhaftungen registrieren lassen — an 2000 Menschen wegen angeblicher Anteilnahme an dieser Organisation nach Sibirien verbannt, Abertausende in die Gefängnisse geworfen, woselbst mehrere von den Gefängnisbeamten erdrosselt (so in Lodz), nach Polizeibegriffen haben sie Selbstmord begangen — erhängt (Witebsk, Wilkomir) und halbtot geschlagen wurden (in Bialystok und vielen andern Städten). Hirsch Leckert ist der erste, der am Galgen endet. Diese Hinrichtung läßt sich nur als persönlicher Rache-Akt der v. Wahls erklären, unter dessen direkter Beeinflussung das Urteil gefällt wurde. Die Regierung muß sich selbst sagen, daß die Bewegung durch dieses Urteil nur an Intensivität und Entschlossenheit gewinnen wird.

Der Name des Märtyrers Hirsch Leckert wird im großen Buch der Leiden und Kämpfe des Proletariats mit goldenen Lettern verzeichnet bleiben. Doppelt heilig ist das Andenken an ihn dem russischen kämpfenden Proletariats, in dessen Reihen er noch bis vor einigen Monaten (in Jekaterinoslaw) gestanden hat, und vor allem — dem jüdischen, den in Rußland dreifach geknechteten „Parias unter den Proletariern", aus deren Mitte er hervorgegangen, deren Kampforganisation ihn erzogen, ihm Heldenmut und unerschütterlichen Glauben an die heilige Idee des Socialismus eingeflößt, ihn gelehrt hat zu kämpfen — und zu sterben." —

Zur Taktik der socialistischen Partei Frankreichs.

Paris. (Eig. Ber.).

Die Bankettreden der Jaurèsisten, über die ich neulich berichtet habe, geben Aufschluß über die Taktik der P. S. F. (sog. Jaurèsisten) in der gegenwärtigen Situation. Am 3. Juni hat eine ähnliche Kundgebung der vereinigten Guesdisten und Blanquisten, der P. S. do F., stattgefunden. Der Centralrat dieser Partei veranstaltete eine große Volksversammlung, „um die socialistischen Siege in Paris und in der Provinz, und insbesondere die Wiederwahl der Genossen Déjeante und Vaillant im 20. Pariser Bezirk zu feiern". Die gehaltenen Reden, die durchweg mit begeistertem Beifall aufgenommen wurden, skizzierten direkt und indirekt in klarer, wenn auch gedrängter Weise den tiefen Gegensatz, der die beiden socialistischen Lager spaltet.

Als erster Redner sprach der Vorsitzende Lafargue. Er betonte mit Nachdruck die Pflicht der Partei, gegen die kapitalistischen Parteien aller Richtungen mit gleicher Energie zu kämpfen, gegen die Antiklerikalen sowohl wie gegen die Antisemiten. Alle bürgerlichen Parteien sind dem Socialismus gleich feindlich. Guesde und Zévaès sind in den letzten Kammerwahlen unterlegen infolge des „Verrates der Bourgeoisie aller Richtungen". Die Wahlergebnisse haben übrigens eine nur relative Bedeutung. Nicht durch die Vermehrung der parlamentarischen Mandate wird der Socialismus siegen. Die socialistische Partei ist keine Wahlpartei (parti électoral). Unsre Aufgabe besteht darin, das Proletariat zur Revolution vorzubereiten. Die Revolution von 1789 ist zu stande gekommen ohne vorherige Wahlcampagne, dank einer energischen Aufklärungs- und Agitationsarbeit. Die kommende proletarische Revolution wird aber allerdings ungleich einschneidender sein als die von 1789, die nur die adeligen Eigentümer durch die Bourgeoisie ersetzt hat. Ja, unter dem alten Regime gab es in mancher Beziehung mehr Freiheit als heute, nach der bürgerlichen Revolution. . . .

Unsre letzte Wahlcampagne unterscheidet sich dadurch, daß wir zum erstenmal fast überall Kandidaten aufgestellt haben. Freilich fehlte es an Mitteln, um überall eine wirkliche Campagne zu führen; die Geheimfonds stehen ja uns nicht zur Verfügung. Wir haben vielfach nur Wahlaufrufe und Stimmzettel versendet. Aber der Erfolg war relativ gut. Es giebt Orte, wohin wir nur 200 gedruckte Stimmzettel geschickt und wo 400—500 Stimmen für unsren Kandidaten abgegeben wurden. Den Ueberschuß bildeten handschriftlich verfertigte Stimmzettel. Die Propaganda hat dank der Zählkandidaturen Wurzel geschlagen. Freilich darf man daraus keine Hoffnungen auf Mandatserfolge ableiten. Was in Roubaix eingetroffen (Mandatsverluste in Gemeinderats- und Kammerwahlen), wird überall geschehen. Aber unsre Wahl-Campagne hat in Millionen von Köpfen die revolutionäre Bereitschaft gezeitigt.

Die nächste Revolution wird nicht wie 1870—71 enden. Unter dem zweiten Kaiserreich gab es eine nur schwache socialistische Propaganda. Alle ökonomische Agitation schlug damals sofort in den politischen Kampf gegen Bonaparte um. Während der Commune war Paris isoliert. Die socialistischen Führer Varlin, Vaillant u. a. waren damals unbekannt. Heute aber ist z. B. Vaillant im letzten französischen Dorf ebenso bekannt wie in Belleville (Vaillants Bezirk). Dann wäre Paris heute der Unterstützung seitens der Provinz sicher.

Zum Schluß betont Lafargue nochmals, daß die socialistische Partei sich an den Wahlen beteilige nicht um der Mandate willen, sondern zum Zweck der revolutionären Propaganda, und demselben Zweck gelte ihre Thätigkeit im Parlament.

Abg. Déjeante: Viele „socialistischen Streber" (arrivistes) hatten auf große Wahlerfolge gehofft. Aber nur die Revolutionär-Socialistische Einigkeit hat wirkliche Erfolge zu verzeichnen, da sie der Fahne treu geblieben ist. Heute beginnt vielleicht die letzte Schlacht. Die radikale Mehrheit der neuen Kammer wird sich in reformerischer Hinsicht sicher ebenso unfähig zeigen, wie die Radikalen es von jeher gewesen. Der Senat wird, wie bisher, alle Reformen in seinen Kommissionsmappen begraben. Es sei denn, daß man ein bißchen in Antiklerikalismus machen wird. Redner erinnert an das reformatorische „Programm von Belleville", das Gambetta 1869 verfaßt hat und welches bis heute noch nicht verwirklicht ist (Abschaffung des Senats, Trennung der Kirche vom Staat ꝛc.): Wir werden aber darauf dringen, daß die Radikalen ihre Versprechungen halten, die seit 30 Jahren unerfüllt bleiben. Die republikanische Freiheit ist eine Lüge: siehe die Mißhandlungen auf dem Père-Lachaise Friedhof. Dann mutet man freien Republikanern zu, dem Zaren Spitzeldienste zu leisten (Anspielung auf die „Liga zur Wohlfahrt des russischen Vaterlandes", die sich erfrecht hat, ihre Aufrufe auch an die revolutionär-socialistischen Abgeordneten zu senden). Ausländische Revolutionäre werden von der Republik ausgewiesen. Ebenso ist die Gleichheit eine Lüge, und gar erst die Brüderlichkeit in einer Zeit, da die Ausbeutung immer grausamer wird.

Mit dem kommenden Ministerium wollen wir ebenso wenig paktieren, wie mit dem Kabinett Waldeck-Rousseau.

Wir wollen die socialistische Einigung, aber nur mit denen, die die Interessen des Proletariats verteidigen. Weg mit denen, die die Republik mit dem monarchischen Princip verkoppeln wollen! . . . Wir wollen nicht, daß man uns vorwirft, unsre Kinder zur Kommunion in die Kirche geführt zu haben. (Rufe: „Nieder mit den Jesuiten!" — Anspielung auf die erste Kommunion der Tochter von Jaurès.)

Redner schließt mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß das Proletariat seiner Partei auf dem revolutionären Wege folgen werde.

Abg. Chauvière-Paris begrüßt seinen alten Kampfgenossen Vaillant: Seit unsren Kämpfen gegen das Kaiserreich sind wenig Resultate erzielt worden, aber es liegt kein Grund zur Enttäuschung vor. So viele Kämpfer sind jetzt bereit, sich auf das erste Signal zu erheben. Ueberall sehen wir Keime des Socialismus. Redner erinnert an das Wort Blanquis: „Stellt die Partei wieder her, vereinigt die zertrennten Elemente!" Einzelne Personen haben freilich „durch ihr nicht zu bestreitendes und unbestrittenes Talent" (gemeint ist Jaurès!) einen übergroßen Platz eingenommen und den Socialismus vom richtigen Wege abgelenkt. Doch das war schon immer der Fall. . . . Mit Blanqui betont Redner die unersetzliche Rolle der Gewalt. Zugleich aber muß das Bewußtsein in jedem geweckt werden. Der Socialismus muß praktisch werden, aber in großem Sinne dieses Wortes. Durch die kleinen Reformen sucht die Bourgeoisie das Proletariat zu ködern. Lassen wir uns nicht durch die Mißerfolge entmutigen!

Abg. Thivrier-Commentry überbringt die Grüße der Genossen des Allier-Departements: In der Provinz giebt es eine herrliche revolutionär-socialistische Bewegung. Käme es heute in Paris zu einem Kommune-Aufstand, so würde die ganze Provinz mitkämpfen. Wenn wir in der Stichwahl mit den fortschrittlicheren bürgerlichen Parteien zusammengingen, so haben wir doch in der Hauptwahl die Reinheit unsrer Fahne gewahrt. Unsre Wahlaktion war durch und durch revolutionär-socialistisch. Mit den einigen Mandaten ist es nicht gethan. Wir haben nie gedacht, im Parlament das Glück des Volkes zu machen. Dort haben wir nur eine besonders weithallende Tribüne, zugleich wird die Propaganda im Lande erleichtert. Die Ereignisse der letzten Jahre haben unsre Propaganda gefördert. Der scheinbaren Einigung des Socialismus ist der Bruch gefolgt, der Bruch zwischen den speciell reformerischen und den speciell revolutionären Elementen. Unsre Freunde in der Provinz finden diesen Bruch erfreulich, da die beiden Richtungen nun einmal mit einander nicht auskommen konnten. Dann hat jene Spaltung die Vereinigung der Guesdisten und Blanquisten hervorgerufen. Wir wollen nicht mehr die Gepreßten sein, bleiben wir eine Klassenpartei, kein intimes Zusammenarbeiten mehr mit den bürgerlichen Parteien — und der Tag des Sieges wird bald anbrechen!

Delory, Abgeordneter und Maire von Lille, rechnet auf die parlamentarische Erfahrung Vaillants und Déjeantes, die die neugewählten Abgeordneten in die Geheimnisse der bourgeoisen parlamentarischen Küche einzuweihen haben werden, damit diese insbesondere die unsauberen Winkel vermeiden lernen. Sodann betont er die Verbreitung des Socialismus in der Provinz: 1848 konnte die Bourgeoisie Freiwillige aus der Provinz gegen das Pariser Proletariat herbeirufen, 1871 gab es keine solchen Freiwilligen mehr, heute aber, wenn es zu andren Schlachten als zu denen mit dem Stimmzettel kommt, wird die Provinz mit ihren Freiwilligen dem Pariser Proletariat zu Hilfe eilen.

Weiter bespricht Redner die Stärke der Guesdistischen Organisation im Norddepartement: Die Bourgeoisie suchte uns u. a. durch Konsumgenossenschaften zu bekämpfen, wir haben nun auch solche gegründet, aber nicht zu egoistischen Zwecken, sondern im Interesse des Socialismus. Dieses Jahr haben die Genossenschaften für die Agitation 25000 Frank geliefert.

Wenn ich heute hier als einziger Abgeordneter des Norddepartements erscheine, so weil die Kampfbedingungen dort äußerst schwierig sind. Alle Spinnereien sind dort ebensoviele Bastillen, äußerlich schon als solche sinnbildlich gekennzeichnet durch ihre Türme und Zinnen. Wie die Bourgeoisie die alte Bastille zerstörte, so haben wir die von ihr aufgerichteten neuen Bastillen zu zerstören. Das erreichen wir nicht allein durch die Wahlaktion, es bedarf einer ununterbrochenen Organisationsarbeit — kommt es dann zur Revolution, so werden der Bourgeoisie alle Gallifets nichts helfen.

Die Abgeordneten aber dürfen nicht vergessen, daß sie Vertreter des Proletariats sind und nicht Kollegen der Bourgeois. Wir haben nicht dieses oder jenes Ministerium vorzuziehen. Seit 100 Jahren wird das Proletariat unter allen möglichen Saucen verspeist: auf die Sauce kommt es nicht an, das Proletariat will überhaupt nicht verspeist werden.

Sind wir auch im Parlament wenig zahlreich, so werden wir doch der Kern bleiben, um den sich die andren Socialisten, diejenigen, an deren gute Absichten ich glauben will, scharen können, um sich vor dem Aufgehen in der Bourgeoisie zu retten. Haben wir unter uns keinen ehemaligen Minister, so haben wir Vaillant, der die rote Fahne vertritt, das Sammlungszeichen aller Socialisten.

Vaillant, mit besonders lebhaftem Beifall und mit Hochrufen auf die Kommune begrüßt: Die Wahlen sind nur eine Episode unsres allgemeinen Kampfes, und wir befolgen dabei dieselbe Methode wie sonst. Wenn wir in den Stichwahlen hier und da mit den Radikalen zusammengehen, so nur um reines Terrain für unsren Kampf zu schaffen. Nach einem Hinweis auf die schmerzlichen Mißerfolge von Zévaès, Groussier und Guesde betont Redner den großen Wert der diesmal so umfassend gewesenen Wahlagitation, die sich noch weiter entwickeln und so dem allgemeinen Wahlrecht erst seine wahre Bedeutung geben wird als einem Mittel der socialistischen Erziehung des Proletariats.

Zur parlamentarischen Aktion übergehend, sagte Redner: Der Parlamentarismus ist zwar eine direkte Herrschaftsform der Bourgeoisie und daher vom Socialismus niederzukämpfen, aber die socialistische Partei beteiligt sich am Parlamentarismus, wie an der demokratischen Bewegung, um sie im eignen Interesse zu lenken. Selbst die Reformen können nur durch den socialistischen Kampf verwirklicht werden. Wir haben auf das Einhalten der reformerischen Versprechungen zu dringen. Jede Reform ist eine Etappe auf dem Wege zum Socialismus.

Die Wahlaktion ist ein sekundäres Moment der socialistischen Aktion, die die ökonomische und besonders die politische Aktion umfaßt. Der entscheidende Kampf wird auf dem Boden der letzteren ausgefochten werden.

Unsre Kammerfraktion muß das treue Organ der Partei und des Proletariats bleiben. Wir haben unsre alte Taktik zu befolgen, gegen die Bourgeoisie von rechts und links Front zu machen, wie wir dies schon zur Zeit des Boulangismus gethan haben. Als Oppositions- und Revolutionspartei kümmern wir uns nicht darum, ob dieses oder jenes Ministerium am Ruder ist. So werden wir den Triumph der socialen Revolution vorbereiten.

Die Versammlung schloß mit der einstimmigen Annahme einer Resolution im Sinne der gehaltenen Reden. —

* * *

Bemerkung der Redaktion:

Der obige Bericht erscheint infolge von Raummangel um mehrere Tage verspätet.

Für uns deutsche Socialdemokraten geben die programmatischen Kundgebungen der beiden socialistischen Parteien Frankreichs (der Bericht über die Jaurèsistische Kundgebung war in der Nummer vom 1. Juni wiedergegeben) mannigfache Aufklärung über die Art der Gegensätze, die dieselben trennen. Die Kundgebungen bestätigen und bestärken die Auffassungen, die wir über den französischen Socialismus und seine inneren Kämpfe wiederholt und zuletzt noch ausführlicher im Anschluß an den Ausgang der letzten Kammerwahlen (siehe Nummer vom 13. Mai) ausgesprochen haben. Die Gegensätze liegen durchaus nicht vorwiegend in Fragen socialistischer Grundanschauung, sondern fast ausschließlich in Abweichungen über die parlamentarische Taktik der Partei. Diese taktischen Gegensätze aber — es sei uns verstattet, dies in der Freundschaft, die uns gegenüber beiden Richtungen erfüllt, auszusprechen — sind nichts als das Resultat von Irrtümern, welche von jeder der beiden Parteien in entgegengesetzter Richtung begangen werden. Die Kundgebungen der sogenannten Jaurèsisten zeigten eine für das deutsche Urteil bedauerliche Anlehnung an die regierende bürgerliche Linke, eine gefährliche Neigung zur Aufgabe der selbstständig proletarischen Kampfesführung; die oben berichteten Kundgebungen der Guesdisten und Blanquisten zeigen einen Revolutionarismus, der die Notwendigkeiten der politischen Praxis nicht hinreichend würdigt. Wie wir kürzlich mitteilten, sind von neuem Versuche unternommen worden, eine Einigung der beiden erbittert feindlichen Lager herbeizuführen. Diese Einigung wird möglich sein und muß in dem Maße gelingen, wie die Erkenntnis jener taktischen Irrtümer in beiden Lagern fortschreitet. Die Einigung der Socialdemokratie ist auch in Frankreich die Lebensfrage des Socialismus, deren Lösung nicht nur die Vorbedingung der politischen Macht der Partei bildet, sondern auch die Gewähr gegen die Fortdauer principieller oder taktischer Abirrungen giebt. Wir wissen uns in dieser Auffassung der französischen Parteizustände einig mit zahlreichen der tüchtigsten und allen persönlichen Zwistigkeiten fern stehenden Parteigenossen Frankreichs. —

Partei-Nachrichten.

Genosse Schöpflin ist am Sonnabend aus dem Redaktionsverband der „Volksstimme" in Chemnitz ausgeschieden, um die Leitung der für den 11. und 14. sächsischen Reichstags-Wahlkreis bestimmten und am 1. Juli ins Leben tretenden „Volkszeitung für das Muldenthal" zu übernehmen. — Die Redaktion der Chemnitzer „Volksstimme" widmet ihrem scheidenden Mitgliede einen warmen Nachruf und hofft, daß es ihm mit Hilfe der Parteigenossen bald gelingen werde, das Mandat im 14. Wahlkreise zu erringen und die konservative Herrschaft dortselbst zu brechen.

Die Gründung eines dreimal wöchentlich erscheinenden Parteiblattes für den Wahlkreis Landeshut-Jauer-Bolkenhain wurde am Sonntag auf einer Konferenz für diesen Wahlkreis beschlossen. Das Blatt soll als Kopfblatt der „Volkswacht" in Breslau hergestellt werden. In der lebhaften Diskussion sprach Genosse Feldmann-Langenbielau, Redacteur des „Proletarier", gegen die Gründung des Blattes, doch wurde dieselbe allseitig als berechtigt und notwendig angesehen.

Aus Meiningen. Am Sonntag fand in Schalkau der elfte meininger Parteitag statt. Derselbe war von 59 Delegierten besucht, die 26 Orte des 1. und 2. meininger Reichstags-Wahlkreises vertraten. Nach mehrstündiger lebhafter Debatte wurde der vom Genossen Hofmann-Saalfeld im Auftrage der Landtags-Fraktion ausgearbeitete Organisationsentwurf en bloc mit 36 gegen 10 Stimmen angenommen. Die Neuorganisation teilt das ganze Land in vier Agitationsbezirke mit den Vororten Pößneck, Saalfeld, Sonneberg und Salzungen. Die Landtags-Fraktion bildet den Landesvorstand; als das die Geschäfte führende Mitglied desselben wurde Genosse Hofmann-Saalfeld gewählt. Als Ort der nächsten Tagung wurde Judenbach und als Vertreter für den Parteitag in München Genosse Wehder bestimmt.

Ein socialistisches Organ in vlämischer Sprache soll demnächst in Belgien erscheinen. Die Anregung geht von der socialistischen Föderation in Brüssel aus, welche am 19. d. M. zusammentritt, um endgültig Beschluß darüber zu fassen.

Die Strafverfolgung Morgaris abgelehnt. Die parlamentarische Kommission, welche sich mit dem Antrage der Turiner Gerichte betreffs Strafverfolgung des socialistischen Abgeordneten Morgari anläßlich der Unruhen beim Turiner Gasarbeiterstreik zu befassen hatte, beschloß, die Strafverfolgung zu verweigern und der Kammer zu empfehlen, den Antrag abzuweisen.

Totenliste der Partei. In Dresden verstarb am Dienstagvormittag, wie uns ein Telegramm meldet, Genosse Gruner, ein altbewährtes Mitglied unsrer Partei infolge von Gehirnerweichung, welche Erkrankung seit einigen Monaten schwer an ihm zehrte. Gruner, von Beruf Töpfer, hat seit langen Jahren in Dresden-Neustadt an allen Kämpfen der Partei tüchtig und treu mitgewirkt. Mitte der 90er Jahre betrauten ihn die Parteigenossen mit dem Mandat für den Landtag in einem der Dresden-Neustädter Wahlkreise. Er gehörte zu den letzten Genossen, die infolge der Wahlentrechtung auf schwerem Posten im Landtag ausharrten. Er ist rednerisch selten hervorgetreten, aber er zählte zu denen, die sich weniger bemerkt in der Organisationsarbeit für die Partei ihr Verdienst erringen. Er war wiederholt Delegierter auf Landeskonferenzen und Parteitagen. Die Genossen seines Wirkungskreises und weit darüber hinaus, werden sein Andenken treu bewahren!

Aus Industrie und Handel.

Ueber den Beschäftigungsgrad im niederschlesischen Kohlen-Bergbau wird der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" geschrieben: Der niederschlesische Bergbau, der die Zeiten der Hochkonjunktur aus Mangel an Arbeitern nicht vollständig ausnutzen konnte, leidet jetzt in den Zeiten der Krise auch schon an Arbeiter-Ueberfluß. In diesem Frühjahr sind mehrmals, so im Neuroder Bezirk auf den Magnischen Gruben, Kameradschaften von 20, 30 bis 80 Mann entlassen worden. Von den größeren Anlagen sind die Schlesischen Kohlen- und Coakswerke in Gottesberg die einzigen, die keine Arbeiterentlassungen vorgenommen haben. Umfangreich werden zur Zeit Vorrichtungsarbeiten geleistet, naturgemäß fällt dadurch der Arbeitseffekt pro Mann und Schicht. Lohnkürzungen sind seit dem geschäftlichen Niedergang mehrfach vorgekommen. Entweder wird das Gedinge um 5—10 Proz. gekürzt, oder der Steiger übergiebt der Ortskameradschaft unbezahlte Nebenarbeiten. Auch in Niederschlesien sind die Bergarbeiterlöhne weit mehr gesunken, als in den offiziellen Lohnlisten zum Ausdruck gebracht wird. Die Hauerlöhne senkten sich bis zu 80 Pf. pro Schicht, in einzelnen Fällen bis zu 1 M. Durchschnittlich ist der Lohnverlust pro Schicht auf 40—45 Pf. gegen 1900 zu bemessen. Seit Beginn d. J. sind auf fast allen Gruben Niederschlesiens Feierschichten üblich geworden. Im März d. J. war wohl der Höhepunkt der Absatzstockung, denn auf vielen Schächten wurde wöchentlich nur vier Tage gefördert. Augenblicklich hat das nachgelassen, immerhin werden aber doch noch monatlich 2—3 Schichten pro Schacht gefeiert.

Eine weitgehende Beunruhigung rufen in der Belegschaft die Versuche verschiedener Werke hervor, die 1900 eingeführte 8½ Stundenschicht wieder durch die alte 10stündige zu ersetzen. Auf der konsolidierten Fuchsgrube ist es darüber schon zu Konflikten gekommen, wobei Polizisten und Gendarmen requiriert wurden, da die Verwaltung Unruhen befürchtete.

Der Kohlenexport Oberschlesiens betrug in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nur 186 800 Waggons, d. h. ungefähr 21 000 Waggons weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Ausfuhr nach Oestreich belief sich auf 162 000 Waggons, ziemlich das gleiche Quantum, wie in 1902. Dagegen hat der Export nach Rußland beinahe um die Hälfte abgenommen; er stellte sich nur auf rund 24 000 Waggons.

Zur Obligationen-Ausgabe des Stahltrusts. Der Vicekanzler von New Jersey, Emory, machte das kürzlich erlassene zeitweilige Verbot zu einem dauernden, das der United States Steel Corporation die Zurückziehung von 200 Millionen Dollar Vorzugsaktien durch Ausgabe von 250 Millionen Dollar Bonds untersagt. Der Anwalt der Corporation legte hiergegen Berufung ein mit dem Antrage, in der nächsten Woche einen Termin in dieser Angelegenheit festzusetzen.

Minensteuer in Südafrika. Im englischen Unterhause fragte heute Gibson Bowles an, ob in anbetracht der vermehrten Sicherheit, die dem Handel und der Industrie der südafrikanischen Kolonien allgemein aus dem Ergebnis des Krieges erwachse, die Regierungen der Kapkolonie und Natals von der Regierung aufgefordert werden würden, die Besitzer der De Beers- und anderer Diamanten- und Goldminen in Südafrika außerhalb Transvaals und der Oranjekolonie zu den Kriegskosten heranzuziehen. Chamberlain erwiderte schriftlich, die Regierung beabsichtige nicht, das zu thun.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! In der Schraubenfabrik von Gebr. Herzog, Mühlenstr. 8, sind Differenzen ausgebrochen. Schon öfter waren Konflikte in dieser Fabrik, welche ungewöhnlich niedrige Löhne zahlt, zu verzeichnen. Die gegenwärtigen Differenzen entstanden, weil einem Gürtler Accordarbeit angeboten wurde, die ihm selbst bei angestrengtester Thätigkeit nicht gestattete, seinen Wochenlohn von 18 Mark zu erreichen. Der Gürtler weigerte sich, diese Arbeit zu übernehmen, er wurde deshalb entlassen. Als die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen zur Besprechung dieser Angelegenheit zusammentraten, erklärte sie der Mitinhaber der Firma als entlassen. Am Montag verhandelte ein Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes mit dem Geschäftsinhaber. Dieser sagte zu, daß acht Arbeiterinnen und ein Arbeiter, die zuletzt entlassen sind, am Dienstag wieder anfangen könnten. Eine Stunde später, nachdem der Mitinhaber der Firma auf dem Kühnemannschen Kontrollbureau vorgesprochen hatte, wurde den Arbeitern erklärt, es werde keiner wieder eingestellt. Ein nochmaliger Einigungsversuch des Vertreters des Metallarbeiter-Verbandes hatte keinen Erfolg. Der Mitinhaber des Geschäfts erklärte, wenn es ihm paßt, werde er die Arbeiter einzeln einstellen, aber nicht truppweise.

Die Metallarbeiter werden ersucht, dies zu beachten.

Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Zum Lohnkampf im Hamburger Baugewerbe. Auf die Eingabe der Baugewerks-Innung, welche die Behörden um Verlängerung der Baufristen ersucht, hat der Senat eine Antwort erteilt, die weder eine Ablehnung noch eine Zusage bedeutet. Der Senat hat die Behörden angewiesen, allgemeine Zusicherungen über die Ausführung und die Rechtsfolgen bestehender Bauverträge nicht zu erteilen. Die bei der Ausführung staatlicher Bauverträge sich ergebenden Fragen seien vielmehr in jedem Einzelfall von den dafür zuständigen Behörden nach Lage der Verhältnisse zu prüfen und zu entscheiden.

Wenn auch durch diese Stellungnahme des Senats das Verlangen der Innungsmeister nicht unbedingt gewährt wird, so ist doch dessen Erfüllung auch nicht ganz ausgeschlossen. Sollte der Senat sich eine Hinterthür offen halten wollen, durch die er den Unternehmern, wenn es ihm geeignet scheint, zu Hilfe kommen kann?

Die Aussperrung der Hamburger Klempner hat nun doch einen größeren Umfang angenommen. Die Zahl der Ausgesperrten ist bereits auf 560 gestiegen. Die Innungsmeister haben fast ohne Ausnahme dem Aussperrungsbeschluß Folge geleistet. Andrerseits haben aber die Gesellen, welche die aussperrungswütigen Meister noch behalten wollten, die Arbeit niedergelegt.

Die Stuttgarter Maurer haben ihren Streikbeschluß einmütig ausgeführt. Sie sind in einer Anzahl von 950 am Sonnabend in den Ausstand getreten. Mit einigen Unternehmern, die dem Scharfmacherverbande nicht angehören, sind Unterhandlungen im Gange, die voraussichtlich zu einer Einigung führen.

Sämtliche Weber und Weberinnen der Firma Gebrüder Fürst in Neukirchen haben — wie bereits mitgeteilt — am 13. Juni die Kündigung eingereicht. Der Kampf scheint ernster Natur zu werden. Wir ersuchen die Weber allerorts, auf der Hut zu sein, falls Arbeitskräfte nach Neukirchen gesucht werden. Sämtliche Weber und Weberinnen sind organisiert. Die Forderungen der Arbeiter sind: 21 M. Wochenlohn für Weber, 18 M. für Weberinnen, bei Musterweben, Anschnellen bei Ketten bis zu 100 Meter (zwei Stück) für 100 Faden 3 Pf., über 100 Meter, was über 4000 Faden Dichte ist, ebenfalls für 100 Faden 3 Pf.

Seit ca. drei Wochen geführte Unterhandlungen mit der Firma haben zu keinem annehmbaren Resultat geführt, ebenso die zweimaligen Vermittelungsversuche des hiesigen Fabrikantenvereins.

Der Vergleichsvorschlag des letzteren wurde von den betreffenden Arbeitern angenommen, von der Firma aber abgelehnt. Es blieb also nichts weiter übrig als die Kündigung.

Die Einmütigkeit, mit der dieselbe erfolgt ist, berechtigt zu der Hoffnung, daß den Arbeitern der Sieg zu teil wird. Alle Kollegen werden dringend um moralische Unterstützung ersucht. Vermeidet den Zuzug.

Textilarbeiter-Verband, Filiale Crimmitschau.

Der Ausstand bei J. C. Otto, Nürnberg und Fürth, ist beendet. Am vergangenen Donnerstag wurden durch den ersten Bürgermeister von Nürnberg, Dr. v. Schuh, Verhandlungen eingeleitet, die zur Beilegung der Differenzen führten. Die Ausständigen haben dabei nicht schlecht abgeschnitten. Für Accordarbeiter wurde eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 13 Proz. erreicht.

Ausland.

Ein Straßenbahner-Ausstand in Neapel ist ausgebrochen. Infolgedessen ruht der Betrieb fast ganz.

Aus Mailand wird berichtet: Das Personal der hiesigen Vizinalbahn ist in den Ausstand getreten. Es kam wiederholt zu Ausschreitungen. Der Unmut der Streikenden richtete sich gegen die im Dienste gebliebenen Genossen. Ein Maschinist wurde durch Steinwürfe schwer verletzt. Die Züge sollen nunmehr innerhalb des Weichbildes der Stadt von berittenen Carabinieri begleitet werden.

In Madrid sind die Zimmerer in den Ausstand getreten.

Der Prozeß gegen die Leipziger Bank.

2. Verhandlungstag.

Aus Leipzig wird berichtet:

Exner erwidert auf die gestrige Aussage Dodels berichtigend, daß in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 15. Juni 1900 nicht das Engagement mit dem Treber-Concern sondern nur das Engagement mit dem Kasseler Treber-Conto den Gegenstand der Erörterung bildete. Dieses Engagement sollte von 16 bis 18 Millionen auf 10 Millionen Mark zurückgeführt werden. Der Aufsichtsrat habe auch von dem damaligen Engagement von 30 Millionen mit dem Treber-Concern Kenntnis gehabt. Angeklagter Wöller erklärt, daß er als Mitglied der Obligokommission in Sachen der Trebergesellschaft jede Verantwortung für dieses Obligo abgelehnt habe. Sein Einblick in die Trebertrocknungs-Gesellschaft habe ihm aber ein günstiges Bild von der Ausnutzung des Bergmannschen Patentes gegeben. Nach seiner Reise nach Petersburg und andern Orten war Wöller der festen Meinung, daß nur ein Teil verloren sein würde, und er habe auch nach dem Zusammenbruch der Leipziger Bank noch die Ueberzeugung gehabt, daß falls sich eine hilfreiche Hand biete, das Kasseler Unternehmen doch noch zu sanieren sei.

Der Angeklagte **Ziebiger** bekundet, daß er über die folgenschweren Beschlüsse betreffend die Trebergesellschaft erst später, zum Teil sogar erst aus dem Prozeßverfahren Kenntnis erhalten habe. Ohne sein Wissen sei die eigentliche Verbindung mit Kassel im Jahre 1895, als er selbst noch Direktor gewesen sei, durch Exner eingeleitet worden. Er sei nur wenig über Kassel unterrichtet gewesen, ebenso wenig über die

mißliche Lage der Leipziger Bank.

Immer im guten Glauben, daß die Leipziger Bank vollständig intakt sei, habe er ohne Bedenken das Kreditorenconto anerkannt und die Beschlüsse genehmigt, weil er die Meinung gehabt habe, daß das ganze Obligo bei der Trebergesellschaft nur 18 Millionen betrage. Später habe er von 23 Millionen gehört, doch sei ihm zur Kenntnis gekommen, daß es 33 Millionen gewesen seien. Er sei der Meinung, die Protokolle der Aufsichtsrats-Sitzungen bei der Leipziger Bank seien schon vor der Sitzung gemacht worden, denn seine Bedenken seien niemals ins Protokoll aufgenommen worden. (Große Bewegung.)

Die Angeklagten **Exner** und **Dr. Gentzsch** erwidern auf die Aussagen Ziebigers.

Angeklagter Meyer sagt aus, er habe stets die Reklamesucht Exners gemißbilligt. Der Aufsichtsrat glaubte, in den Trebergründungen es mit einem gut gehenden Unternehmen zu thun zu haben. Die Angriffe der Presse wurden nur als Ausfluß der Konkurrenz betrachtet. Das Obligo in Kassel in mäßigen Grenzen zu halten, sei der Bank nicht recht gelungen. Der Gedanke einer Fusion mit der Trebergesellschaft habe nicht zur Verwirklichung kommen können, und so sei das Ereignis des Zusammenbruchs der Bank eingetreten. Der Aufsichtsrat sei der Meinung gewesen, daß der Geschäftsbericht und die Bilanz für 1900 auf voller Wahrheit beruhten, wenn auch die Engagements bei der Trebergesellschaft in Kassel nicht besonders erwähnt worden seien. Da sei eines Tages das Bekenntnis der Direktoren gekommen, daß das

Treberobligo volle 84 Millionen

betrage. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats seien überrascht gewesen. Mayer behauptet bestimmt, daß die Direktion nicht alle Engagements der Trebergesellschaft dem Aufsichtsrat vorgelegt habe.

Am Schlusse seiner Aussagen meint Mayer, es wäre ohne den Zusammenbruch der Leipziger Bank noch möglich gewesen, aus den Unternehmungen der Trebertrocknungs-Gesellschaft manches zu retten, viele Verbindungen der Leipziger Bank zu halten und das Ergebnis einer Liquidation günstiger zu gestalten, als im Konkursverfahren.

Nach kurzer Mittagspause sagt der **Angeklagte Schröder** aus, als man in den Kreisen der Verwaltung der Leipziger Bank sich über die Beziehungen zu der Trebertrocknungs-Gesellschaft in Kassel zu beunruhigen begann, sei im Frühjahr 1900 beschlossen worden, ihm (Schröder), Dodel und den Prokuristen Wuthe nach Kassel zu senden, um die Verhältnisse zu prüfen, man sei dabei aber auf den energischten Widerstand des Generaldirektors Schmidt gestoßen. Den Rechenschaftsbericht und die Bilanz von 1900 habe er (Schröder) unbefangen geprüft und das Vertrauen gehabt, daß die Direktion keine Posten einstelle, die nicht der Wahrheit entsprächen; auch habe er sich über das in der Generalversammlung vorgelegene Exposé keine Skrupel gemacht, weil er der Ansicht war, daß es von vertrauenswürdigen Männern verfaßt sei. Nach der Generalversammlung im März 1900 begann die Zeit der Beunruhigungen; die Ansprüche der Trebergesellschaft wuchsen, sie machten 38 Millionen, später 58 Millionen aus. Man erwog die

Entlassung der Direktoren,

weil man von der Höhe des Obligos in Kassel und von den Engagements erfuhr, die von den Direktoren der Leipziger Bank genehmigt waren, ohne dem Aufsichtsrat eine Andeutung zu machen. Die Angeklagten **Vörster** und **Wilkens** erklären ebenfalls, daß ihnen die Höhe der an die Trebergesellschaft gewährten Kredite unbekannt war und daß sie durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank ihr ganzes Vermögen verloren haben. Sie hätten ihre volle Schuldigkeit gethan und seien sich nicht bewußt, eine Verschleierung der Bilanz begangen zu haben. Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. Die weitere Verhandlung wird auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Ein für die Presse merkwürdig günstiges Urteil hat das Reichsgericht gestern gesprochen. Das Landgericht Lüneburg hat am 20. März den Redacteur des Harburger und Lüneburger „Volksblattes", unsern Parteigenossen August Friedrich Kasch in Harburg a. E., wegen Verächtlichmachung der Polizei einer Staatseinrichtung, durch öffentliche Behauptung und Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatsachen zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Grundlage der Verurteilung bildete ein Leitartikel „Die Bestrafung der Arbeitslosigkeit", in welcher der unbekannt gebliebene Verfasser die Stellungnahme der Staatsbehörden gegenüber dem Notstande der Arbeitslosen angreift. Er spricht, so heißt es im Urteile, den Behörden jedes Verständnis für den Notstand ab, vor allem wendet er sich gegen die Polizei, sofern dieser die vorläufige Festnahme solcher Personen gestattet ist, welche in dem Verdachte des Bettelns, der Landstreicherei oder der Obdachlosigkeit stehen. Der ganze Zweck des Artikel ist, so sagt das für die bürgerliche Rechtsprechung bezeichnende Urteil weiter, die Verleumdung der Polizei. Diese habe, so heißt es in dem Artikel, nur darum jene Befugnis, damit der behäbige Bourgeois nicht belästigt werde. Der Arbeitslose sei ein moderner Paria und müsse sich fern von den Menschen halten; Luft und Licht würden ihm versagt. Die Polizei richte sich instinktiv nach dem äußeren Ansehen; wer einen guten Rock anhabe, bleibe unbelästigt usw. Mit dem Worte „instinktiv" kann der Verfasser, so fährt das Urteil fort, nur haben sagen wollen, daß es der Polizei schon zur zweiten Natur geworden sei, gegen Recht und Gesetz zu handeln. (!) Damit hat er nicht nur ein Urteil abgegeben und Kritik geübt, sondern die der Polizei vorgeworfenen Ungerechtigkeiten und Pflichtwidrigkeiten als etwas jeden Tag passierendes Thatsächliches hingestellt. Diese entstellten Thatsachen hat er öffentlich behauptet und verbreitet. — Auf die Revision des Angeklagten hob gestern das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Als begründet erwies sich zunächst die Beschwerde, daß der Angeklagte nach Ablehnung eines von ihm gestellten Beweisantrages nicht noch einmal gehört und so der Möglichkeit beraubt worden ist, neue Anträge zu stellen. Des weiteren heißt es in dem Urteile: Das Landgericht wird seinem Urteile eine Begründung zu geben haben, welche erkennen läßt, daß er sich der Grenzen zwischen der Behauptung von Thatsachen im Sinne des § 131 und der Kritik bewußt ist. Auch darauf wird es zu achten haben, daß dem Angeklagten die Möglichkeit gegeben sein muß, seinen guten Glauben nachzuweisen und eventuell den Beweis der Wahrheit der von ihm behaupteten Thatsachen zu führen. Entscheidend ist nicht allein die Auslegung, die das Gericht dem Artikel giebt, sondern ob der Angeklagte dieser Auslegung gefolgt ist und das Bewußtsein gehabt hat, in diesem Sinne den Artikel zu veröffentlichen.

Diese Anschauung des Reichsgerichts wird nicht nur bei socialdemokratischen Redacteuren gerechtes Erstaunen hervorrufen. Bisher war ein Preßsünder es kaum anders gewohnt, als daß der Staatsanwalt in seiner Zerschmetterungsrede die schlimmsten Motive beim Angeklagten als selbstverständlich voraussetzte und der Richter im großen ganzen einer solchen Anschauung folgte. Die Ansicht, daß kein Redacteur so verrückt ist, sich dadurch ins Gefängnis zu bringen, daß er seinem guten Glauben zuwider ins Blaue hinein beleidigende Behauptungen aufstellt, diese an sich ja selbstverständliche Ansicht war am Staatsanwaltschaftstisch und, wie gesagt, auch vielfach bei den Richtern streng verpönt. Wird die hier wiedergegebene Anschauung des Reichsgerichts Gemeingut im deutschen Richterstande, wird dem guten Glauben des Angeklagten der gebührende Platz eingeräumt, dann, ja dann müsse es mit der Aera der politischen Preßprozesse überhaupt vorbei sein!

Mit Hilfe des ambulanten Gerichtsstandes wurde der verantwortliche Redacteur des „Vereins-Anzeiger", Organ der Vereinigung der Maler, Lackierer usw., M. Mark in Hamburg, vor das Schöffengericht in Jena citiert, um sich dort wegen Beleidigung des Malermeisters A. Müller zu verantworten. In dem genannten Fachorgan war vor einiger Zeit (17. Januar d. J.) eine Einsendung aus Jena enthalten, in welcher dem betreffenden Malermeister aus Anlaß einer von ihm abgegebenen Offerte über Malerarbeiten der Vorwurf der Schmutzkonkurrenz und Arbeiterausbeutung gemacht worden war. Die Verhandlung fand am 16. Juni statt. Der Beklagte war nicht erschienen, aber durch einen Rechtsanwalt vertreten. Auf erhobenen Einwand erklärte zunächst das Schöffengericht seine Zuständigkeit. Der Kläger brachte den Nachweis, daß bei der betreffenden Arbeit die Gehilfen unter Einhaltung der gewöhnlichen Arbeitszeit den ortsüblichen Stundenlohn verdient haben. Infolgedessen hielt das Schöffengericht die Vorwürfe für ungerechtfertigt, abgesehen davon, daß eine formelle Beleidigung vorlag. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis. Der Kläger erhielt außerdem Publikationsbefugnis im „Vereins-Anzeiger" zugesprochen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ministerpräsident v. Szell über die Handelsverträge.

Budapest, 17. Juni. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. In Beantwortung der Interpellation Kossuth erklärt Ministerpräsident v. Szell, er wolle die Interpellation mit der durch die Wichtigkeit des Gegenstandes gebotenen Vorsicht sofort beantworten. Die Frage der internationalen Handelsverträge, sagt der Redner, stehe in Verbindung mit der Regelung des Verhältnisses Ungarns zu Oestreich. Die Verhandlungen zwischen Ungarn und Oestreich hätten jedoch keinen Abschluß gefunden, und wie die Dinge stehen, sei nicht anzunehmen, daß dieselben schon in den nächsten Wochen abgeschlossen sein werden. Im Auslande, fährt der Ministerpräsident fort, und auch bei uns herrscht das Bestreben, die gegenwärtigen Handelsverträge durch neue zu ersetzen; jedoch wäre es vorzeitig und es wäre nicht im Interesse des Landes, mich schon jetzt darüber zu äußern, ob Ende Dezember 1902 das Kündigungsrecht dem Auslande gegenüber ausgeübt werden soll. Schließlich erklärt Redner, was die Verständigung der östreichischen Regierung bezüglich der eventuellen Ausübung des Kündigungsrechts betreffe, so werde die freie Entschließung des Landes in jeder Richtung gewahrt werden. Die Antwort wird vom Hause zur Kenntnis genommen.

Die Polen-Interpellation im Reichsrat.

Wien, 17. Juni. (W. T. B.) Kurz vor Schluß der Sitzung kam es gelegentlich einer Anfrage Klofacs an den Präsidenten bezüglich der Beantwortung seiner Interpellation wegen der Rede des Grafen Bülow im preußischen Herrenhause über die Polenvorlage zwischen den Alldeutschen und den Czechisch-Radikalen, welche die Rede Klofacs mit stürmischem Beifall begleiteten, zu heftigen Zusammenstößen kam.

Deputiertenkammer.

Paris, 17. Juni. (W. T. B.) Bei der Prüfung der Wahl des im 2. Pariser Arrondissements gegen Mesureur gewählten Syveton entspann sich eine lebhafte Debatte. Schließlich nahm die Kammer mit 314 gegen 216 Stimmen eine Resolution an, welche besagt: Die Kammer mißbilligt die von der „Ligue de la Patrie Française" geführte unpatriotische und antifranzösische Verleumdungscampagne und hat infolgedessen beschlossen, eine Untersuchung über die Wahl Syvetons einzuleiten.

Affaire Humbert.

Paris, 17. Juni. (W. T. B.) Rochefort sagte heute vor dem Untersuchungsrichter aus, er wisse, daß die Familie Humbert am 7. Mai abends Paris verlassen und sich in Saint Nazaire an Bord einer nach Colon bestimmten Yacht eingeschifft habe. Rochefort weigerte sich indeß seine Quelle zu nennen.

Die Uebergabe der Boeren.

London, 17. Juni. (W. T. B.) General Kitchener telegraphierte heute: Die Uebergabe-Listen sind jetzt in Transvaal und der Oranjefluß-Kolonie vollständig. In Transvaal haben sich 11 225 Mann mit 10 843 Gewehren übergeben, in der Oranjekolonie 5395 Mann mit 5280 Gewehren. Die Liste aus der Kapkolonie ist noch nicht vollständig.

Eisenbahn-Unglück.

Frankfurt a. M., 17. Juni. (W. T. B.) Der Berlin-Frankfurter D-Zug Nr. 6, welcher um 4¹/₂ Uhr nachmittags hier eintreffen sollte, ist hinter Gebra bei der Haltestelle Ronshausen auf freier Strecke entgleist. Wie verlautet sind drei Personen, zwei Reisende und eine Wartefrau, leicht verletzt. Zwei Wagen sind nicht unerheblich beschädigt. Beide Geleise waren bis 3 Uhr gesperrt. Nach 3 Uhr wurde ein Geleis und gegen 7 Uhr auch das andre wieder fahrbar. Der Zug konnte mit 53 Minuten Verspätung nach Frankfurt weiterfahren. Die Ursache der Entgleisung ist bis jetzt nicht festgestellt worden.

Luxemburg, 17. Juni. (W. H.) Die **Stichwahlen** für die Kammer sind zu Gunsten der Antiklerikalen ausgefallen. Im Kanton Luxemburg wurden 2 Liberale, im Kanton Esch **4 Socialisten** gewählt.

Dresden, 17. Juni. (W. H.) Heute früh **erschoß** in Hühndorf bei Wilsdruff der 27jährige Büchsenmacher Rühle die 15jährige Tochter des Gastwirts Schmidt, mit der er ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Gestern abend hatte Rühle im Gasthof vorgesprochen und Nachtquartier erhalten. Als ihm von dem Mädchen heute früh der Kaffee gebracht wurde, zog er einen Revolver und gab drei Schüsse auf das Mädchen, welche es in den Rücken trafen. Dasselbe stürzte lautlos zusammen und war sofort tot. Rühle richtete darauf die Waffe gegen sich und traf sich in den Kopf. Er wurde noch lebend aufgefunden.

Löwen, 17. Juni. (W. H.) Heute morgen begann vor dem hiesigen Schwurgericht der **Prozeß** gegen die **Kundgeber** vom 18. April. Die Kundgebungen verursachten die bekannte mörderische Fusillade, bei der vier Personen getötet und mehrere schwer verletzt wurden. Angeklagt sind 14 Personen. Geladen sind 120 Zeugen, darunter 62 von seiten des Staatsanwalts. Der Andrang zu der Verhandlung ist enorm. Zahlreiche Journalisten sind anwesend. Nach dem Zeugenaufruf begann das Verhör. Die Angeklagten leugneten sämtlich, an der Kundgebung sich beteiligt zu haben und gaben an, nur Zuschauer gewesen zu sein. Das Verhör wird drei bis fünf Tage in Anspruch nehmen.

Sofia, 17. Juni. (W. H.) Nach hier aus Petersburg eingetroffenen Meldungen wird mit Zustimmung der russischen Regierung die **Proklamation Bulgariens zum Königreich** bestimmt im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Triest, 17. Juni. (W. H.) Ein in der hiesigen Schiffswerft beschäftigter Zeichner wurde unter dem Verdachte verhaftet, Pläne der für Rechnung der hiesigen Marineverwaltung erbauten Kriegsschiffe **an eine fremde Macht** verkauft zu haben.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Sechster Parteitag der bayrischen Socialdemokratie.

k. Ludwigshafen, 16. Juni.

In der Debatte über die Wahlrechtsreform nahm zunächst das Wort als Korreferent:

Rollwagen-Augsburg: Mich können alle Entwürfe nicht abschrecken, meine gegenteilige Meinung auszusprechen. Die erste Forderung der socialdemokratischen Fraktion und ihr gewichtigstes Argument gegen die bürgerlichen Parteien war das Wahlrecht. Ich habe mich weder von Bebel, noch von Parvus beeinflussen lassen. Es ist richtig, daß Grillenberger erst ganz und gar im Sinne des Programms seine Forderungen stellte. Müller hat alles angeführt, was für den Beschluß der Fraktion spricht, nicht aber, daß z. B. Grillenberger, als Altinger (lib.) das Wahlalter auf 25 Jahre festsetzen wollte, ausrief: „Das geht doch über die Hutschnur!" Der Redner bespricht die einzelnen Punkte der Wahlrechtsresolution und erklärt, unter gar keinen Umständen dürfte man darauf eingehen, daß der Spielraum zwischen 32 000 und 44 000 Seelen festgelegt wurde. Nach den vorzüglichen Ausführungen Segitz' mußte man im höchsten Grade verwundert sein, daß die Fraktion dann für die Resolution stimmte. (Sehr richtig!) Die Zweidrittel-Majorität wird' ohnehin nicht zu stande kommen wegen der Bauernbündler und Centrumsbauern. Sogar der Minister v. Feilitzsch hat seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß von unsrer Seite der „Krähwinkelei" zugestimmt wurde. Der Präsident der Reichsratskammer hat erklärt, daß er in der ganzen Resolution nicht einen Punkt findet, dem er nicht zustimmen könne. In solcher Gesellschaft befinden wir uns also. (Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, daß die Fraktion gar keine Veranlassung gehabt hätte, für die Resolution einzutreten. Sie wäre auch ohne die Stimmen der Fraktion angenommen worden. (Sehr richtig!) Die Regierung hat gefragt, wie das Wahlrecht gemacht werden soll, und da hätte ihr mit dem Hinweis auf unser Programm geantwortet werden sollen. Das war das Verwerfliche, was die Fraktion gethan hat. Bebel hat recht, daß wir völlig lahmgelegt sind, denn was unsre Genossen im Landtag festgelegt haben, das soll uns als Richtschnur dienen. Der Staatsstreich, den die Fraktion gemacht hat, kann ihr nie verziehen werden. Müller hat die Vorteile geschildert, die München, Nürnberg und Ludwigshafen zu teil werden. Ja, machen wir denn die Wahlreform nur für die großen Städte oder für das ganze Land? Wir beantragen, zu erklären, daß die Fraktion es an agitatorischer Schärfe fehlen ließ und daß ihre Haltung von dem Erfurter Programm abweicht. (Lebhafter Beifall bei den Gästen.)

Dickreiter-Ludwigshafen: Was das Wahlrecht betrifft, so war die Art, wie die Presse aufeinander losgeschlagen hat, nicht nach dem Geschmack eines jeden. Wenn auch die „Münchner Post" gereizt war, so konnte man sich den „russischen Socialrevolutionär" schenken, ebenso den auf Bebel gemünzten „Principienwächter". Der Entwurf selbst enthält gewiß eine Reihe Verschlechterungen, besonders die Hinaufsetzung des Wahlalters. Ich kann der „Pfälzischen Post" nicht beistimmen, daß davon Arbeiter und Bauern den gleichen Schaden haben, denn die Arbeiterklasse hat ein viel kürzeres Lebensalter. Den Wegfall der Stichwahlen bedauere ich nicht im mindesten, da nun einmal dem Kuhhandel vorgebeugt wird. Es sind also nicht nur Nachteile, sondern auch ganz bedeutende Vorteile da und ich würde bedauern, wenn die Resolution nicht zu stande käme.

Witti-München: Ueber Parvus und Bebel wundere ich mich nicht, wohl aber über Rollwagen. Wir können in vielen Gegenden gar nicht in die Wahl eintreten, weil wir einfach keine Wahlmänner bekommen. Nicht einmal in Augsburg konnten wir alle Bezirke besetzen. Ja, ist denn das keine Wahlentrechtung? Wenn das aufhört, nehme ich schon einige Verschlechterungen in Kauf. Mit der Massenaufwühlerei können wir nicht viel machen, anders ist es ja in der Wahlbewegung selbst. Ich hätte es für einen taktischen Fehler gehalten, wenn die Fraktion der Resolution nicht zugestimmt hätte.

Hartmann-Affenheim: Der Haltung der Fraktion in der Wahlrechtsfrage können wir zustimmen; besser: „hab' ich", als: „hätt' ich".

Schmoller-Kaiserslautern tadelt mit Dickreiter, daß über die Wahlrechtsfrage keine Versammlungen abgehalten wurden.

Segitz: Ich habe die Ueberzeugung, daß ich noch nie so wirksam die Interessen der Partei vertreten habe, wie in der Wahlrechtsfrage. Die Diskussionen, die mich sehr überrascht haben, würde man am besten abschneiden, wenn man Parvus und Bebel ein Exemplar des bayrischen Wahlrechts überreichte. (Sehr gut.) Auch Rollwagen hat heute bewiesen, daß er nichts davon versteht. Ich habe die Interessen der Partei viel entschiedener vertreten, als Grillenberger. Hat man davon in Berlin nichts gewußt oder fürchtete man sich vor ihm? Grillenberger besaß freilich ein ziemliches Maß von Grobheit. (Heiterkeit.) Jetzt kommt in München auf 83 000 und in Nürnberg auf 65 000 Seelen ein Abgeordneter, in Zukunft auf 44 000 Seelen. Und das soll eine Verschlechterung sein. Es ist auch eine eigentümliche Taktik, daß man unser Thun danach beurteilt, was unsre Gegner dazu sagen. (Sehr richtig.) Genosse Rollwagen ist noch der irrtümlichen Meinung, als ob uns die Regierung gefragt hätte, wie wir das Wahlrecht haben wollten. So war es nicht, der Anstoß ist doch von uns gegeben worden. Wenn wir mit 18 oder 20 Mann in den Landtag einziehen, können wir für eine weitere Wahlrechtsreform doch besser arbeiten als jetzt. (Sehr richtig!) Das indirekte Wahlsystem ist seitens der Socialdemokratie noch nie so sehr verteidigt worden, wie in den letzten Wochen. (Sehr gut!) Wer glaubt, es sei in Bayern durch Massenversammlungen ein Druck auf die Reform des Wahlrechts auszuüben, der irrt sich. Man sieht doch, wie es in Sachsen gegangen ist (Sehr richtig!) und warum ist es in Preußen nicht gelungen, ein Wahlrecht zu verlangen? (Lebhafter Beifall.)

A. Braun-Nürnberg: Wir haben nicht lediglich durch Sachlichkeit zu wirken, sondern wir müssen auch die Massen aufregen und agitieren. Nie ist im Lande etwas gegen die Reichsratskammer geschehen. Ad. Müller hat uns viel Schönes vorgetragen; aber wir stecken das Parteiprogramm viel zu oft in die hinterste Tasche. Wir haben alle Veranlassung, in der Frage der Wahlrechts-Resolution scharf zu kritisieren. Es ist noch nicht dagewesen, daß wir stolz wären auf die Zustimmung zu einer Resolution, die von allen Reaktionären und auch von der Regierung gelobt wird.

Ehrhart polemisiert gegen Rollwagen: Zu dem was jetzt geschehen ist, mußten die bürgerlichen Parteien und die Regierung von Schritt zu Schritt gezwungen werden. Graf Lerchenfeld wurde von Rollwagen falsch citiert, er hat vielmehr die Regierung scharf gemacht. Wenn irgend ein Ort ein Interesse daran hat, mit dem jetzigen Wahlrecht aufzuräumen, so ist das Augsburg. Es war früher das Bollwerk des Socialismus und was ist heute daraus geworden? Wenn uns vorgeworfen wird, wir hätten uns gegen das Programm verstoßen, so ist das nicht war; in unsren ursprünglichen Anträgen stand alles darin. Die Resolution Rollwagen-Braun ist das Todesurteil für die Fraktion. (Stürmischer Beifall.)

Schellhammer-Speier: Bezüglich des Wahlrechts könne Theorie und Praxis nicht in Einklang gebracht werden. Die Theoretiker haben in vielem recht, aber wir müssen praktisch handeln. Die Vorgänge in Speyer haben gezeigt, daß das ganze Wahlrecht korrumpierend auf die Massen wirkt. Wir können eben unser Programm nicht auf einmal durchdrücken. Redner empfiehlt seine Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Parteitag der bayrischen Socialdemokratie nimmt den parlamentarischen Rechenschaftsbericht der Landtags-Fraktion entgegen und erklärt sein Einverständnis mit deren Gesamtthätigkeit. Er befindet sich in vollem Einklang mit seinen Abgeordneten und ist überzeugt, daß dieselben auch in Zukunft in gleicher Weise wie bisher für die Volksinteressen eintreten werden. Der Parteitag begrüßt es insbesondere mit Genugthuung, daß die Reform des Landtags-Wahlrechts durch die unermüdliche Thätigkeit der Fraktion endlich so weit gefördert ist, daß die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes gesichert erscheint, und spricht der Fraktion sein Vertrauen aus, daß dieselbe alles aufbieten wird, um unsre Forderungen an ein gerechtes Wahlrecht so weit durchzusetzen, als unter den gegebenen Machtverhältnissen nur immer zu erreichen ist."

Clement-Kaiserslautern: Er habe die Parteigenossen Ehrhart und Segitz noch nie so grob gehört. (Ehrhart: Na, na!) Franz, so grob bist Du noch nie geworden. (Große Heiterkeit.) Es soll kein Stab gebrochen, sondern nur Kritik geübt werden. Hier handle es sich nur darum, in dem einen Punkt hervorzuheben, daß der Programmsatz, das Wahlalter von 21 Jahren festzuhalten, nicht genug verteidigt wurde. Auch der Gauvorstand habe mit der Agitation seine Schuldigkeit nicht gethan. Er erinnere an das Zuchthausgesetz. Er erkenne das Gute im neuen Wahlgesetz an, aber man solle das Programm hochhalten.

Hermann-Würzburg: Vor 12 Jahren seien in Halle ähnliche Principienfragen behandelt worden. Ihm stehe das deutsche Parteiprogramm höher als das bayrische. Die Partei solle in der Gesamtheit wirken. Die Opposition habe in diesem Sinne gesprochen, sie wollte niemand verletzen. Er begründet folgenden Antrag: „Der 6. Parteitag der Socialdemokraten Bayerns verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß durch eine Wahlrechtsreform, wie sie durch die vom Landtag beschlossene Resolution in Aussicht gestellt wird, nicht das geboten wird, was nach den Grundsätzen der socialdemokratischen Partei gefordert werden muß. Nichtsdestoweniger erblickt sie in der beabsichtigten Wahlrechtsreform einen wesentlichen Fortschritt und billigt die Haltung der socialdemokratischen Fraktion in dieser Frage."

Die Rednerliste ist erschöpft; das Schlußwort nimmt

Vollmar: Ich werde mich nicht aufregen und kalt sein, wie eine Hundeschnauze (Heiterkeit). Ich werde auch nicht persönlich werden. Soviel, wie irgend ein Anwesender, sind auch wir für das Erfurter Programm. Uns ist weiter nichts nachzuweisen, ob das, was wir bekommen, nicht besser ist, als das, was wir haben. Das Princip hochhalten, kann jeder, der nichts gelernt hat, dazu gehört gar nichts. Von unsrer Politik, die Rücksicht nimmt auf die Verantwortlichkeit, die wir haben, gehen wir nicht ab. Wenn Sie anders beschließen, dann stellen Sie andre Leute an unsre Stelle. Von den verschiedenen Einwänden, die gegen uns vorgebracht wurden, ist keiner stichhaltig. Die Agitation bei direkten Wahlen ist doch eine ganz andre als bei indirekten. In ganzen Provinzen, wo wir bei der Reichstagswahl Tausende von Stimmen haben, wird bei der Landtagswahl nicht eine einzige Stimme von uns gezählt, weil wir keine Wahlmänner bekommen. Die Fortschritte in der Wahlrechtsfrage wären ohne das Kompromiß gewiß nicht gekommen; aber angenehm sind solche Kompromisse nicht, obwohl sie eine absolute Notwendigkeit waren. Die Resolution sieht auch eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses vor, die doch auch nicht zu unterschätzen ist. Für die geplanten Verschlechterungen wollen wir die Verantwortung der Gegner gewiß nicht abschwächen; aber es darf auch nicht übertrieben und so gethan werden, als ob wir daran schuld wären. Wenn es irgend ein Mittel gebe, die Hinaufrückung des Wahlalters den Wählern zu ersparen, dann hätten wir gewiß nicht auf einen Anstoß von außen gewartet. Der Census ist eine Verfassungsbestimmung und kann nicht von uns beseitigt werden; im Gegenteil haben wir noch dafür sorgen müssen, daß die Regierung nicht an zu viel Leuten die Steuerfreiheit erließ. Die Karenzzeit hat leider eigentlich gar keine Bedeutung.

(Schluß folgt.)

Vierter deutscher Gewerkschaftskongreß.

Stuttgart, 16. Juni 1902.

Der Vorsitzende der Generalkommission Legien-Hamburg eröffnet gegen 10 Uhr den Kongreß mit einer Begrüßung der Delegierten. Er erinnert an die Situation beim Zusammentreten des letzten Gewerkschaftskongresses in Frankfurt, der unter dem Zeichen der damals drohenden Zuchthausvorlage tagte. Der Angriff sei erfolgreich abgeschlagen worden, heute drohe den Gewerkschaften keine unmittelbare Gefahr, dagegen laste die gegenwärtige Krisis schwer auf der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die Organisationen haben Mitglieder verloren, aber sie haben an Festigkeit so gewonnen, die sie die Wirtschaftskrise überdauern lasse, ohne an Aktionsfähigkeit nennenswert zu verlieren. Legien teilt weiter mit, daß die Reichs- wie die Landesregierung Vertreter entsandt haben. Er begrüßt die obengenannten Herren und meint, er hoffe, sie werden einsehen, daß sich auf Arbeiterkongressen ebenso gut sein läßt wie bei Unternehmern. (Heiterkeit.) Der Kongreß werde den Gästen mit voller Achtung entgegentreten. Er freue sich, daß es endlich so weit gekommen sei, daß die Regierungen die Arbeitervertreter als vollgültig ansehen. Er heiße sie herzlich willkommen, ebenso wie die sehr zahlreich erschienenen ausländischen Delegierten.

Haneisen-Stuttgart begrüßt den Kongreß namens des Stuttgarter Gewerkschaftskartells. Stuttgart sei stolz, den Kongreß bei sich im eignen Heim beherbergen zu dürfen. Er wünsche dem Kongreß guten Erfolg für die Arbeit und nach gethaner Arbeit gute Erholung.

Es halten dann kurze Begrüßungsansprachen: Rusar-Prag, Jensen-Kopenhagen.

Pete Curran-London begrüßt den Kongreß namens der General Federation of Trade Unions. Es sei das erste Mal, daß ein Vertreter der britischen Gewerkschaften auf einem deutschen Gewerkschaftskongreß erscheine, hoffentlich sei es nicht das letzte Mal. Früher hätten die Engländer gedacht, nur in England gebe es eine gesunde Gewerkschaftsbewegung, sie hätten aber erkannt, daß es auch jetzt in andren Ländern tüchtige Gewerkschaften gebe. Redner giebt ein Bild der Gewerkschaftsbewegung in England und der Federation im besonderen. Die Federation habe ein Vermögen von 1 400 000 Pfund und werde sich über kurz oder lang mit der Miners Federation vereinigen. Gegenwärtig herrsche in England Ruhe, aber lange werde sie nicht mehr dauern, da die Kapitalisten fortgesetzt die Gesetzgebung gegen die Interessen auszunützen suchen. Mehr und mehr sei man in England zu der Ueberzeugung gelangt, daß die deutschen Arbeiter richtig handeln, wenn sie Vertreter ihrer eignen Klasse ins Parlament wählen. Von den 617 Mitgliedern des englischen Parlaments seien nur 11 Arbeiterfreunde. Die Gewerkschaften würden jetzt in England drangsaliert. Das Oberhaus habe ein Urteil gefällt, das nicht nur die Gewerkschaften für ihre Handlungen verantwortlich mache, sondern auch für Handlungen einzelner Mitglieder. Die englischen Gewerkschaften seien der Ueberzeugung geworden, daß sie außer der Erlangung höherer Löhne ihr Augenmerk auf politische Dinge richten müßten. Die Gewerkschaften müßten aus ihren Fonds Arbeiterwahlen unterstützen. In England werde jetzt der Arbeiter vom Kapitalisten aufs äußerste ausgebeutet. Nach amerikanischem System greife jetzt neben der bisherigen Teilung eine Unterteilung Platz. Der englische Arbeiter begreife etwas schwer, aber dieses neue Arbeitsteilungssystem lasse jetzt auch den englischen Arbeiter die Lehren von Marx und Lassalle begreifen. Die Arbeitsbedingungen seien in der ganzen Welt die gleichen, deshalb sei die internationale Solidarität der Arbeiter notwendig. Die internationale Solidarität müsse das leitende Princip der ganzen Arbeiterbewegung werden. (Stürmischer Beifall.)

Jas O'Grady-London, ebenfalls von der General Federation of Trade Unions, knüpft ebenfalls an die Mitteilungen Currans über die amerikanische Arbeitsteilung an und meint, Englands Fabrikanten seien zu diesem System durch die amerikanische Konkurrenz gezwungen. Englands Industrie befinde sich im Stadium der Umwälzung. Englands Arbeiter müßten endlich Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen suchen. Namentlich der Achtstundentag müsse gesetzlich festgelegt werden. Die alten Trade Unions stünden noch nicht völlig auf dem socialistischen Programm, sie seien aber bereit, mit den Socialisten einen Teil des Weges zusammenzugehen. Es sei aber nur eine Frage der Zeit, daß sich auch die alten Trade Unions den Socialisten anschließen. Ein „Zurück" gebe es auf dem Wege nicht mehr. (Beifall.) Unter den Bergleuten, der größten Organisation der Welt, gehe es auch in socialistischer Richtung vorwärts. Sie seien gewillt, mit ihren Fonds die Wahl von Bergleuten zu unterstützen. Aus den 11 Arbeitervertretern würden bei den nächsten Wahlen schon 50 Arbeitervertreter werden. (Lebhafter Beifall.)

Griffuelles-Paris spricht über den Antagonismus, der zwischen Frankreich und Deutschland in der Bourgeoisie und innerhalb der Regierungen besteht, der von dem werkthätigen Volk Frankreichs aber nicht geteilt werde. Die französischen Arbeiter kennen nicht einzelne Vaterländer, sondern nur Menschen: Ausbeuter und Ausgebeutete. Käme es zum Kriege zwischen Frankreich und Deutschland, seine Freunde würden sich nicht berechtigt halten, gegen die deutschen Arbeiter zu Felde zu ziehen. Die Organisationen Frankreichs seien nicht sehr stark, das Fehlende in dieser Beziehung werde aber durch das Temperament wettgemacht. Die französischen Arbeiter seien revolutionär, grade in Frankreich machten Minoritäten moralischen Eindruck auf die Majoritäten und schüfen dadurch fortschrittliche Bewegungen.

Nach van Erkel-Amsterdam spricht Hueber-Wien im Namen der österreichischen Gewerkschaften. Legien führt ihn mit den Worten ein: Genosse Hueber spricht deutsch, eine Uebersetzung ist nicht notwendig. Hueber erwidert: Wir in Wien sprechen noch deutsch, wie lange, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Die österreichischen Gewerkschaften seien nicht sehr stark, ihre Stärke liege aber in der engen Gemeinschaft mit der socialdemokratischen Partei. Dieser Anschluß habe die Gewerkschaften so gekräftigt, daß sie die Krisis gut überstehen würden. Die österreichischen Gewerkschaften hätten von den deutschen Gewerkschaften stets gelernt, sie seien den Deutschen zu lebhaftem Dank für Unterstützungen verpflichtet. Vor drei Jahren tobte in Brünn der Textilarbeiter-Streik. Der letzte Kongreß habe 25 000 M. bewilligt. Diese Summe habe wesentlich zur ruhigen Beendigung des Streiks beigetragen. Früher sei bei dem scharfen Element der Czechen jeder Textilarbeiter-Streik blutig verlaufen, diesmal habe zum Wohle der Arbeiter die eiserne Disciplin der Organisation gesiegt. Die Regierung habe endlich, der Not gehorchend, zu Gunsten der Arbeiter eintreten müssen. Bei den Textilarbeitern sei der Zehnstundentag erreicht, bei den Bergarbeitern die Neunstundenschicht inkl. Ein- und Ausfahrt gesetzlich festgelegt. Die Durchführung werde noch einen harten Kampf kosten, denn in Oestreich gebe es Kapitalsprotzen, wahrhaft exotische Gewächse (Heiterkeit), Prachtexemplare, die ihre Bergarbeiter als Sklaven betrachten. Oestreich hat den deutschen Bergarbeitern hier vorgearbeitet. Die deutschen Bergarbeiter können sich nun auf das rückständige Oestreich berufen mit seiner Neunstundenschicht inkl. Einfahrt und Ausfahrt. Die Bewegung in Oestreich geht vorwärts, jetzt seien auch die österreichischen Hafenarbeiter reif geworden. Ihre Erfolge sehe die österreichische Bewegung in dem Anschluß an die politische Partei. Das Hineinwerfen der Neutralität werde in Oestreich ärgste Verwirrung anrichten. Er wolle die österreichische Taktik nicht andren Ländern vorschreiben, aber in Oestreich sei die enge Verbindung mit der Socialdemokratie die beste Förderung. In Oestreich habe man der Frauenorganisation Rechnung getragen, die Frauenagitation mache in Deutschland Fortschritte. Er wünsche, die Deutschen möchten hier das österreichische Beispiel nachahmen. Er wünsche den Arbeiten des Kongresses guten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes spricht A. Calame-Zürich in französischer Sprache, im Namen der Union general de Trabajadores Antonio Garcia Quejid aus Madrid. Letzterer erklärt, er wolle hier lernen und die hier gesammelten Erfahrungen den spanischen Arbeitern nutzbar machen. Er erkenne an, daß Deutschlands Arbeiter den spanischen voraus seien, die spanischen Arbeiter würden hoffentlich aber auch bald weiter kommen.

Der Kongreß konstituiert sich hierauf und wählt das Bureau. Zu Vorsitzenden werden Legien- und Bömelburg-Hamburg gewählt.

Es wird beschlossen, früh von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr zu tagen.

Dem Kongreß liegt folgende Tagesordnung vor:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: C. Legien-Hamburg.

Beratung der Anträge, betreffend: a) Agitation (allgemeine). b) Agitation unter den Arbeiterinnen. Referentin: Frau M. Tietz-Berlin. c) Streikunterstützung und Streikstatistik. d) Reichs-Arbeitersekretariat. Referent: A. Körsten-Berlin. e) „Correspondenzblatt." f) Wahl und Organisation der Vertreter in der Socialgesetzgebung. Referent: E. Simanowski-Berlin.

3. Submissionswesen (Streikklausel). Referent: Fr. Paeplow-Hamburg.
4. Die Hausindustrie. Referent: F. Käming-Stuttgart.
5. Die Thätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeitersekretariate. Referent: H. Mattutat-Stuttgart.
6. Arbeitslosen-Statistik und Arbeitslosen-Versicherung. Referent: A. v. Elm-Hamburg.
7. Das Koalitionsrecht der Eisenbahner. Referent: R. Wirt-Dresden.
8. Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation. Einleitung der Diskussion durch C. Legien-Hamburg.
9. Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte. Referent: P. Umbreit-Hamburg.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Nachdem die Mandatsprüfungs-Kommission gewählt ist, wird die Tagesordnung festgestellt. Die Tagesordnung wird insofern erweitert, als beschlossen wird, noch folgende Punkte zu verhandeln:

1. „Die Stellung der Berufsorganisation zu den Industrieverbänden".
2. „Die in der Rechtsprechung zu Tage getretene Anwendung des Erpressungsparagraphen gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Gewerkschaften".
3. „Die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Zolltarifvorlage".

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Bömelburg-Hamburg eröffnet die Sitzung.

Zunächst werden zwei Kommissionen gewählt; die eine soll die Redaktionskommission für die Anträge bilden, die andre die Resolutionen gegen die Anwendung des Erpressungsparagraphen und gegen den Zolltarif ausarbeiten.

Legien giebt den

Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Alle Einzelheiten wolle er nicht erwähnen. Die Delegierten hätten ja von der Thätigkeit der Generalkommission durch die versandten Protokolle Kenntnis. Der Streit zwischen der Generalkommission und dem Leipziger Gewerkschaftskartell sei ausführlich im Rechenschaftsbericht behandelt, nicht etwa weil dieser Streit so große Bedeutung habe. Die Generalkommission meint, bei dem Leipziger Kartell haben Vernunftgründe versagt. Wenn Vernunftgründe versagen, Prügel auch nicht helfen (Heiterkeit).

so läßt man die Leute laufen, bis sie wieder vernünftig werden. Wir haben aber die Verhandlungen so ausführlich wiedergegeben, damit jeder Delegierte, wenn die Frage zur Sprache komme, sich über die Haltung der Generalkommission genau unterrichten könne. Wir haben scharfe Ausdrücke im Verkehr mit dem Leipziger Kartell gebraucht, haben sie hier wiederholt, weil wir die Verantwortung dafür übernehmen wollen. Wir halten eine lange Besprechung der Angelegenheit für überflüssig. Das Kartell hat den Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses mißachtet; so lange die Beschlüsse bestehen bleiben, ist die Angelegenheit erledigt. Wir haben keine Exekutive, wollen auch keine haben. Ich rate Ihnen ab, Beschlüsse zu fassen, welche die Leipziger zwingen, sich der Organisation wieder anzuschließen. Wir haben unsre Stellungnahme den Vorständen der Centralverbände zur Begutachtung vorgelegt. Wir haben überall Zustimmung gefunden. Die Antworten sind in dem Rechenschaftsbericht nicht aufgenommen, weil dann die Angelegenheit zu viel Raum beansprucht hätte.

Die Generalkommission hat Manches auf dem Gebiet der Statistik geleistet. Die Statistiken haben sich als sehr wertvoll erwiesen. Sie sind das Wichtigste in der Thätigkeit der Generalkommission gewesen. Die Statistik über den Stand der Organisationen haben uns unsre Kraft oder Schwäche erkennen lassen. Es ist viel getroffen worden. Die Unternehmer erkennen unsre Macht an, indem sie fortgesetzt nach Ausnahmegesetzen gegen uns schreien, und auch die Regierungen müssen fragen: Wie stellen sich die Gewerkschaften dazu? Die Statistiken haben sich bewährt, und ich kann nur raten, dieses Gebiet noch mehr zu kultivieren. Seitens der Verbandsvorstände müßte die Generalkommission noch mehr Unterstützung finden. Das Material müßte pünktlicher von den Zweigvereinen beschafft werden. Vieles hätte besser gemacht werden können. Die Generalkommission legt ihr Mandat in Ihre Hände zurück in dem Bewußtsein, ihre Schuldigkeit gethan zu haben. Es mögen Fehler gemacht worden sein, denn wir sind keine Götter, keine Centralsonnen. Der Gewerkschaftskongreß ist zur Kritik da. Ueben Sie Kritik, aber bewilligen Sie uns mildernde Umstände. (Heiterkeit.)

Becker-Hamburg weist darauf hin, das das Leipziger Gewerkschaftskartell aus der Liste der mit der Generalkommission in Verbindung stehenden Kartelle gestrichen worden ist. Hinter dem Leipziger Kartell stehen 26 000 organisierte Arbeiter, die man nicht so ohne weiteres streicht. Es frage sich, ob nicht ein andrer Weg hätte gewählt werden können. Er rate zu einer Verständigung. Im übrigen sei er mit der Generalkommission zufrieden.

Tischendörfer-Berlin bemängelt es, daß die Generalkommission eine Einladung zu einem bürgerlichen Arbeiterschutz-Kongreß in Paris abgelehnt habe mit der Motivierung, es käme bei diesem Kongresse nichts heraus. Die organisierten Arbeiter sollten überall vertreten sein, wo Arbeiterdinge verhandelt werden. Aus diesem internationalen Arbeiterkongreß ist das internationale Arbeiterschutzamt in Basel geboren worden. Der Mann, der in Zürich von Liebknecht zum Vorsitzenden des Arbeiterschutz-Kongresses vorgeschlagen wurde, Scherer, er leitet auch das Arbeitsamt in Basel. Ein Mann, der 1897 Ihr Vertrauen genoß, der sollte es auch nach vier Jahren haben. Hervorragende Socialdemokraten andrer Länder haben an dem Pariser Kongreß teilgenommen: Adler und Pernerstorfer aus Oestreich, Anseele und Vandervelde aus Belgien, Greulich aus der Schweiz. Die ausländischen Socialisten sind doch nicht minderwertiger, sondern nur praktischer als die deutschen Socialisten. Gewiß haben Sie recht, wenn Sie alles das, was von bürgerlicher Seite kommt, genau prüfen. Denn von bürgerlicher Seite ist manches gegebene Wort nicht gehalten worden. Aber es hat sich in der Gegenwart manches gebessert. Es ist heute als Fortschritt bezeichnet worden, daß die Regierung hier vertreten ist. Warum also dieses absichtliche Fernbleiben vom Pariser Kongreß. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß man in Zukunft anders verfahren wird.

Zum zweiten hat das „Korrespondenzblatt" ohne ersichtlichen Grund von einem zweiten Fall Tischendörfer gesprochen. Das „Korrespondenzblatt" sollte sich erst bei den betreffenden Verbandsvorständen erkundigen, ehe man gegen eine Person in dieser Weise Stellung genommen hätte.

Beyer-Leipzig: Legien hat den Leipziger Fall in seltsam trockener Weise behandelt. Das Leipziger Kartell hat seine Beschlüsse geändert und es liegt keine Notwendigkeit vor, das Leipziger Kartell einfach von der Landkarte zu streichen. Die Kartelle beschäftigen sich mit Dingen, die sie nichts angehen. Das thun aber auch andre Kartelle. Legien sagte heute: Lassen wir die Leipziger laufen. Neulich hat er mir privatim gesagt, auf dem Kongreß werde der Anschluß der Leipziger erfolgen. Weshalb die plötzliche Aenderung? Mit 26 000 organisierten Arbeitern springt man nicht so um. So kann es nicht weiter gehen. Ich bitte Sie, die Sache zu überlegen und die Leipziger mit ihrem Klex wieder auf die Landkarte zu setzen. (Heiterkeit.)

Bömelburg schlägt vor, den Vertreter des Leipziger Gewerkschafts-Kartells zu hören.

Döblin und Rexhäuser widersprechen, der sogenannte Vertreter des Kartells sei doch hier nur Gast.

Der Kongreß beschließt nach dem Vorschlag Bömelburgs, und der Vertreter des Leipziger Kartells, Lüttich, erhält das Wort.

Lüttich-Leipzig: Legien habe hier sehr absprechend über das Leipziger Kartell gesprochen. Die Generalkommission soll doch aber organisierte Arbeiter nicht abstoßen, sondern sie zusammenführen. Ich sage, in dem Leipziger Fall hat die Generalkommission ihre Schuldigkeit nicht gethan. Legien ist in Leipzig in der Redaktion der „Volkszeitung" gewesen. Warum ist er nicht zum Kartell gekommen und hat da zu vermitteln versucht. Soweit die Tarifgemeinschaftsfrage in Betracht kommt, wollen wir eingestehen, daß wir nicht immer ganz vernünftig gehandelt haben. (Aha!) Ja, wir sind keine Engel. (Rufe: Nein, nein!) Es muß eine Verständigung herbeigeführt werden.) Wir haben die Verständigung gesucht. (Legien ruft: Aber nicht gefunden!) Sehr richtig, nicht gefunden, aber die Schuld daran hat die Generalkommission mit ihren Briefen, die die Stimmung total umschlagen ließen. Ich hoffe, daß der Kongreß die Streitfrage beilegen wird. Hat er den guten Willen, wir sind zur Verständigung bereit. Das Leipziger Kartell hat keinen Schaden gehabt, höchstens den, daß es sein Geld nicht so los geworden ist wie früher. Als es einmal einem Verband in Berlin 200 M. schickte, wurde das Geld beiseite geschoben. Der Vorsitzende des Verbandes kam dann nach Leipzig und wollte das Geld gern mitnehmen, er hat es aber nicht bekommen. (Heiterkeit) Das klingt lächerlich, aber es ist doch im Interesse gemeinsamer Arbeiterorganisationen nicht sehr erhebend. Ich kann Sie nur bitten, die Generalkommission aufzufordern, in Verhandlungen einzutreten — ich kann Sie versichern, sie werden erfolgreich sein.

Legien erwidert Tischendörfer, der Pariser Kongreß sei die Fortsetzung des 1897er Brüsseler Kongresses, wo gesagt worden ist, die Arbeiter fehlen hier, aber sie sind auch nicht notwendig. Wir nehmen eine Einladung von Leuten nicht an, die uns einmal für überflüssig erklärt haben. Meint Tischendörfer es gut mit den Arbeitern, so hätte er in Paris sagen sollen: Euer Kongreß ist überflüssig, geht zu den Arbeiterkongressen. Herr Berlepsch, der frühere Minister, soll zu uns kommen, aber uns nicht neue Bahnen weisen wollen. Wollen uns die bürgerlichen Arbeiterfreunde helfen, so sind sie uns willkommen, aber wenn sie nicht zu uns kommen, so werden wir auch allein fertig. Mit dem Arbeiterschutzamt in Basel stehen wir in freundschaftlichem Verhältnis. Der Rechenschaftsbericht weist das aus. Der Fall Tischendörfer bestand darin, daß Tischendörfer in den christlichen Gewerkschaften einen Vortrag gehalten hat. Ich glaube, es ist ihm nicht Unrecht geschehen.

Möller-Hamburg verlangt, daß Lüttich eine Erklärung darüber abgiebt, wie er sich die Verständigung denkt.

Lüttich-Leipzig erklärt, das nicht thun zu können, da er keinen Auftrag in Leipzig zu bestimmten Erklärungen erhalten habe.

Legien: Er könne die Leipziger nicht verstehen. Sie als Einzelorganisation müßten sich doch der Gesamtorganisation einfügen. Die Beschlüsse des Frankfurter Gewerkschaftskongresses müssen von Leipzig gehalten werden. Dann ist alles gut. Aber die Leipziger denken nicht daran. Seht Euch den Artikel der „Leipziger Volkszeitung" zum heutigen Kongreß an. Solche Worte sind in keiner Resolution, auch in keinem Briefe der Generalkommission gebraucht worden. Der Frankfurter Kongreß hat beschlossen: Dauer und Umfang der Tarifgemeinschaft ist Sache der einzelnen Gewerkschaft. Das Leipziger Kartell aber sagt: Tarifgemeinschaften, die die eigne Initiative der Organisation hindern, sind zu verwerfen. Wer soll darüber Richter sein? Das Leipziger Kartell? Der Gewerkschaftskongreß hat das Richteramt abgelehnt. Die Leipziger aber maßen es sich an. Das ist eben der Größenwahn, der in der großen Seestadt herrscht. (Heiterkeit.) Die Sachlage ist ganz klar. Auf seiten der Generalkommission liegt die Schuld nicht. Lüttich sagt, eine Verständigung sei möglich. Ich weiß nicht, wie sie möglich sein soll. (Ruf: Der Frankfurter Beschluß muß aufgehoben werden! [Große Heiterkeit.]) Lüttich sagt: Ich war auf der „Volkszeitung", warum sei ich nicht zum Kartell gekommen. Damit hätte sich die Generalkommission etwas vergeben. Ich war damals bei Schoenlank und fragte, ob er mit dem Inhalt der „Leipziger Volkszeitung" einverstanden sei, er holte Pollender und wir verhandelten zwei Stunden ergebnislos. Ich sagte ihm, hätten Sie mir gleich gesagt, daß Sie die Artikel gegen die Buchdrucker billigen, ich hätte Ihnen und mir die zwei Stunden gespart. Ich sagte ihm aber, es werde böse Folgen haben für die Arbeiterbewegung. Die Folgen sind beim Streik in der „Leipziger Volkszeitung" eingetreten. Pollender freilich sagte: Wir werden Ihnen schon zeigen, was unsre Gewerkschaft kann. Ich sagte damals: Ihre Gewerkschaft ist ein Lokalverein für die „Leipziger Volksztg." So ist es auch gekommen. Wenn wir für die Buchdrucker eingetreten sind, so geschah es aus Gerechtigkeitsgefühl, nicht wegen der Beiträge. Wenn die Leipziger froh sind, kein Geld los zu werden, so wundert es mich, daß Sie den jetzigen Idealzustand ändern wollen. Aber freilich, Leipzig sieht es sehr gut ein, daß es nicht abseits stehen kann. Wollen Sie wieder mitthun, so erkennen Sie die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses an. (Beifall.)

Rexhäuser-Leipzig polemisiert gegen die Leipziger und Lüttich, dessen Reise nach Stuttgart überflüssig wäre, wenn er nichts weiter zu sagen hätte, als er gesagt habe. Leipzig wolle in der Arbeiterbewegung Vorsehung spielen. Das werden die Leipziger auch weiter thun. Auch nach dem Stuttgarter Kongreß werde sich nichts ändern. Redner erörtert den Streikfall historisch. Die Buchdrucker haben sich genau nach dem Statut des Leipziger Kartells gerichtet, sind völlig legal verfahren. Die Buchdrucker wollen keine Schärfe in die Debatte tragen, sie können sich aber nur verständigen, wenn der Kongreß klar ausspricht, daß der Buchdruckerverband die einzige innerhalb der Generalkommission zulässige Gewerkschaft ist.

Simon-Nürnberg bittet die restierenden Beiträge der Schuhmacher zu streichen. Er verweist die Antwortschreiben des Leipziger Kartells an die Generalkommission. Dem Leipziger Trauerspiel muß ein Ende gemacht werden. An dem Streit haben die „Leipziger Volkszeitung" und der „Buchdrucker-Correspondent" ein voll gerüttelt Maß der Schuld. Wenn Herr Rexhäuser heute hier sagt, er habe eine Verständigung gesucht, so nimmt sich das sehr schön aus, wer aber weiß, wie er die Partei, der wir fast alle nahe stehen, mit Schmutz und Kot beworfen hat, der sieht die Lage anders an. Die Generalkommission konnte nicht anders handeln, als geschehen, sie muß sich nach dem Kongreßbeschluß richten. Ich befürworte eine Resolution, in der General-Kommission und Leipziger Gewerkschaftskartell zur Verständigung aufgefordert werden.

Auf Vorschlag von Bömelburg wird die Frage der Haltung des „Correspondent" vorläufig aus der Diskussion ausgeschieden.

Brückner-Berlin tritt Legien in der Frage der Beschickung des Pariser Arbeiterschutz-Kongresses bei. Die bürgerlichen Socialpolitiker sollten auf den Arbeiterkongressen Studien machen. Jetzt gehe ihnen das Verständnis für Arbeiterfragen meistens ab. Dagegen hätte Legien persönlich mit dem Leipziger Kartell Fühlung nehmen müssen. Ein persönliches Eingreifen hätte vielleicht doch Eindruck gemacht. Der Weg zur Verständigung sei gefunden. Der Kongreß habe einfach die Leipziger anzuhalten, sich den Gewerkschaftskongreß-Beschlüssen zu fügen.

Hué-Essen ist mit der Thätigkeit der Generalkommission einverstanden, besonders mit der statistischen. Der Leipziger Streit geht mich persönlich nichts an. Ich bin froh, daß ich bei der Sache nicht beteiligt bin. Kollege Simon tadelte den „Correspondent" und Rexhäuser. Aber er sollte mal den Gegenpol lesen, da würde er es verstehen, daß von Rexhäuser scharf zurückgeschossen wird. Die „Buchdruckerwacht" greift uns Gewerkschaftsbeamte in einer Weise an, wie wir es nur von Scharfmacherorganen gewöhnt sind. Den Fall Tischendörfer verurteile ich nicht wie Legien. Im Ruhrrevier finden sich viele Socialdemokraten, die den christlichen Gewerkschaften Vorträge halten. Die christlichen Gewerkschaften sind Fleisch von unserm Fleisch, Blut von unserm Blut. Nur ganz wenige haben ja das Glück, mit dem Klassenkampfgedanken auf die Welt gekommen zu sein, die Meisten eignen sich diesen Gedanken erst später an. (Heiterkeit.) Die christlichen Gewerkschaften gehören nicht zu uns, weil sie mit pfäffischer Verschlagenheit von uns getrennt werden. Vorträge bei ihnen halten, ist deshalb ganz praktikabel. Anders stehe ich zur Frage der Beteiligung am Pariser Kongreß. Auf diesen Kongressen spielt Berlepsch die Hauptrolle. Was ist nun Berlepsch? Er ist ein Mann, der als Minister mitgewirkt hat an der Maßregelung von Tausenden von Saarbergleuten, die ihr Koalitionsrecht verlangten. Wenn Berlepsch jetzt als Privatmann in Socialpolitik macht, so können die Arbeiter zu ihm kein Vertrauen haben. Wir Bergarbeiter sind beinahe so neutralitätsduselig wie die Buchdrucker, wir sind aber so wenig für Berlepsch wie wir für Naumann sind. Wir sind weder nationalsocial, noch socialliberal. Wir im Bergarbeiter-Verband sind trotz der Neutralität gut socialdemokratisch. Wir nehmen aber in unsre Gewerkschaften jeden auf, der sich zu den Grundsätzen der modernen Gewerkschaftsbewegung bekennt. Darin unterscheide ich mich von Rexhäuser: ich bin nicht der Meinung, daß die Socialdemokratie die Gewerkschaftsbewegung schädigt und daß es ein Schade sei, daß die Gewerkschaftsbewegung aus der Socialdemokratie geboren sei. Die Bergarbeiter gehören in den Rahmen der fortgeschrittensten Arbeiterbewegung, sie thun Alles für Nichts gegen die moderne Arbeiterbewegung.

Mit der Verlesung von Begrüßungstelegrammen schließt der Vorsitzende die Sitzung um sechs Uhr.

Heute abend bereiten die Stuttgarter Gewerkschaften im Saalbau Dinkelacker den fremden Delegierten einen festlichen Empfang.

* * *

(Privatdepeschen des „Vorwärts".)

Stuttgart, 17. Juni 1902.

Der Kommers, den die Stuttgarter Gewerkschaften am Montagabend zu Ehren der Delegierten veranstaltet hatten, verlief in glänzender Weise. 2000 Teilnehmer waren anwesend. In einer fesselnden Rede warf der alte Greulich die Frage auf, ob die Gewerkschaftsbewegung Selbstzweck sei, und ob sie allein zur Befreiung der Arbeiter genüge. Der Gewerkschaftsbewegung — so beantwortete der Redner die Frage — seien Schranken gezogen durch die Uebermacht des Kapitals auf wirtschaftlichem Gebiete und den Einfluß des Kapitalismus auf die Gesetzgebung. Greulich schließt: Wenn die Arbeiter auch zunächst an ihre materielle Existenz denken, so besteht doch für sie auch die Welt der Gefühle und der Ideale, welche im Streben nach dem Fortschritt der Menschheit: im Socialismus, verkörpert sind. Diese Ideale machen dem Arbeiter erst das Leben wert, gelebt zu werden. Der Glaube an eine bessere Zukunft ist die Menschwerdung der heutigen Arbeiterklasse. Diesen Glauben hat kein Berlepsch gebracht. Er ist die Arbeit und das Verdienst der Socialdemokratie.

Der minutenlange, stürmische Beifall, mit dem die Ausführungen aufgenommen wurden, bewies, daß der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

*

Stuttgart, 17. Juni. In der heutigen Morgensitzung wird die Diskussion über den Rechenschaftsbericht fortgesetzt; schließlich wird der Generalkommission Entlastung erteilt. Hierauf folgt eine Diskussion über den Antrag, der die Buchdrucker-Gewerkschaft als gleichberechtigt anerkannt wissen will. Die Debatte drehte sich auch hier um die Buchdruckerfrage und die Haltung des „Correspondent" und endete in der Nachmittags-Sitzung damit, daß über den Antrag mit allen gegen 3 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen wurde. Auch alle andren Anträge wurden abgelehnt. Sodann erstattet Frau Tietz ihr Referat über „Die Agitation unter den Arbeiterinnen". Zahlreiche Redner beteiligten sich an der Debatte.

Versammlungen.

In einer Versammlung der Gas-, Wasser-, Heizungsrohrleger und Helfer machte Karpenkiel interessante Enthüllungen über die Schundkonkurrenz in dieser Branche. Als die Rohrleger vor zwei Jahren mit den Innungsmeistern wegen des Lohntarifs in Unterhandlung standen, wurden sie von den Meistern ersucht, mit Hand anzulegen zur Beseitigung der Schundkonkurrenz. Manche Firmen erklären den bei ihnen beschäftigten Kollegen, sie haben die Arbeit zu einem sehr billigen Preise angenommen. Daher dann niedrige Löhne, schlechte Accordpreise, kurz größte Ausnutzung der Arbeitskraft. Dem berichtenden Kollegen ist es gelungen, festzustellen, wie solche Unternehmer es machen, um durch Schundpreise die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen und doch noch einen Gewinn zu machen. Es handelt sich hierbei um eine Berliner Firma. Dieselbe berechnet für 3/8zölliges Gasrohr fertig verlegt 50 Pf., 1/2zölliges 60 Pf., 3/4zölliges 75 Pf., 1zölliges 1 M. Mit diesen Preisen kann keiner konkurrieren. In dem vorliegenden Falle sind veranschlagt 16 Meter 3zölliges Rohr; davon ist aber nichts verlegt worden. Anstatt veranschlagte 40 Meter 2½zölliges sind nur 40 Meter 2zölliges Rohr verlegt. Von 136 Meter 1zölligem Rohr sind nur 6 Meter vorhanden. Berechnet man diese Differenzen, so ergiebt sich anstatt eines Schadens für den Unternehmer ein Profit, aber zum Schaden des Bauherrn und unsrer Kollegen. Dasselbe Manöver findet auch manchmal statt bei Verlegung der Bleirohre und bei den Objekten.

Wünschenswert wäre es, daß alle derartigen Fälle an die Oeffentlichkeit gezogen werden. Eine Diskussion über diese Mitteilungen wurde verschoben.

Centralverband der Konditorgehilfen und verwandten Berufsgenossen. Heute Mittwoch, den 18. Juni, abends 8½ Uhr, bei Bauer, Rosenthalerstraße 57: Mitglieder-Versammlung. Referat des Genossen Georg Davidsohn über den „Zusammenhang zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung". Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt", Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrow), Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise" erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 18 des 5. Jahrganges unter andrem: Arbeitslosen-Versicherung im Anschluß an paritätische Facharbeitsnachweise. Von Dr. jur. R. Freund, Vorsitzendem des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. — Allgemeines: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Lehrbischer der Volkswirtschaft. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Lage im Braunkohlen-Bergbau. Zunahme der Großbetriebe); Baugewerbe (Beschäftigungsgrad im Mai). — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht. — Arbeitsnachweise. — Krankenkassen. — Streikverzeichnis für Deutschland, Oestreich-Ungarn, Schweiz. — Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über Mai 1902.

Die Arbeiterfrage. Eine Einführung. Von Heinrich Herkner. Dritte, gänzlich umgearbeitete Auflage. Berlin, Guttentag. Preis 8 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

L., Müllerstraße. Die Pferdebahn-Linie Berlin—Charlottenburg ist 1865 in Betrieb genommen worden.

L. 69. Baugewerks- und Maschinenbauschule.

F. J. 57. Sie brauchen in der Charlottenburger Kasse nur von dem Tage ab Beiträge zu bezahlen, an dem Ihre Thätigkeit bei der Charlottenburger Firma begonnen hat.

1902. Der Hafenvater hat bisher kein Junges in den Park gesetzt.

L. G. Einzeln. Entweder mit allen Rechten oder nur das Reproduktionsrecht.

E. Sch. Ein Abzug ist nach dem Gesetz nicht gestattet. — **Maria D. 60.** Ein mit Aussicht auf Erfolg im Rechtswege verfolgbarer Anspruch steht Ihnen leider nicht zu. — **Alexander Georg.** Sie können Ihren Sohn selbst erziehen, falls nicht auf Anrufen Ihrer Frau das Amtsgericht im Interesse des Kindes anders entscheidet. — **Brhv. Husaren 15.** Leider besteht in Ihrem Fall ein Anspruch gegenüber der Militärbehörde nicht. — **Invalidenstraße.** Die Hinterbliebenen-Unfallrente beträgt für die Witwe bis zu deren Tode oder Wiederverheiratung, sowie für jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre je 20 Proz. des Jahres-Arbeitsverdienstes. Die Renten der Hinterbliebenen dürfen aber zusammen 60 Proz. des Jahres-Arbeitsverdienstes nicht übersteigen. In Ihrem Fall beträgt daher jede Rente an sich je 360 M., alle vier Renten zusammen aber nur 1080 M. Die Rentenhöhe von 1080 M. bleibt aber, wenn der Aelteste sein fünfzehntes Jahr vollendet hat. — **Van Nummelsburg.** 1. Ist nicht vorliegend. 2. Geschlossene Schlachtweise. 3. Volkshaus. 4. Innenputzer; beide andren Bezeichnungen sind falsch. — **E. M.** 1. und 2. Nein. 3. Große Tiefe. — **M. P. 32.** Nein. — **D. 10.** Sämtliche Fragen bis auf die zu verneinende, ob unüberwindliche Abneigung Scheidungsgrund ist, sind mit ja zu beantworten. — **F. B.** Leider giebt es dagegen kein Mittel. — **B. G.** Das Testament wäre gültig. — **J. G. 1000.** Ohne Kenntnis des Wortlauts der Bescheide ist es unmöglich, Ihre Fragen, was sie gegen diese thun könnten, zu beantworten. — **R. 18.** Der Wirt ist schadensersatzpflichtig, falls nicht etwa Ihr Vertrag diese Pflicht ausdrücklich beseitigt hat. — **Nixdorf.** Falls die Verlosung auf den Kreis der Mitglieder beschränkt bleibt, ist sie gestattet. Eine andre Verlosung bedarf behördlicher Genehmigung. — **Sturm und Drang.** 1. Die Forderung verjährt nicht. 2. Eine geschiedene Frau kann ihren Mädchennamen wieder annehmen. Sie teilt zu diesem Behufe der zuständigen Behörde (das ist in Preußen der Standesbeamte, vor dem die Ehe geschlossen ist) in notariell oder gerichtlich beglaubigter Form oder zu Protokoll des Standesbeamten mit: „Meine Ehe ist dann und dann geschieden. Ich nehme hiermit den von mir als Mädchen geführten Namen Glücklich wieder an." 3. Beim Amtsgericht. 4. Beide hießen Wittkowski und haben nach ihrem Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft um Aenderung ihres Namens bei der Regierung nachgesucht. Die Genehmigung ist ihnen erteilt. Seitdem heißt der eine Bruder Witting, der andre Horden. — **Magazinstr. N.** Der Verein. — **Z. 1.** Ja. **S. N. M. 30.** 1. und 2. Ja. 3. Das hängt von der Würdigung des Einzelfalles ab; möglich ist es. 4. Man wende sich an den Armenvorsteher, dann an das Gericht. 5. Vielleicht hat eine Anfrage bei der Polizei Erfolg. — **L. H. 23.** 1. Jedes Jahr, dessen Zahl durch 4 teilbar ist, ist ein Schaltjahr, ausgenommen die Jahre mit Jahrhundertzahlen, z. B. 1900. 2. Nein. — **O. K. 24.** Der Betreffende wird voraussichtlich zum Landsturm geschrieben werden. — **O. M., Reinickendorferstraße.** Nein.

Witterungsübersicht vom 17. Juni 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	759	NNW	2	heiter	15	Haparanda	758	NNW	6	hlb. bed.	8
Hamburg	760	NW	1	wolkenl.	14	Petersburg	750	W	1	bedeckt	14
Berlin	760	SW	1	Regen	12	Cork	763	OSO	1	hlb. bed.	13
Frankf./M.	760	W	1	heiter	10	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	761	W	3	bedeckt	9	Paris	760	SSO	1	wolkig	11
Wien	758	W	2	Regen	8						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. Juni 1902.

Zunächst noch trübe und kühl mit leichten Regenfällen und schwachen nordwestlichen Winden; später aufklarend, um mittag wärmer.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 18. Juni.

Opernhaus. Der Freischütz. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Gastspiel der königlichen Hofoper aus Stuttgart. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7½ Uhr.
Im Liederspielhaus: Offenbach-Cyklus. Das Mädchen von Elizondo. — Der Regimentszauberer. — Fritzchen und Lieschen. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Die Mottenburger. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die versunkene Glocke. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. (Morwitz-Oper.) Don Juan. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ledige Leute. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Einquartierung. Anfang 7½ Uhr.
Central. Coralie u. Cie. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Gastspiel der Schlierseer. Der Herrgottschnitzer von Ammergau. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf bei ungünstiger Witterung im Theater: Er. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Die Biper. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Einen Jux will er sich machen. Anfang 7½ Uhr.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Ueberbrettl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele u. a. Anfang 8½ Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwochabend 8 Uhr:
Die Mottenburger.
Posse mit Gesang in sechs Bildern von D. Kalisch und A. Wetrauch. Musik von R. Bial.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Mottenburger.
Freitagabend 8 Uhr:
Letzte Vorstellung vor den Ferien.
Unter blonden Bestien.
Der Thor und der Tod. — Paracelsus. — Post festum.

Central-Theater.

Heute, den 18. Juni, Anfang 8 Uhr.
Nur noch wenige Aufführungen.
Zum 158. Male:
Coralie & Cie.
Schwank in 3 Akt. v. Albin Valabrègue und Maurice Hennequin.
In Vorbereitung:
Tolle Mitbürger
Gesangsposse in 4 Akt. v. A. Schmakow. Musik von Kapellmstr. Curt Goldmann.

Apollo-Theater

Um 7 Uhr: **Garten-Konzert.**
Um 8 Uhr: **Die sensationellen Specialitäten I. Ranges.**
Um 9 Uhr: Mit kolossalem Erfolg Paul Linckes Ausstattungs-Operette
Lysistrata
mit dem Luftballett „Grigolatis".
Kassenöffnung 6 Uhr.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. **Morwitz-Oper.**
Mittwoch: Populäre Vorstellung bei halben Preisen:
Don Juan.
Grosse Oper v. Mozart. Donnerstag: **Die Zauberflöte.** Freitag: Gastspiel Irene Abendroth, königl. sächsische Hof-Opernsängerin:
Die Hugenotten.

Belle-Alliance-Theater.

Anfang 7½ Uhr.
Bei günstiger Witterung auf der Sommerbühne:
Die Dame aus Trouville
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Hierauf: **„Er".** Lebensbild in 1 Akt.
Garten-Entree inkl. Vorstellung **30** Pf.
Freitag: **Ruth-Konzert.**
Sonnabend: **Graf-Konzert.**

Sommertheater
Marienbad
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Täglich:
Gr. Specialität.-Vorstellg.
Berliner Waschermädel.
Mittwochs und Sonntags: **Ball.**
Entree 20 Pf.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Photographische Aufnahme von der Insel
Martinique
und von den Schlachtfeldern
Transvaals.
Im Konzertsaal:
Schwedische Künstlerkapelle
4 Damen, 2 Herren.

Passage-Panopticum.

Von nachm. 4 Uhr ½stündlich:
Damenringkampf.
Der weibl. Affenmensch
Die Seejungfer.
Der Tigerknabe.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Willy Prager
16 Elite-Nummern.

Zoologischer Garten

Täglich nachmittags 5 Uhr:
Grosses
Militär-Doppel-Konzert.
Gastspiel des Musikdir. Lebede jun.
Entree 1 Mark
von abends 6 Uhr ab **50 Pf.**,
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Mittwoch, 18. Juni, abends 8½ Uhr:
Serenissimus-Zwischenspiele u. a.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Viper.
Kriminal-Schauspiel in 7 Bildern.
Morgen: **Gefallene Mädchen.**
Im **Garten:** Kinderfreudenfest.
Neues Specialitäten-Programm. Anf. 5½ Uhr.

Fröbels
Allerlei-Theater
früher **Publmann**
Schönhauser Allee No. 148.
Mittwoch, den 18. Juni:
Grosses Sommerfest
des **Humanitäts-Vereins**
Linath Hazedek I
zum wohlthätigen Zweck.
Konzert. — Specialitäten.
Theater und Ball.
Gewähltes Programm.
Die Kaffeeküche ist geöffnet.
Anfang 4 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15.
Artistischer Leiter: Gust. Boeck.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats:
Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Durch fremde Schuld.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten.
Ballettges. Catrini. Tyrolienne Mary Ellys. Grotesque-Kom. **Paul Coradini. Brothers Fred,** musik. Excentrics. **Mr. Bartling,** leb. Photogr. **Fred Marzahni Troupe,** Pantom. **Musikantenstreiche. Bartlings elektrische Feerie.** (3000 Glühkörper.) **Konzert u. Ball.** Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Onkel Don Juan.
Posse mit Gesang u. Tanz v. E. Braune.

Schweizer Garten

Am Königsthor 42029*
Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Freier Damentanz bis 7 Uhr.
Um 10 Uhr: **Susanne im Bade.**

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11—1½ Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei ungünstig. Witterung im Saal:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen. Tanz frei!**
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Wintergarten.

Aus dem interessanten
Juni-Programm:
„Das Mädchen mit dem gold. Haar"
und 16 erstklass. Specialitäten.

Achtung!

Allen **Freunden** und **Bekannten** empfehle ich mein **Weiss- und Bayrisch-Bier-Lokal** nebst Garten. Für **Speisen** und **Getränke** wird reichlich gesorgt. Die **Kaffeeküche** steht jederzeit zur Verfügung. Um Zuspruch bittet [4420G*
Wilhelm Reichert
(genannt **Schaukel**),
früher Reinickendorf, W. Spandauer Weg jetzt Müllerstr. 89 (Weichbildgrenze).

Zeugen gesucht!

Nachstehende Personen: 2838*
Wilhelm Meyer.
Wladislaus Sobeki.
Paul Schidlowsky.
Eugen Baumann,
welche bei dem Rencontre auf dem Bahnhofe **Friedrichstraße** in der Nacht vom **15.** zum **16.** Juli vorigen Jahres zugegen waren, werden gebeten, ihre Adresse dem Unterzeichneten mitzuteilen.
F. Herrmann,
Straßmannstraße Nr. 33.

Bau- und Sparverein

der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter u. Angestellten E. G. m. b. H. 108/14
Bilanz am 31. Dezbr. 1901.

An	Aktiva.		
Inventar-Conto . .	160,—		
Abschreibg. 10 %	16,—		144,—
Debitoren, Bankguthaben			3516,70
Kassa-Conto			1442,61
Verlust- u. Reservefonds-Conto . . .			1220,35
		Sa.	6323,66
Per	**Passiva.**		
Geschäftsant.-Cont.			1389,40
Spargelder-Conto			4373,76
Reservefonds-Cont.	250,55		
Creditoren			260,50
		Sa.	6323,66

Gewinn und Verlust.

An	Debet.	
Gerichts- u. Stemp.kosten-Conto . . .	52,05	
Drucksachen- und Inventar-Conto	1015,40	
div. Unkosten-Conto	47,—	
Bureaukosten-Cont.	104,58	
Porto-Conto	27,91	
Remunerations-Ct.	120,—	1366,94
Zinsen und Spargelder-Conto . . .		104,66
Abschreibung und Inventar		16,—
	Sa.	1487,60
Per	**Credit.**	
Zinsen aus Bankguthaben		16,70
Verlust- u. Reservefonds-Conto . . .		1470,90
	Sa.	1487,60

Mitgliederzahl:
Eingetreten 1901 . . . . . 231 Gen.
Am 31. Dezbr. 1901 ausgesch. 13 „
Mitgliederbestand . . . . . 218 Gen.

Haftsumme:
Die Haftsumme der Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres . . . 43 600 M.
Der Vorstand.
Bruno Poersch. B. Wagner.
Der Aufsichtsrat.
G. Herrmann. C. Dittmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, 18. Juni, abends 8¼ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: 84/17*
Vertrauensmänner-Versammlung der Bautischler.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Es ist dringend notwendig, daß jede Werkstatt vertreten ist.
Mitgliedsbuch und Vertrauensmänner-Karte legitimiert. —
Die **Centrums-Vertrauensmänner-Versammlung** findet Mittwoch, den 25. Juni, statt.

Achtung! Branche Parkettbodenleger.

Mittwoch, 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Versammlung.
Sämtliche Kollegen müssen erscheinen, auch Nichtkollegen haben Zutritt.
Tages-Ordnung:
1. Treten wir in Streik oder nicht? 2. Besprechung über Landpartie oder Sommervergnügen. 3. Verschiedenes.
Das Vergnügungskomitee wird ersucht, vollzählig zu erscheinen.
Der Obmann.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Telephon Amt 7 Nr. 353.

Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:
Bezirks-Versammlung für den Osten.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Pawlowitsch** über: „Unternehmertum und Proletarier". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Die Frauen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Mittwoch, den 18. Juni, abends 8½ Uhr:
Konferenz der Vertrauensleute für Süden, Centrum, Süd-Osten und Rixdorf.

Sonnabend, den 21. Juni, im „Bernhard Rose-Theater" (früher Zimmermann), Badstr. 58:
Grosses Sommerfest
bestehend in Konzert, Theater und Tanz
veranstaltet von den **Vertrauensleuten des Nordens.**
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Um 9 Uhr: **Große Fackel-Polonaise.**
Kinder erhalten eine Stocklaterne gratis.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Billet 20 Pf.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung.

Sonntag, den 22. Juni cr.:
Partie mit Damen nach Potsdam.
Treffpunkt: Nieder-Schöneweide (Bahnhof) 6,04 morgens. Schlesischer Bahnhof 6,33. Bahnhof Alexanderplatz 6,39. — Potsdamer (Wannsee-) Bahnhof 6,30. Potsdamer Hauptbahnhof 6,55. 116/13
Für **Nachzügler** bis 9 Uhr: Potsdam, Glasers Restaurant, Brandenburger Kommunikation 16; bis 12 Uhr: Victoriagarten, Alte Luisenstr. 32.
Die Ortsverwaltung.

Konsum-Verein Berlin-Süd.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Mittwoch, den 25. Juni 1902, abends 8½ Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
in Habels Brauerei, Bergmannstr. 57.
Tages-Ordnung:
1. Liquidation des Vereins zum Zwecke des Anschlusses an die „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend". 108/15
2. Wahl von Liquidatoren.
3. Verschiedenes.
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. — **Nur Mitglieder haben Zutritt und muß das Mitgliedsbuch mitgebracht werden.**
Der Aufsichtsrat: Carl Rücks, Vorsitzender.
Der Vorstand: Paul Müller. Hugo Schmidt. Emil Wolk.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins

und Umgegend.
Freitag, den 20. Juni, nachmittags 5½ Uhr, bei Münzer in Rixdorf, Kuesebeckstr. 113:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Suchsdorf** über: Haftpflicht. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden hierdurch noch ganz besonders auf unser am 15. Juni stattfindendes **Stiftungsfest** aufmerksam gemacht.
69/15 **Der Vorstand.** J. A.: **Ferdinand Ewald.**

Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Donnerstag, den 19. Juni, abends 8½ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten **Molkenbuhr** über: Die Interessenkämpfe in der Reichspolitik. 250/11
Für die Frauen ist die Galerie reserviert.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vorstand.

30 Mark

hochfeine **Sommerpaletots.**
30 Mark
hochelegante **Herrenanzüge.**
12 Mark hochelegante **Beinkleider.**
Anfertigung nur nach Mass.
Guter Stoff, tadelloser Sitz. [4316L*
14 Krausenstraße 14,
1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. **1 Tr.**

Teilzahlung

monatlich 10 M. liefert **elegante Herrengarderobe** nach Maß, von streng reellen Stoffen, an Unverheiratete nur gegen sichere Bürgschaft, **gegen bar Kasse spottbillige Preise.**
Tomporowski, Schneidermeister, **Prinzenstr. 55,** Ecke Dresdenerstraße, I. Etage.

Hasenheide 108—114. **Neue Welt.** Direktion: **Arn. Scholz.**
Heute Mittwoch sowie täglich:
Gr. Bothe-Konzert. Gr. Specialitäten-Vorstellung.
Gr. Kinderfest mit Bonbonregen, Fackelpolonaise und Gratisverlosung.
Hauptgewinn für Mädchen: 1 silberne Damenuhr, für Knaben: 1 silberne Remontoiruhr.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Eintritt 15 Pf.
Russ. Rutschbahn. Kaffeeküche. 3 Kegelbahnen.
Morgen Donnerstag: **Doppel-Konzert und Monstre-Feuerwerk.**

Verspätete Todesanzeige.
Allen Kollegen und Bekannten zur Nachricht, daß am Sonntag, den 15. Juni, mein lieber Mann, der Putzer **Anton Zepke,** nach kurzem Krankenlager an Lungenentzündung verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Mittwochnachmittag 4 Uhr, von der Kapelle des katholischen St. Mathias-Kirchhofs in Südende aus statt.
Henriette Zepke nebst Kindern.
2915 Kurfürstenstraße 6.

Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Schriftsetzer
Robert Balz
am 16. d. M. nach langem schweren Leiden an der Berufskrankheit im Alter von 24 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag 4½ Uhr von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Kirchhofes, Berlinerstraße, aus statt.
Die trauernden Eltern und Geschwister.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsre gute Mutter
Auguste Müller
geb. **Willburg**
am Montag im Alter von 31 Jahren sanft entschlafen ist. 2860
Der trauernde Gatte
Wilhelm Müller, Gastwirt,
Rixdorf, Ziethenstr. 58.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes am Marienfelder Weg aus statt.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.
Am 16. d. M. starb die Frau unsres Mitgliedes, Kollegen Wilhelm Müller 69/14
Auguste Müller
geb. **Willberg.**
Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag, Punkt 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer (E. H.)
(Bezirk Gesundbrunnen.)
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 14. d. Mts., verstarb unser Mitglied
Paul Pietsch.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 18. d. M., nachm. 5 Uhr, vom Augusta-Hospital nach dem Nazareth-Kirchhof, Dalldorfer Chaussee, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Friedrich Steltes
am 14. Juni nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag um 6 Uhr von der Leichenhalle der Charité aus nach dem Charité-Kirchhofe in der Müllerstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
48/19 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß am 16. d. M. mein Mann, der Drechslermeister 2755
Bernhard Günzel
Lothringerstr. 52
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freienwalderstraße, aus statt. Um rege Beteiligung bittet
Die trauernde Witwe **Anna Günzel.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise der herzlichen Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters sagen wir allen Bekannten, Freunden und Kollegen, dem Verein deutscher Kutscher und Berliner Droschkenkutscher-Verein, Arbeiter-Raucherbund, Rauchklub Victoria, unsren herzlichsten Dank. 2936
Wwe. Albertine Koch und Sohn.

Grosser Saal mit Garten und großer Theaterbühne 1045
Frankfurterstraße 74
an **Vereine** verschiedene Sonnabende noch frei. Auch können Sommerfeste abgehalten werden.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. verl. die 10 Pfundd. 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franko. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordlohn, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 25/17*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Frische Natur-Grasbutter, netto 8 Pfd. 6,40 M. per Nachnahme.
Otto Sievers, Friedrichshof (Ostpr.).

Teilzahlung!!!
Großes Lager und Auswahl von **Herren-, Damen-** und **Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten,** nur wöchentlich eine Mark. **Juhre & König,** 4313L* Warschauerstr. 72.

Waarenhaus Hermann Tietz

Die bei

Saison Schluss

noch vorhandenen

Restbestände u. Reste

aus den meisten Abtheilungen

kommen vom

18. bis 28. d. Mts.

zu **ganz aussergewöhnlich herabgesetzten Preisen** zum

Verkauf

Unter Anderem:

Waschstoffe.

Batist-Percal und andere Stoffe, waschecht, Werth bis **45** Pf., Mtr. **20** Pf.

Organdy Batist Foulard'ding, waschecht, Werth bis **1,00** Mk., Mtr. **40** Pf.

Neueste Leinenstoffe m. bunten Streifen Werth bis **1,60** Mk., Mtr. **75** Pf.

Waschseide imitirt, neueste Chiné-Streifen Mtr. **39** Pf.

Kleider- u. Seidenstoffe.

Kleiderstoffe, darunter neueste Blusenstreifen Werth bis **2,00** Mk., Mtr. **80** Pf.

Foulard, Lyoner Fabrikat, für Blusen u. Kleider Werth bis **2,75** Mk., Mtr. **1,25** Mk.

Gartenmöbel.

Eisenstühle	Tische	Triumphstühle
1,80	4,75	1,80

Damen-Confection.

Hocheleg. reichbestickte **Tüllkragen** Werth bis **45** Mk., **22,50, 17,50** Mk.

Seidene Blusen u. Eaton-Jackets Werth bis **55** Mk., **20,50** Mk.

Seidene Blusen, zum Theil Pariser Modelle Werth bis **55** Mk., **18,75, 9,85** Mk.

Waschblusen in gutem gestreiften Percal, bisher **2,60** Mk., **1,85** Mk.

Weisswaaren.

Weisse Batist-Cravatten mit gestickten Ecken . . . **5, 15, 30** Pf.

Gestickte Tüll-Chales Werth bis **3,00** elfenbein- und butterfarben **55, 75, 95** Pf.

Schweizer Spachtel-Kragen elfenbein-, butterfarben und ecru . **75, 95** Pf.

Einz. Coupons, Madapolam-, Cambric-Stickereien.

Passementrie-Besätze.

Reste in verschiedenen Längen **bis zu 1/3 des Werthes herabgesetzt**

p. Rest **45, 95** Pf., **1,75, 3,25** Mk.

Seidene Taillentücher. Für die Reise sehr geeignet.

Werth bis **12** Mk. **2,00 3,00 4,00 5,00 6,00**

Herren- u. Knaben-Confection.

Knaben-Anzüge für das Alter von 8—14 Jahren Werth bis **12,00** **7,00**

Jünglings-Anzüge Werth bis **16,50** **10,50**

Herren-Havelocks Werth bis **18,00** **11,50**

Wasch-Joppen in allen Farben **90** Pf., **1,25**

Schuhe.

Weisse Damen-Glacé-Schnür- u. Knopfstiefel **6,30**

Graue Damen-Sämischleder- Schnür- u. Knopfstiefel **7,60**

Braune u. schwarze Damen-Stiefel, Goodyear-Welt Werth bis **13,50,** **8,95**

Herren-Lackstiefel, Goodyear-Welt u. Handarbeit Werth bis **18,50,** **11,90**

Damen-Handschuhe.

Perlzwirn, Köpergewebe, weiss und farbig . **15** Pf.

Schwedisch imitirt u. **Fil d'Ecosse,** weiss u. farbig **21** Pf.

Leinen u. Schwedisch imitirt, weiss und farbig, Werth bis **65** Pf. **28** Pf.

Flor u. Fein Leinen Werth bis **1,15** **68** Pf.

Strumpfwaaren.

Schwarze Damenstrümpfe deutsche Länge, Werth **48** Pf. . . . **33** Pf.

Schwarz u. Lederf. Damenstrümpfe engl. u. deutsche Länge, Werth **65** Pf. . **48** Pf.

Ringel u. Jacqu.-Flor-Socken Werth bis **2,00** **55, 75, 1,05 1,35**

Ringel Jacqu. Flor-Damenstrümpfe Werth bis **3,30** **1,35 1,90**

Wäsche.

Elegante Damenhemden m. reicher Stickerei, Werth bis **2,75** **1,75**

Hochfeine Damenhemden m. best. Stickereien Werth bis **4,00** **2,25**

Beinkleider mit eleganten Stickerei-Volants Knieform. Werth bis **4,75** **1,75** bis **3,50**

Nachtjacken, feinste Ausführung Werth bis **4,75** **1,50** bis **3,50**

Leinenwaaren.

Küchenhandtücher, 50 cm breit, halbleinen, Werth **35** Pf., Meter **24** Pf.

Einzelne Dutzend Stubenhandtücher, Werth bis **6,75,** Dtzd. **4,90**

Frühstücksservietten, Reinleinen, Werth bis **2,25,** Dtzd. **1,20**

Servietten, kleine, 60/60 cm, gesäumt, . . Dtzd. **2,85**

Herren-Artikel.

Farbige Oberhemden aus waschechtem Percal **2,50**

Französische Scarfs, Werth bis **3,50** **1,75**

Herren-Hüte, schwarz-weiss melirt . . . . **95** Pf.

Reisehüte in Filz, federleicht **2,90, 1,50**

Im **Lichthof** findet der Verkauf der angesammelten **Reste u. Coupons** Spitzen, Stickereien, Bänder, Besätze, Seidenstoffe, Kleiderstoffe, Waschstoffe usw. zu **ganz aussergewöhnlichen Preisen** statt.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin

Prozeß Sanden und Genossen.

Sechzehnter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Heidrich wird der Zeuge Singer, früher kaufmännischer Leiter der Gesellschaft Petzold u. Co., vernommen, um über diese Gesellschaft und ihre Verbindung mit der Preußenbank auszusagen. Danach war die Maschinenfabrik Petzold u. Co. ursprünglich eine offene Handelsgesellschaft, sie wurde 1890 in eine englische Aktiengesellschaft umgewandelt, die im Jahre 1892 hier eingetragen wurde. Schon damals befanden sich die Verhältnisse der Gesellschaft in keinem besonders guten Zustande, und auch die englische Aktiengesellschaft brachte nicht viel flüssige Mittel, so daß die angebahnte Verbindung mit der Preußenbank für sie unbedingt notwendig war. Wenn die Gesellschaft Geld benötigte, gab sie gewisse Unterlagen und bekam darauf Geld von der Bank. Der Zeuge erklärt, daß er in dieser Beziehung mit Buchmüller und Eduard Sanden, aber nie mit Heinr. Schmidt verhandelte.

Das Thema wird hierauf verlassen und die Verhandlung wendet sich dem fünften Abschnitt der Anklage,

der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr

zu. Hierbei sind interessiert: Otto Sanden als früherer erster Direktor, Alexander Haenschke als früherer zweiter Direktor, Ed. Schmidt als früherer Vorsitzender des Aufsichtsrats und Eduard Sanden als früheres Mitglied und Delegierter des Aufsichtsrats. Ihnen wird Verschleierung der Bilanzen in idealer Konkurrenz mit Untreue vorgeworfen.

Die Aktiengesellschaft war Eigentümerin einer Menge unbebauter Grundstücke, welche sie in die Bilanzen vom 31. Dezember 1896 mit 14 307 817 M., 1897 mit 14 644 514 M., 1898 mit 14 173 265 M., 1899 mit 15 073 581 M. als Aktiva eingestellt hat. Auf Grund des Gutachtens und der Berechnungsmethode des Kommerzienrats Lucas wird den Angeklagten folgendes zum Vorwurf gemacht: Am Ende jedes Geschäftsjahres hat die Aktiengesellschaft den Wert der Grundstücke dieser Art, die sie im Laufe des Geschäftsjahres nicht hatte verkaufen können, dadurch erhöht, daß sie ihnen 1. die gezahlten Zinsen auf die eingetragenen Hypotheken, 2. die gehabten Unkosten und 3. 5 Prozent der Differenz zwischen den Buchwerten der Grundstücke und ihrer hypothekarischen Belastung zugeschrieben hat. Kommerzienrat Lucas hat rechnungsmäßig aufgestellt, daß die Zuschreibungen betrugen am 31. Dezember 1896: 670 834 M., 31. Dezember 1897: 695 999 M., 31. Dezember 1898: 709 142 M., 31. Dezember 1899: 718 229 M.

Auf Grund des Gutachtens des

Kommerzienrats Lucas

stellt sich die Anklage in dieser Beziehung auf folgenden Standpunkt: Dies Verfahren müsse unter den obwaltenden Umständen als durchaus unzulässig bezeichnet werden. Bilanzmäßige Werterhöhungen unbebauter Grundstücke seien zwar im allgemeinen nicht zu beanstanden, wenn sie sich auf wirkliche Aufwendungen beschränken und den Marktwert der Grundstücke nicht übersteigen. Diese Voraussetzungen treffen aber im vorliegenden Fall nicht zu. Denn abgesehen davon, daß in ihm neben den Unkosten die Zinsen für die eingetragenen Hypotheken und 5 Proz. der Differenz zwischen dem Buchwerte der Grundstücke und ihrer hypothekarischen Belastung rein schablonenhaft herangezogen seien, habe die Aktiengesellschaft selbst erkannt, daß die Buchwerte der Grundstücke ihre Marktwerte überstiegen. Deshalb habe sie eine Immobilien-Reserve gebildet, welche beispielsweise am 31. Dezember 1898 4 119 949 M. und am 31. Dezember 1899 5 024 527 M. betrug und in den Bilanzen auf der Schuldseite aufgeführt war. Die Anklage hält die geschehene Erhöhung der Grundstückswerte für eine rein willkürliche und durch nichts gerechtfertigte, sie habe aber bewirkt, daß die Geschäftslage dauernd verschleiert wurde und Jahresgewinne herausgerechnet werden konnten, welche teils gar nicht, teils nicht in der herausgerechneten Höhe vorhanden gewesen seien. Von den künstlich herausgerechneten Gewinnen hätten die Angeklagten Tantiemen bezogen, welche ihnen entweder gar nicht oder nicht in der berechneten Höhe zustanden. Dadurch sollen sie sich der Untreue schuldig gemacht haben.

Ueber die Richtigkeit dieser vom Kommerzienrat Lucas vertretenen Anschauungen, über die Unzulässigkeit der Wertzuschläge erhebt sich eine sehr lange und mit vielen kaufmännisch-technischen Einzelfragen ausgefüllte Debatte.

Geh. Rat Hecht legt eingehend die

Methode der Bilanzierung

bei Terrains dar. Er unterscheidet zwischen dem Privaten, der ein Terrain kauft und nur für seine Privatbilanz den Selbstkostenpreis einsetzt, zwischen Terrain-Aktiengesellschaften und Terrain-Gesellschaften m. b. H. Für Terrain-Aktiengesellschaften bestehen Specialbestimmungen des H.-G.-B. § 261 (inhaltlich übereinstimmend mit Art. 185a, 239a des alten H.-G.-B. in Verbindung mit § 40. Diese Specialbestimmung habe in dem Gesetz betr. die Gesellschaften m. b. H. keine Aufnahme gefunden. Die Motive zum H.-G.-B. und zu dem Gesetz betr. die Gesellschaften m. b. H. geben des näheren Aufschluß darüber, weshalb die Bilanzierung bei Terrain-Aktiengesellschaften eine andre sein soll, als bei Gesellschaften m. b. H. Man mag die Bestimmungen des H.-G.-B. für unrichtig halten, aber ignorieren könne man sie nicht. Unter Berücksichtigung des Gesamtmaterials ist Geheimer Rat Hecht der Ansicht, daß die Aktiengesellschaft nicht berechtigt war, in ihren Bilanzen die gezahlten Zinsen auf die eingetragenen Hypotheken und 5 Proz. der Differenz zwischen den Buchwerten der Grundstücke und ihrer hypothekarischen Belastung dem Wert der Grundstücke zuzuschreiben. Berechtigt sei nur das Zuschreiben gewisser Unkosten zum Kaufpreis. Schließlich erklärt der Sachverständige auch noch, daß die Bilanzen der Aktiengesellschaft in manch andrer Hinsicht zu beanstanden seien.

Hierauf beanstandet Justizrat Dr. Sello, daß Geheimrat Hecht als Sachverständiger für diesen Abschnitt fungiere, da er nur für Fragen des Hypothekenbankwesens als Sachverständiger berufen sei, die Aktiengesellschaft aber keine Hypothekenbank sei.

Der Gerichtshof beschließt, daß Herr Geh. Rat Hecht auch für alle Fragen des Bankwesens fungiere.

Auf Antrag des Justizrats Dr. Sello wird nunmehr Bücherrevisor Reuter als Zeuge vernommen. Er setzt auseinander, daß die Aktiva der Aktiengesellschaft auf Grund fremder Kapitalien erzielt worden seien und daß alsdann der Zuschlag der bezahlten Zinsen für Hypotheken berechtigt sei. Der Sachverständige hält die Aufstellung des Kommerzienrats Lucas nicht für zutreffend, die ganze Kalkulation für unrichtig. Gegen die hier in Frage stehende Art der Bilanzierung und Zurechnung der gezahlten Zinsen sei nichts einzuwenden, im Gegenteil sei die Zurechnung der Zinsen in diesem Fall eine Notwendigkeit gewesen. Die „Berichtigung" der Bilanzen nach der eingetretenen Katastrophe ist nach Ansicht des Sachverständigen falsch vorgenommen.

Es entspinnen sich im Anschluß hieran längere Auseinandersetzungen zwischen den Sachverständigen Reuter, Kommerzienrat Lucas und Geheimrat Hecht.

Justizrat Dr. Sello: Die Verteidigung halte diesen Punkt für so wichtig, daß der Erörterung desselben vielleicht

viele Tage

gewidmet werden müßten. Er beantrage, zur Vorbereitung des weiteren Beweismaterials den Sachverständigen Lucas und Hecht aufzugeben, aus den Büchern der Aktiengesellschaft die Grundstückskaufpreise, die hypothekarische Belastung und das Schicksal jedes einzelnen Grundstückes festzustellen.

Die Sachverständigen Kruse, Huschke und Reuter bestätigen nach einer Pause, daß ihnen in ihrer Praxis mehr wie ein Fall vorgekommen sei, wo Terraingesellschaften einen derartigen Zuschlag bezahlter Hypothekenzinsen vorgenommen haben.

Kommerzienrat Lucas giebt zu dem Antrage des Justizrats Dr. Sello folgende Erklärung ab: Die von ihm angestellten Berechnungen habe er auf

Ersuchen des Untersuchungsrichters

auf Grund einer Gesamtdarstellung der Verhältnisse der Aktiengesellschaft aufgestellt. In dieser Gesamtdarstellung sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die nicht bebauten Grundstücke schon viel zu teuer gekauft seien, also Wertaufschläge nicht vertragen hatten. Lediglich auf dieser nicht bewiesenen Voraussetzung beruhe seine Berechnung.

Justizrat Dr. Sello zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Nunmehr wird ein weiterer Punkt der Anklage verhandelt. Die Aktiengesellschaft hatte im Jahre 1883 eine „Specialreserve" gegründet, für die bis 1899 insgesamt 1 354 013 M. verwendet worden sind. Die Anklage behauptet, daß, ohne daß es aus den Jahresberichten und Bilanzen ersichtlich war, die

Verwendung der Specialreserve

für ganz andre Zwecke, als bei der Begründung vorgesehen war, stattgefunden habe. Aus dieser Specialreserve seien Ausgaben bestritten worden, die ordnungsmäßig in die Gewinn- und Verlustrechnung hätten kommen müssen. Durch diese Verwendung der Specialreserve, insbesondere dadurch, daß die Gewinne vollauf in die Gewinn- und Verlustrechnung gebracht worden, die Verluste aber durch Inanspruchnahme der Specialreserve vorweg gedeckt worden, sollen die Gewinn- und Verlustrechnungen stets ein falsches Bild ergeben.

Angeklagter Otto Sanden behauptet, daß Kommerzienrat Lucas von falschen Voraussetzungen ausgehe, wenn er diese Verwendung der Specialreserve für unerlaubt erachte. Sämtliche Aktionäre hätten in jedem Jahre in den Generalversammlungen oder Aufsichtsratssitzungen von der anderweiten Verwendung der Specialreserve erfahren.

Es kommt auch hierüber zu recht lebhaften Auseinandersetzungen mit dem Kommerzienrat Lucas.

Bücherrevisor Reuter: Es sei dies thatsächlich nicht auffällig, diese Praxis werde vielfach gehandhabt und sei vielseitig usance. Bücherrevisoren Huschke und Kruse schließen sich diesen Ausführungen an.

Der nächste Punkt der Anklage ist der folgende: Die Aktiengesellschaft hatte im Jahre 1896 an die Neue Berliner Baugesellschaft eine große Anzahl Häuser verkauft, ihr aber schließlich auf den Kaufpreis 258 900 M. nachgelassen und per 31. Dezember 1898 gut geschrieben. Nach der Ansicht der Anklage hätten, da der Gewinn aus diesem Geschäft noch im Jahre 1896 verrechnet war, die 258 900 M. als Verlust geführt werden müssen, während sie in den Bilanzen vom 31. Dezember 1898 und 1899 unter den Aktivis als Forderungen bestehen geblieben sind.

Es entspinnen sich auch hierüber längere Debatten, in welchen u. a. die Bücherrevisoren die erhobenen Bedenken nicht für zutreffend erklären.

Hierauf wird die Verhandlung auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste! Am Sonnabend, den 21. Juni, veranstaltet das Personal der Blumenfabrik von Seibt u. Becker, Ritterstraße 26, und am Montag, den 7. Juli, die Militärschneider des Deutschen Offizier-Vereins eine Dampferpartie nach **Rauchfangwerder.** Teilen hierdurch mit, daß der Inhaber des Lokals, Herr Rutkowski, seinen Saal der Arbeiterschaft **nicht** zur Verfügung stellt.

Die Lokalkommission.

Fünfter Wahlkreis. Heute, Mittwochabend 8½ Uhr, findet im Schützenhause, Linienstraße 5, eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Rosenow referiert und in der zwei Vertrauensleute gewählt werden sollen.

Lokales.

„Ach, wie nett!"

In den Wagen der Neuen Berliner Omnibus-Gesellschaft liest man jetzt den folgenden Anschlag: „Herzliche Bitte! Die verehrlichen Fahrgäste werden gebeten, den Omnibus so selten wie möglich halten zu lassen, besonders auf ansteigender Straße. Jedes Wiederanziehen ist eine große Anstrengung für die Pferde. Der Deutsche Tierschutz-Verein zu Berlin."

Hier wird mancher Tierfreund ausrufen: „Ach, wie nett! Das ist wirklich hübsch von der Direktion der Neuen Berliner Omnibus-Gesellschaft, daß sie auf die Anregung des Tierschutz-Vereins eingegangen ist!" Unter die Tierfreunde darf sich auch der Schreiber dieser Zeilen rechnen, aber er gesteht offen, daß er trotz aller Tierfreundlichkeit, die ihn erfüllt, beim Lesen dieser „herzlichen Bitte" zunächst doch an etwas andres als an die Tiere hat denken müssen. Zu dem lebenden Inventar der Omnibus-Gesellschaften gehören nicht bloß Tiere, sondern auch noch Menschen. Auch diese, die Beamten der Omnibus-Gesellschaften, sind wirklich nicht auf Rosen gebettet. Sie werden durch überlange Arbeitszeit, karge Bezahlung und schroffe Behandlung in einer Weise mitgenommen, daß einem immer wieder das oft gebrauchte und fast abgebrauchte Wort von der Notwendigkeit von Menschenschutz-Vereinen einfällt.

Die Bitte, die der Tierschutz-Verein an die verehrlichen Fahrgäste der N. B. O.-G. richtet, verdient Beachtung und Beherzigung, soweit das ohne Nachteil und Schaden der Fahrgäste möglich ist. Aber die Einwilligung der Direktion zu dieser Ansprache an das Publikum ist in erster Linie nicht einer direktorialen Tierfreundlichkeit zu danken, sondern dem besonders bei der N. B. O.-G. begreiflichen Wunsche, ihr Pferdematerial zu schonen und dadurch die Geschäftsunkosten zu verringern. Daß die Direktion einer ähnlichen Maßregel zum Schutze der Angestellten ein gleiches Wohlwollen entgegenbringen würde, darf man leider nicht hoffen. Die Pferde schonen erspart Geld, aber die Beamten schonen kostet Geld. Ein frühzeitig aufgebrauchtes Pferd ersetzen, verursacht Ausgaben, aber für einen frühzeitig aufgebrauchten Beamten ist jederzeit umsonst Ersatz zu beschaffen.

„Ach, wie nett!" sagen die Tierfreunde, wenn die Direktion der Neuen Berliner Omnibus-Gesellschaft den Bestrebungen des Tierschutz-Vereins Verständnis entgegenbringt. „Ach, wie nett!" würden auch wir ausrufen, wenn dieselbe Direktion endlich einmal auch den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen, die dem Unternehmertum gegenüber in der That so etwas wie Menschenschutz-Vereine sind, etwas mehr Verständnis entgegenbringen und endlich einmal ihren Angestellten eine weniger menschenunwürdige Lebenshaltung ermöglichen wollte.

Herr Stadtverordneter Karl Goldschmidt und die städtischen Arbeiter. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte in letzter Zeit wiederholt Veranlassung, sich mit der auf die städtischen Arbeiter bezüglichen Magistratsverfügung betreffs Nichtanwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu beschäftigen. Die städtischen Arbeiter hatten in verschiedenen großen, von Tausenden besuchten Protestversammlungen ihren Unwillen gegen die Magistratsverfügung kundgegeben, und die socialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion hatte sich verpflichtet gefühlt, diese Stimmung der städtischen Arbeiter durch ihre Redner im Roten Hause zum Ausdruck zu bringen. Bei dieser Gelegenheit hat der Stadtverordnete Karl Goldschmidt es fertig gebracht, seine Kenntnis von städtischen Arbeiterverhältnissen der erstaunten Mitwelt durch folgenden Satz zum besten zu geben:

> „Ich habe auch von keiner Seite in dem großen Kreise städtischer Arbeiter, mit denen ich über diese Dinge zu sprechen Gelegenheit hatte, einen solchen Unwillen bemerken können, wie Herr Kollege Heimann ihn schilderte."

Mit ganz besonderer Schärfe und gutem Recht wiesen unsre Genossen Stadthagen und Zubeil die Anschauung des Herrn Goldschmidt als mit den wirklichen Verhältnissen nicht im Einklang stehend zurück. Es sei angesichts der großen Protestkundgebungen der städtischen Arbeiter eine Vogelstraußpolitik, es so darzustellen, als ob die städtischen Arbeiter es nicht empfinden, daß ihnen ein Recht genommen werde, welches das Bürgerliche Gesetzbuch ihnen gegeben hat. — Herr Goldschmidt scheint es wohl auch selbst empfunden zu haben, daß sein Verhalten in dieser Angelegenheit doch nicht so ganz einwandsfrei sei. Er hat in einer am Montag stattgefundenen Versammlung städtischer Straßenreiniger, soweit sie dem „Ortsverein" angehören, sich gegen den Vorwurf des Verbandes der städtischen Arbeiter, daß er die Interessen der Arbeiter nicht genügend wahrnehme, zu verteidigen gesucht. Er habe die Beschwerden der städtischen Arbeiter stets geprüft und erfolgreich verfochten. Allerdings treffe es nicht zu, daß, wie in der vorigen Versammlung gesagt worden sei, der Arbeiter nicht zu fordern, sondern zu bitten habe; er könne, unter Begründung als gleichberechtigter Bürger, auf dem Boden des freien Arbeitsvertrages stehend, „ersuchen". Wer seinem Rate folge, werde, wie bisher, nicht schlechter fahren. Schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Versammlung des Ortsvereins sich mit dem Stadtverordneten-Beschluß in Sachen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einverstanden erklärt, dem Stadtverordneten Goldschmidt das unerschütterliche Vertrauen, Dank und Anerkennung ausspricht und die von socialdemokratischer Seite auf denselben erfolgten Angriffe zurückgewiesen werden.

So, nun hat Herr Goldschmidt Balsam auf seine Wunden. —

Sehen wir uns aber die Vertrauenskundgebung etwas näher an, so schrumpft ihr Wert ganz erheblich zusammen. Zunächst muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß in dieser Versammlung die Vertreter des von Herrn Goldschmidt angegriffenen „Verbandes städtischer Arbeiter" fürsorglich ausgeschlossen waren. Vielleicht hätte sonst die Versammlung einen ähnlichen Verlauf genommen, wie eine in voriger Woche stattgefundene, in welcher trotz aller Machinationen des freisinnigen Vorstandes des „Ortsvereins" die städtischen Straßenreiniger sich mit den Beschlüssen des Stadtverordneten-Kollegiums in betreff des § 616 nicht einverstanden erklärten. Weiter wird aber der Wert der Vertrauenskundgebung auch dadurch am besten gekennzeichnet, wenn man weiß, daß der Vorstand des „Ortsvereins" in der Hauptsache aus Vorarbeitern besteht, die es an keiner Gelegenheit fehlen lassen, sich an bestimmten Stellen durch ihr Wohlverhalten in recht empfehlende Erinnerung zu bringen. Will man aber auch mit Herrn Goldschmidt die auf die strittige Magistratsverfügung bezüglichen Ausschußbeschlüsse, die vom Stadtverordneten-Kollegium angenommen wurden, als eine Verbesserung gegen den bisherigen Zustand auffassen, so bleibt doch die Thatsache bestehen, daß es zuerst die socialdemokratische Fraktion war, welche die Anregung zu einer Aenderung der Verfügung gegeben hat.

Die Stadtratswahl vertagt. Die gestern angesetzt gewesene Sitzung des Ausschusses für die Wahl eines unbesoldeten Stadtrates an Stelle des Stadtrates Münsterberg, der zum besoldeten Stadtrat gewählt wurde, ist aufgehoben und soll nach den Ferien stattfinden.

Das „Denkmal" für Simon Blad, der sein großes Vermögen der Stadt Berlin für gemeinnützige Zwecke vermacht und sich dabei eine monumentale Ehrung ausbedungen hatte, wird nun bald in Angriff genommen werden. Der Entwurf stammt vom Stadtbaurat Ludwig Hoffmann und soll nach der Genehmigung von einem Bildhauer ausgeführt werden. Das Denkmal wird ein Granitstein, in den die Figur des wunderlichen Schwerenöters als Bronzerelief in sitzender Haltung eingefügt wird. Das Werk ist als Grabschmuck gedacht.

Neue Untersuchungen über den Löfflerschen Mord sind angeblich eingeleitet worden. Der Verlauf der gerichtlichen Verhandlung hat bekanntlich ein ganz andres Bild der gegen Thomaschke gesammelten Indicien ergeben, als man annahm, umsomehr, als verschiedene Zeugen in dem Vorverfahren abweichende Angaben gemacht, andre Zeugen hingegen erst im letzten Moment nach Ansetzung des Verhandlungstermins hervorgetreten sind. Die Voruntersuchung hatte einen fast geschlossenen Indicienbeweis gegen Thomaschke ergeben.

Ein Abenteuer im Scheunenviertel. Der Friseurgehilfe F. aus der Linienstraße war in der Nacht mit einer Dirne nach deren im zweiten Stockwerk eines Hauses in der Keibelstraße gelegenen Wohnung gegangen, dort aber mit derselben uneins geworden, worauf das Mädchen den jungen Menschen einschloß und sich Hilfe von der Straße holte. Als der junge Mann das Mädchen mit zwei Zuhältern zurückkommen sah, verriegelte er die Thür von innen. Als die Zuhälter jedoch versuchten sich dadurch Eingang zu verschaffen, daß sie die Thürfüllung eintraten, sprang F. in seiner Todesangst zum Fenster hinaus auf die Straße. Nicht genug damit, daß sie ihn zu dem Todessprung gezwungen hatten, folgten die Rowdies dem Schwerverletzten auf dem Transport nach der Sanitätswache und bedrohten ihn noch. Vor der Sanitätswache sammelte sich eine Rotte von Dirnen und Zuhältern, aus deren Mitte die Rufe: „Holt den Lümmel raus" und „schlagt ihn tot" ertönten. Erst als eine Schutzmannspatrouille auf der Bildfläche erschien, zog das Gesindel es vor, zu verschwinden. — Von der Sanitätswache wurde der Schwerverletzte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain befördert.

Zu der Mitteilung über den Einbrecher Lehmann, die wir in Nr. 135 brachten, teilt uns die Mutter dieses Mannes mit, daß ihr Sohn sich die Verletzung an der Hand, von der berichtet worden, nicht bei einem Ausbruch aus dem Gefängnis zugezogen habe, auch sei er nicht wegen einer solchen Verletzung irrtümlich als Untersuchungsgefangener in die Charité gebracht worden. Ihr Sohn habe vielmehr am zweiten Pfingsttage in selbstmörderischer Absicht sich die linke Hand mit einem Brotmesser aufgeschnitten und sei dann auf Veranlassung der Behörde in Pflege gegeben worden. Am 13. Juni habe man ihn dann abermals verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gebracht.

Ein großes Hehlernest ist gestern von der Kriminalpolizei ausgenommen worden. Es war schon längst aufgefallen, daß ein gewisser Siegfried Wutke einen umfangreichen Handel mit Kleiderstoffen, Wäsche u. dergl. betrieb, diese Artikel aber nur an bestimmte Abnehmer abgab. Nachdem die Polizei diese Wiederverkäufer ermittelt hatte, schritt sie zu einer Haussuchung bei Wutke und fand in einem Versteck eine Menge Gegenstände, die aus Diebstählen herrühren. Nach längerem Leugnen gab der Hehler auch seine Abnehmer preis, war jedoch nicht zu bewegen, die Herkunft der Waren zu verraten. Er will sie vielmehr von dem „großen Unbekannten" gekauft haben. Die Kriminalpolizei mußte zwei zweispännige Droschken zur Fortschaffung des Diebesgutes requirieren. Nach ihrer Ansicht entstammen die Waren aus großen Geschäftshäusern und sind von deren Angestellten gestohlen und an Wutke abgeliefert worden. Im ganzen beschlagnahmte die Kriminalpolizei 39 Ballen Stoffe, die sich aus blauem Cheviot, Buckskin, gepreßten Kleiderstoffen und aus schweren

Capesstoffen zusammensetzen. Viele Dutzend Kragen, Stulpen, Chemisetts, Paradehandtücher, Tricotagen, Sporthemden, Korsetts, Schuhe usw. wurden dem Hehler ebenfalls abgenommen. Die Kragen tragen durchweg die Inschrift „Luzern" und neben der Fabriknummer ein umgekehrtes Dreieck. Die Stulpen haben die Bezeichnung 251 E. P. An den Oberhemden befindet sich die Fabriknummer 1257 bezw. 5502. Den Schuhsohlen ist ein Stempel aufgedrückt mit der Inschrift: Handarbeitssystem und der Fabriknummer 2653. Die bestohlenen Firmen wollen sich im Polizeipräsidium, Zimmer 37, melden. Wutke wurde festgenommen.

Der Hut als Diebesverräter. Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde kürzlich auf dem Grundstück Andreasstr. 70 verübt. Die Spitzbuben ließen sich abends einschließen, erbrachen in der Nacht am Flur das Schloß an der Ladenthür eines Herrenkleider-Geschäfts, öffneten andre Schlösser mit Nachschlüsseln und schafften auf Wagen für 12 000 M. fertige Kleidungsstücke weg. Beim Abschied nahm einer der Einbrecher einen falschen Hut und ließ den seinigen zurück. Dieser enthielt die Geschäftsbezeichnung des Fabrikanten und die Namensanfangsbuchstaben des Eigentümers. Der Fabrikant erinnerte sich noch des Mannes, der den Hut kurz vorher in seinem Laden gekauft hatte. Seine Beschreibung paßte auf einen Arbeiter Karl Langenfraß, und dazu stimmten auch die Namensbuchstaben. Langenfraß wurde nun beobachtet, und die Kriminalpolizei ermittelte, daß er mit einem Arbeiter Franz Szuslick und einem Möbelpolierer Gustav Antelmino zusammen einen schwunghaften Kleiderhandel betrieb. Alle drei wurden verhaftet, Langenfraß und Szuslick als Einbrecher, Antelmino als ihr Hehler. Ein großer Teil des gestohlenen Gutes konnte dem Eigentümer wieder zugestellt werden, ein andrer liegt wohl noch in einem noch nicht ermittelten Versteck.

Am Schweißofen verbrannt ist der 25 Jahre alte Arbeiter Karl Holombiewski aus der Gartenstr. 79, der seit 6 Jahren in der Schwartzkopffschen Maschinenfabrik in der Scheringstraße beschäftigt war. Der Arbeiter bediente am Sonnabendnachmittag einen Schweißofen als Heizer, kam ihm zu nahe und verbrannte sich durch ausströmende Dämpfe fast am ganzen Körper. Seine Arbeitsgenossen rissen ihn zurück und brachten ihn mit einer Droschke nach dem Lazarushrankenhause. Es war aber schon zu spät. Der Unglückliche erlag bereits in der Nacht zum Sonntag seinen entsetzlichen Verletzungen.

Einen vernünftigen Schritt haben die Freigesprochenen im Gumbinner Mordprozeß, die viel genannten und schwer geprüften ehemaligen Dragonerunteroffiziere Marten und Hickel gethan. Beide standen im Wachsbild seit längerer Zeit im Passage-Panoptikum neben dem erschossenen Rittmeister v. Krosigk. Am Montag beschwerten sie sich durch ihre Verteidiger bei der Leitung des Panoptikums schriftlich über diese Schaustellung und ersuchten um Entfernung ihrer Bildnisse. Der Beschwerde und dem Ersuchen wurde sofort entsprochen; seit Montagmittag sieht nur noch das Wachsbild von Krosigks im Panoptikum.;

Straßensperrung. Die Schwedterstraße von der Kastanien-Allee bis zur Bernauerstraße, ausschließlich der Kreuzbämme, wird behufs Asphaltierung vom 18. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Mit Lysol versuchte sich Montagabend der 57 Jahre alte Werkmeister August Lindig aus der Kolonieſtr. 37 zu vergiften. Lindig war früher in einer Lackſiederei beschäftigt, machte vor sieben Jahren in der Wasserthorstr. 86 eine Gastwirtschaft auf, mußte sie aber nach 2 Jahren wegen schlechten Geschäftsgangs wieder schließen. Da er bei dem Unternehmen seine ganzen Ersparnisse zugesetzt hatte, so mußte er wieder als Werkmeister arbeiten. Nun erkrankte er an den Augen so schwer, daß er schon seit vierzehn Monaten keine Arbeit mehr fand. Vor kurzem zog sich auch seine Frau durch Erkältung ein schweres Augenleiden zu. Während sie gestern abend mit einem Pflegekind auf der Straße war, trank Lindig in der Wohnung Lysol, um seinem Leben ein Ende zu machen. Ein Lückscher Rettungswagen brachte ihn nach dem Lazarus-Krankenhause. Den Magistrat um Unterstützung zu bitten, war der Unglückliche zu stolz.

Ein gefährlicher Fabrikbrand kam am Dienstagnachmittag kurz nach 4 Uhr in der Markusstr. 50 in dem sogenannten „Werkhof" aus. Hier hat im ersten Stock die Patent-Kartonnagenfabrik Ges. m. b. H. große Räume inne. Nach der Straße hin liegt der große Trockensaal mit dem Trockenofen, der fortwährend unter einer Hitze von 250 Grad gehalten wird. Während nun das aus 150 Personen bestehende Arbeiterpersonal gerade beim Vespern war, kam das Feuer in der Nähe des Trockenofens aus und verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit, so daß binnen weniger Minuten lange Stichflammen durch die Fenster schlugen. Die wenigen im Saale anwesenden Arbeiterinnen hatten sich noch rechtzeitig gerettet, doch hieß es bei Ankunft der in fünf Löschzügen herbeigeeilten Feuerwehr, daß noch ein Mädchen in dem brennenden Raume sei. Diese Annahme bestätigte sich indes nicht. Die Feuerwehr setzte sofort vier Dampfspritzenrohre in Thätigkeit und drang über eine mechanische Leiter zum Brandherde vor. Die Hitze war ganz enorm, so daß zu befürchten stand, das Feuer werde auch auf den zweiten Stock überspringen, wo sich die Neusilberfabrik von Friedrich u. Kust befindet, die größere Posten von Säuren und Benzin lagert. Glücklicherweise gelang es jedoch den Anstrengungen der Feuerwehr, den Brand auf den ersten Stock zu beschränken. Der verursachte Schaden ist ganz bedeutend, zumal abgeschlossene Lieferungen nun nicht ausgeführt werden können. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht ermittelt. Die Feuerwehr konnte erst nach zweistündiger Arbeit wieder abrücken.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag wurde die Wehr nach der Langestraße 71 gerufen. Hier war durch Umfallen einer Petroleumlampe in einer Wohnung ein Brand entstanden, der Kleidungsstücke, Decken 2c. ergriffen hatte. Es gelang indes der Wehr, die Flammen in kurzer Zeit zu ersticken. Dienstag früh gegen 2 Uhr mußte in der Schlesischenstraße 5 in einem Keller ein Feuer abgelöscht werden, das durch Selbstentzündung von Preßkohlen entstanden war. Einen ähnlichen Brand hatte die Wehr früh 5 Uhr in der Demminerstraße 19 zu beseitigen. Gardinen gingen Montagabend 9 Uhr in der Gerichtstraße 6 in einer Wohnung in Flammen auf. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischenzeit noch Alarmierungen von der Potsdamerstraße 31 und der Grünauerstraße 16 zu verzeichnen, die jedoch auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Im Sportpark Friedenau, wo bekanntlich am nächsten Sonntag die beiden Weltmeisterschaften über 100 Kilometer für Rennfahrer und Amateure zur Entscheidung kommen, finden schon am Donnerstagabend 7½ Uhr neue Begegnungen der Dauerfahrer statt. Das ursprünglich für Sonntag geplante 10 Kilometer-Rennen wird an diesem Abend Tom Linton, Rosl, Ryser, Dickentmann, Bouhours und E. Taylor wieder am Start vereinigen, während andre Sieher, darunter Sievers und Salzmann, vorher ein 30 Kilometer-Rennen bestreiten sollen. Bei diesem Abend-Rennen ist auch Konzert vorgesehen.

Aus den Nachbarorten.

Einen schwer erkämpften Sieg errangen unsre Parteigenossen in Schöneberg bei der gestrigen Stadtverordneten-Ergänzungswahl im 4. Bezirk. Unser Kandidat Ernst Obst ist mit **306** Stimmen gegen den bürgerlichen Mischmasch-Kandidaten Bäckermeister Polenz, der 300 Stimmen erhielt, gewählt worden. Obwohl die Gegner weder Mühe noch Kosten gescheut hatten, um die Wähler nach jeder Richtung hin zu bearbeiten, ist ihnen die Niederlage nicht erspart geblieben.

Mit unserm Genossen Obst, der schon mehrere Jahre unsre Sache in der energischten Weise vertreten hat, zieht nun der sechste Socialdemokrat ins Stadtparlament. Ein Bravo unsren Wählern!

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung hatte am Montag nun auch ihre Kirchendebatte. In mehr als zweistündiger Besprechung hatte, wie nicht anders zu erwarten stand, die große Mehrheit sich für Ueberlassung des Platzes Y an die evangelische Kirchengemeinde zur Errichtung eines kirchlichen Monumentalbaues (wie die Vorlage geschmackvoll sagte) entschieden. Neuerdings hatte sich auch noch die katholische Gemeinde zu demselben Zweck um denselben Platz beworben, sogar der Breslauer Fürstbischof Kopp hatte sich im Interesse der letzteren dafür verwendet, nur lag hier die Sache insoweit für die Stadt günstiger, als von dieser Seite eine unentgeltliche Hergabe des Platzes nicht verlangt wurde, im Gegenteil dafür ein anständiger Preis gezahlt werden solle, wofür auch der Ausschußreferent, Stadtv. Lohausen, im Interesse des Stadtsäckels zu haben sein würde. Vorab natürlich große Entrüstung, der besonders Stadtverordneten-Vorsteher Müller durch Eintreten für die protestantische Gemeinde lebhaften Ausdruck gab. (Herr Müller ist Vorstandsmitglied des Gemeinde-Kirchenrats.) Unsre Parteigenossen Panser und Küter polemisierten in glücklicher Weise gegen die Hergabe des Platzes zur Errichtung einer Kirche. Sie wiesen vielmehr auf die Notwendigkeit hin, endlich das schon vor zwei Jahren vorgelegte Projekt einer Volks-Bade-Anstalt zu verwirklichen. Hierzu sei der Platz mindestens eben so gut geeignet; eine solche Anstalt sei für die Stadt ein größeres Bedürfnis. Bei der Aussichtslosigkeit unseres letzteren Antrags und da ein so großes monumentales Gebäude, wie es die Kirche darstellen solle, nur ein Verkehrshindernis für einen Platz ist, auf den acht Straßen einmünden, traten unsre Vertreter für Belassung des genannten Platzes zu Anlagen ein. — Der Ausschuß hatte vorgeschlagen, von der Kirchengemeinde als Aequivalent einen Teil des im Zuge der Eisenacherstraße belegenen Pfarrackers zu verlangen; die Versammlung beschloß jedoch, unter Ablehnung dieses und unsrer Anträge, der Ueberlassung an die Kirchengemeinde zuzustimmen, mit der Maßgabe jedoch, daß der Platz Y nicht unentgeltlich, sondern nur gegen ein entsprechendes Aequivalent abgegeben wird.

Als Beihilfe zur Entschädigung der durch den Wolkenbruch am 14. April Heimgesuchten wurden an elf Gesuchsteller Beiträge von 20—200 M., im ganzen 1025 M. bewilligt. Unsre Vertreter bemängelten hierbei die Art und Weise der Verteilung, da es auffällig ist, daß so wenig Gesuche eingegangen sind, was freilich daher kommt, daß eine entsprechende Bekanntmachung und Aufforderung nicht erfolgt ist. Die Ueberweisung an eine Kommission zur nochmaligen Feststellung und Untersuchung der Verhältnisse der am schlimmsten betroffenen Familien in der Mühlenstraße, von denen zwei zur Zeit noch im Armenhause untergebracht sind, wurde natürlich abgelehnt.

Neben einigen Bewilligungen von Beihilfen zur Entsendung eines Turnlehrers zur Turnlehrer-Versammlung in Mannheim und eines Lehrers zum Besuche eines Unterrichtskursus für Knabenhandfertigkeit in Leipzig bewilligte die Versammlung noch die projektierte Erbauung eines Verwaltungsgebäudes an der in der Hohenstaufenstraße zu errichtenden Gemeinde-Doppelschule. Hierzu hatte der Magistrat beantragt, zum Bau des Realgymnasiums im Berliner Ortsteil die daran stoßenden drei Parzellen 5, 6 und 7 mit einem Flächeninhalt von 4182 Quadratmeter anzukaufen, der geforderte Preis erschien indes selbst den Bürgerlichen zu hoch, weshalb Ausschußberatung angenommen wurde.

Ebenso erging es einem Magistratsantrage, der die Miethung von Bureauräumen im Hause Sedanstr. 1 bezweckt und wo der Besitzer für 15 Zimmer nur die Kleinigkeit von je 300 Mark im dritten Stock verlangte.

Um endlich Klarheit in der Krankenhaus-Angelegenheit zu erlangen, dessen Bau die Versammlung bekanntlich vor vier Wochen endgültig beschlossen hatte, haben unsre Genossen eine Interpellation eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, sich über die Ausführung des Beschlusses zu äußern und welche Gründe zur Verzögerung beigetragen haben. Die Anfrage dürfte in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung stehen.

In Charlottenburg wird morgen, Donnerstag, unter den üblichen Feierlichkeiten zum neuen Rathause in der Berlinerstraße der Grundstein gelegt.

Zehlendorf. Bei einem Kommers zu Ehren des neueingeführten Oberhauptes der Gemeinde wurden, wie dies selbstverständlich ist, mannigfache Reden geschwungen. Der neue Gemeindevorsteher, Herr Dr. Köster, stellte, wie sich dies gebührte, sozusagen ein Programm auf und betonte darin besonders, daß er nach jeder Richtung hin objektiv sein wolle. Jedoch den Wünschen der Handwerksmeister gegenüber müsse er betonen, daß von Gemeindewegen für sie nicht viel gethan werden könne; nur durch Genossenschaften könne man sich die Technik dienstbar machen und sich den veränderten Zeitverhältnissen anbequemen. Herr Dr. Köster hat in seiner Rede der Arbeiterschaft nicht gedacht. Vielleicht sieht er ein, daß die Arbeiter nicht daran denken, wirtschaftliche Zustände, die unwiderbringlich dahin sind, wieder zu galvanisieren. Die Forderungen der Arbeiter in Zehlendorf gehen auf Verbesserung des Schul- und Armenwesens, auf Eindämmung des Grund- und Bodenwuchers, auf Beschaffung einer Badeanstalt und auf andre sehr wohl zu verwirklichende Dinge hinaus. Wie mag der neue Gemeindevorsteher sich dazu stellen?

Zur Verhaftung des Direktors Schnckel von der Landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskasse in Lichtenberg erfahren wir noch folgende Einzelheiten: „Der Verhaftete, welcher übrigens jede Schuld bestreitet, hatte in der Kasse die sogenannte amerikanische Buchführung eingerichtet. In den Büchern ist eine Summe von 5000 M. als Einzahlung des Direktors verzeichnet. Auf Grund dieser Einlage will Schnckel, der übrigens Besitzer eines Hauses von bedeutendem Nutzwert ist, sich öfter Geld aus der Kasse genommen haben. Da von der Kasse schon Einzahlungen von 10 Mark an angenommen wurden, erscheint die erwähnte Einlage auffällig hoch. Die Revision hat einen Fehlbetrag von etwa 14 000 Mark ergeben. Die ganze Angelegenheit hätte wohl kaum zur Verhaftung des ungetreuen Direktors geführt, wenn dieser sich nicht dem Vorstande und den Mitgliedern der Kasse gegenüber geradezu herausfordernd benommen hätte. Schon vor längerer Zeit waren sowohl bei der Lichtenberger Kriminalpolizei als bei dem Bunde der Landwirte Anzeigen gegen Schnckel eingelaufen, die ihm Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung vorwarfen. Eine unvorhergesehene Revision bestätigte diese Anschuldigungen zum guten Teile und führte zu seiner Amtsenthebung. Ein neuer Vorstand, der daraufhin von den 160 Kassenmitgliedern gewählt wurde, mußte von Sch. in einer Versammlung die heftigsten Angriffe erdulden. Er beschuldigte die Mitglieder des neuen Vorstandes der Parteilichkeit und der Animosität gegen seine Person. Inzwischen hatte die Kriminalpolizei von den Vorgängen Kenntnis erhalten und schritt zur Verhaftung Schnckels, welcher der Aufforderung, sein Conto in der Kasse zu begleichen, nicht nachgekommen war.

Vermischtes.

Neue Blitzzug-Lokomotiven. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat neuerdings zwei Lokomotiven besonderer Konstruktion bestellt, mit welchen Versuche angestellt werden sollen, die Fahrgeschwindigkeit der Schnellzüge auf 180 Kilometer gegenüber der jetzigen höchsten Geschwindigkeit von 90 Kilometer zu bringen. Die Versuche werden natürlich auf solchen Strecken stattfinden, bei welchen der schwerere Oberbau durchgeführt ist. Der neue Lokomotiv-Typus wird übrigens auch bei den Schnellzügen mit jetziger Fahrgeschwindigkeit verwendet werden können, wobei die Mehrkosten durch die vergrößerte, zur Beförderung gelangende Wagenzahl und den Fortfall der Vorspannlokomotive aufgewogen werden würden.

Das Opfer eines Verbrechens wurde gestern morgen der Kaufmann Thomas in Breslau, als er im Begriff war, seinen Laden zu öffnen. Als derselbe vom Entree nach dem Verkaufslokal gehen wollte, traf er einen Einbrecher bei der Arbeit, der ihn, als er sich ertappt sah, mit einem Hammer zu Boden schlug. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhause gebracht. Der die Flucht ergreifende Thäter wurde verfolgt und festgenommen.

Unfall bei einer Reiter-Attacke. Wie aus Tilsit gemeldet wird, traf den Divisions-Commandeur, Generallieutenant v. Bock und Polach bei der Besichtigung des Dragoner-Regiments Prinz Albrecht von Preußen ein schwerer Unfall. Als bei einer Attacke „Kehrt" geblasen wurde, befand sich der General unmittelbar hinter der Front und wurde von der Lanze eines Dragoners bei Ausführung des Kommandos an der Backe und am Halse verwundet. Von dem Garnisonlazarett, wohin der General zuerst gebracht worden war, wurde er nach einer Privatklinik geschafft.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant, Zahlstelle Wahlverein, passend für Genossen, ist umständehalber sofort zu verkaufen. Miete 1500, schöne Räume. Preis 1750. Näheres Stralauer Allee 34a, Böttcherkeller. 2655b*

Kaffeelokal mit Bierausschank krankheitshalber zu verkaufen Mantteuffelstraße 117. 1183g*

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 111/7*

Spottbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Repetieruhren, Regulatoren, Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet.

Große Betten, 11 Mark an, echt chinesische Mandarinenbaunen Pfund 1,00, Fabriklager Landsberger Allee Nr. 37, I. 1089g*

Pianino sofort verkäuflich Ritterstraße 120, I. 22/7*

Laubenbau! Gebrauchte neue Bretter, Kantholz, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Theer billig Kottbuserdamm 22. 2456b*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellos, spottbillig Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82 I. †90*

Teppiche mit Farbenschlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Gaskocher! Einlochgaskocher! 1,00, Zweilochgaskocher! 3,00, Geschlossene Gaskocher! 5,00, Gas-Bratofen! 7,00, Gas-Plätteisen! Gas-Bügelapparat! billig! Wohlauer, Wallner-Theaterstraße zweiunddreißig. [2815*

Haarfärbemittel, unübertroffen, überzeugungshalber fünfzig Pfennig-Probeflaschen, Charlottenstraße 3. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Plättgeschäft, gutgehendes, ist sofort krankheitshalber billig zu verkaufen Kyffhäuserstraße 24. 2906

Plätterei Umstände halber billig zu verkaufen Rigaerstraße 126. 2845

Grünkramgeschäft zu verkaufen Reichenbergerstraße 5. 2855

Nähmaschinen, verfallene, spottbillig, (Riesenauswahl) Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 26/16†

Verfallene Pfänder: Uhren, Ringe, Ketten, Regulatoren spottbillig Pfandleihe Alexandrinenstraße 73.

Kundentischlerei billig zu verkaufen. Schöneberg, Rollendorfstraße 20.

Paneelsofa mit Plüschtaschen 50,—, wie neu, zwei Bettstellen, 1 Trumeau, Aufgabe der Wohnung dringend, Elsasserstraße 32, vorn II. 150/7

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung. 2708*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puyger, Stegligerstraße 65. 2542b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Fahrrad, auch defekt, kauft Naglaff, Fransseckistraße 7. 118/5*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Vereinszimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 1090g*

Vereinszimmer noch zu vergeben. Conradi, Luisenufer 51. 2435

Gesangverein (M. d. A.-S.) sucht Verein zur Teilnahme an einem Konzert. Adresse abzugeben bei Schnieber, Admiralstraße 24, Lokal.

Vereinszimmer Kaufeldt, Markusstraße 47. 2885*

Vereinszimmer, Kegelbahn frei. Volksgarten, Brunnenstraße 150.

Aufpolsterung Matratze 5,00, Sofa 6,00. Roller, Neue Königstraße 2.

Ehescheidungs-, Unfallsachen, Eingabengesuche, Klagesachen, Raterteilungen! Lindenstraße 36. 150/8

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 2975

Geschäftsmann, Genosse, sucht unter günstigen Bedingungen zur Vergrößerung seines Geschäftes 300 Mark zu leihen. Bitte Adressen unter S. T. im Postamt 105. 2956

75 Pfennige! Eingabengesuche, Schankſachen, Strafsachen, Ehescheidungs-, Interventions-, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Unfallsachen, Zahlungsbefehle, Raterteilung. Wulkow, Skalitzerstraße 141. Abends geöffnet. 2926

Vermietungen.

Zimmer.

Große Stube abzuvermieten, 15 Mark, Ziesing, Weidenweg 42, Hof III.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn, Grüner Weg 47 bei Schaak. †108*

Mietsgesuche.

Suche zum 1. kleines, einfach möbliertes Zimmer oder anständige Schlafstelle, wo am Tage schlafen kann. Nähe Chausseestraße. Offerten bis Sonntag unter O. B. 27, Hauptpostamt. 2968

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser. *

Stellenangebote.

Tüchtige Rockarbeiterinnen, die viel liefern, sucht Heilig, Kaiserstraße 38. 2895

Mamsells auf Staub- und Golf-Paletots im Hause verlangt Schwedterstraße 253, I. 2645*

Mädchenjacken-Arbeiterinnen verlangt Hulle, Frankfurter Allee 16.

Achtung! Holzarbeiter!
Zuzug von Tischlern und Drechslern Werkstatt Max Kirchstein, Spandau, ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Spandau.

Achtung, Tischler!
Gesperrt sind folgende Werkstätten: Albert Schultz, Krautstr. 18/19. A. Schäffler, Petersburgerstr. 77. Gernandt, Eisenbahnstr. 11.
Zuzug streng fernzuhalten. 186/20*
Der Fachverein der Tischler.

Achtung!
Brauerei-Arbeiter!
Die Differenzen in der Patzenhofer Brauerei sind noch nicht geregelt.
Die Agitations-Kommission.

Achtung! Holzarbeiter!
Gesperrt sind folgende Werkstätten: Leide u. Co., Großbeerenstr. 54. Tischler und Maschinenarbeiter. Grün u. Hetwig, Gneisenaustr. 44/45. Wegner, Wilmersdorf. A. Schulz, Krautstr. 18/19. Emmelatt, Dieffenbachstr. 33.
83/3* Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kammacher.
Wir machen hiermit bekannt, daß die Werkstatt Streich, Blumenstraße 70, nach wie vor gesperrt ist.
84/16 Die Kommission.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.